Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 85 | Winter 2009/2010 | 3,10 EUR | Ausland 4,10 EUR

Religiöse Rechte

Vom »rechten« Glauben im Schatten der Kirche

NS-Szene

Schleswig-Holstein: Neonazis unterwandern Bandidos MC

Gesellschaft

Die neue Bundesfamilienministerin Kristina Köhler

Inhalt

AIB 85 4 · 2009

Rubriken

Titel

NS-Szene

Antifa

Rassismus

Braunzone

Geschichte

Gesellschaft

Repression

International

Foto dokumentiert von www.bandidos-jena.de

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de

www.antifainfoblatt.de

Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Gerade noch rechtzeitig zu den Weihnachtsferien erreicht Euch unsere neue Ausgabe. Auch angesichts von Festtagsbraten und versöhnlicher Jahresendstimmung müssen wir unseren Job machen und legen den Finger in eine Wunde des christlichen Abendlandes: im Schwerpunkt geht es um die die kirchliche Rechte. Er spannt einen Bogen von den gut aufgestellten Evangelikalen, die unter anderem wegen ihrer Missionierungstätigkeit immer wieder in die Kritik geraten, über die frauenfeindlichen »Lebensschützer« bis zum katholischen Spektrum, dessen rechte Umtriebe wir am Beispiel des ultrareaktionären Ordens »Opus Dei« und des in Polen sehr populären antisemitischen Senders »Radio Maryja« beleuchten. Wir hoffen, auch mit dem Rest der Ausgabe auf Euer Interesse zu stoßen. Die Bandbreite reicht diesmal von rechter Gewalt im sächsischen Fussball über das Anbändeln des notorischen Kieler Neonazis Peter Borchert mit den Bandidos bis zur zwischen Rechtspopulismus und Verschwörungsglauben operierenden »Ein-Mann-Armee« Udo Ulfkotte.

Besonders ans Herz legen möchten wir Euch den Text von Florian Back über die neu ernannte Familienministerin Kristina Köhler (CDU). Köhler ist laut FAZ Mitglied der »Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche«, in deren Themenheft »Sexualität im Leben eines Christen« von 2006 gehetzt wird, Homosexualität habe »nicht das Wohlgefallen Gottes« und müsse »daher im ethischen Zusammenhang als Ursünde des Menschen gewertet werden«. Abtreibung verstoße »gegen das Tötungsverbot«. Dass Mitglieder der SELK in der »Jungen Freiheit« schreiben, verwundert bei solchen Positionen nicht. Die notorische »Linksextremisten«-jägerin Köhler aus der kirchlichen Rechten an der Spitze, des auch für die Bundesprogramme gegen (Rechts-)extremismus zuständigen Familienministeriums, lässt für die Zukunft wenig gutes erahnen.

Im letzten AIB berichteten wir über den Mord an Marwa El-Sherbini in Dresden. Ihr Mörder Alex Wiens ist nun zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Dass er auch versuchte, den Ehemann von Marwa El-Sherbini zu töten, ist in der Berichterstattung oft außer Acht gelassen worden. Wiens hat Revision gegen das Urteil eingelegt. Der Mord und die ausbleibende bundesweite Reaktion darauf markieren eine große Niederlage der antifaschistischen Linken in den letzten Jahren. Was hätte die Antifa auf den Plan rufen müssen, wenn nicht ein heimtückischer rassistischer Mord in einem deutschen Gerichtssaal? Die Vermutung liegt nahe, dass die Tatsache, der Täter ist »Russlanddeutscher«, viele überfordert hat und die Reaktionen anders ausgefallen wären, hätte es sich um einen in Deutschland geborenen Neonazi gehandelt. Hier hat sich die Antifa im Fallstrick eines rassistischen Diskurses verheddert und davon blenden lassen, dass Wiens nicht in das Raster vom »echten deutschen« Mörder passte, anstatt die Tat anhand seiner rassistischen Motivation zu beurteilen. Diese ist Ausdruck eines seit dem 11. September 2001 erstarkenden antimuslimischen Rassismus, und es bleibt die Frage, wie die Öffentlichkeit reagiert hätte, wenn das Opfer keine kopftuchtragende Muslima gewesen wäre. Die fast vollständig ausbleibende Reaktion der Linken ist ein Armutszeugnis und bedarf einer selbstkritischen Aufarbeitung.

Erneut trauern wir um einen ermordeten Antifaschisten in Russland. Der 26-jährige Iwan Chutorskoi wurde am 16. November in Moskau in seinem Hauseingang hinterhältig erschossen. Iwan war ein exponierter Aktivist der antifaschistischen Subkultur und stand wohl schon länger auf der Todesliste der Neonazimörder. Im Fall der Anfang des Jahres ermordeten AktivistInnen Stanislav Markelov und Anastasia Baburova vermeldete die russische Justiz vor kurzem einen Fahndungserfolg. Russische AntifaschistInnen bleiben aber angesichts der gängigen Verschleierungstaktik der Sicherheitsorgane skeptisch, ob es mit dem verhafteten Neonazipärchen die wirklich Verantwortlichen getroffen hat.

Bereits am 14. September verstarb der antifaschistische Widerstandskämpfer Gerhard Leo in Berlin. 1923 als Kind einer jüdischen Familie in Berlin geboren, floh er mit seinen Eltern 1933 nach Paris und schloss sich nach dem Einmarsch der Deutschen 1942 der Resistance an. Nach seiner Verhaftung 1944 wurde er von Partisanen befreit. Bis zum Kriegsende kämpfte er weiter. 1954 zog er mit seiner Familie in die DDR und arbeitete als Autor und Journalist unter anderem für das Neue Deutschland. Nach der Wiedervereinigung war er aktiv im Bund der Antifaschisten und ein unermüdlicher Zeitzeuge. Ihm war es wichtig, seine Erfahrungen an die jüngeren Generationen weiterzugeben und so das Gedächtnis an den antifaschistischen Kampf aufrechtzuerhalten. Bis zu seinem Tod engagierte er sich zudem in der Initiative gegen Abschiebehaft für inhaftierte Flüchtlinge in Berlin-Köpenick, die ihn liebevoll »Papa Leo« nannten. Seinen Kampf für eine menschenwürdige Gesellschaft fortzuführen, ist unsere Aufgabe. ■

Spendet für die russischen AntifaschistInnen:
A. Hoffmann
Kto.-Nr. 408352201
Postbank Hamburg
BLZ 20010020
Stichwort: Enough/Russland (unbedingt angeben!)

Internetseite Altermedia Deutschland vor Gericht?

Bisher galt die deutschsprachige Neonazi-Internetseite »Altermedia Deutschland - Störtebeker Netz« unter Szenekennern als eine Art juristisches Kuriosum. Obwohl hier mehr oder weniger offen gegen diverse Gesetze verstoßen wurde, schienen die Betreiber aus Stralsund keine juristischen Folgen fürchten zu müssen. Aus Sicherheitskreisen und unter Fachjournalisten wurden daher bald unbestätigte Hinweise vernehmbar, dass dieses Neonazi-Internetprojekt im besonderen Interesse von Geheimdienstkreisen stehen würde. Doch im April 2009 erhob die Staatsanwaltschaft Stralsund überraschenderweise Anklage gegen den 46-jährigen Axel Möller aus Stralsund wegen Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Gewaltdarstellung und Beleidigung. Laut Staatsanwaltschaft Stralsund habe der Angeschuldigte Möller die Autorenrechte für die Internetseiten »altermedia.info« und »störtebeker.net« und sei für die dort erschienenen Beiträge mitverantwortlich. Konkret wird ihm die Veröffentlichung des Horst-Wessel-Liedes in Text und Noten im Mai 2007, die Veröffentlichung eines russischen Exekutionsvideos mit Hakenkreuzfahne im August 2007 und die Beleidigung des Innenministers von Mecklenburg-Vorpommern Lorenz Caffier im September 2007 vorgeworfen. Laut Informationen aus dem Umfeld von Axel Möller sollen bei ihm ein Computer, Tagebücher und ein der Staatsanwaltschaft gewidmetes Tagebuch sichergestellt worden sein, das der Staatsanwaltschaft als Beweismittel gelten soll. Bleibt abzuwarten, ob die Anklage in diesen Fällen tatsächlich vor Gericht verhandelt wird, oder ob Axel Möller und »Altermedia – Deutschland« weiterhin aufgrund ungeklärter Umstände von juristischen Konsequenzen verschont bleiben. ■

Neonazis unter falscher Flagge

[1] Anti-EU-Demo am 5. September 2009 in Berlin. Am Transparent Marc Kluge (links) und Daniel Pommerenke (rechts).

1. Mai 2009 in Berlin: Eine Gruppe junger Demonstranten taucht auf einer Gewerkschaftsveranstaltung mit einem Transparent: »Das Eigentum in fremder Hand? Unsere Antwort: Klassenkampf!« auf. Erst im Nachhinein nahmen die Organisatoren den Inhalt näher unter die Lupe und bemerkten, dass sich hinter der Gruppierung eine neonazistische »nationalrevolutionäre« Kameradschaft verbirgt, die sich »Sozialrevolutionäre Alternative Mitte« (SAM) nennt und sich zu einem »Netzwerk sozialistische Nation« (NWSN) zählt. Die Neonazis agitieren für einen »souveränen sozialistischen Nationalstaat« und sind auf der Suche nach einem zukünftigen »Bündnis zwischen der sozialistischen und nationalen Bewegung«. Ihren »neuen bzw. dritten Weg« garnieren sie mit einem Ideologiemix aus nationalrevolutionären/nationalbolschewistischen Klassikern, ein bisschen Marx, Lenin und Anarchosyndikalismus. Auf ihrer Website berichten die Neonazis ausführlich über ihre Teilnahme an der »revolutionären 1. Mai Demo« in Berlin-Kreuzberg. Weiterhin prahlen sie mit der Teilnahme an verschiedenen linken Demonstrationen und Veranstaltungen, wie den »Sozialismustagen« der »Sozialistischen Alternative Voran« (SAV) in Berlin. Hinter dem großen Gruppennamen stehen nicht mehr als 10 Personen. Undercover reisen sie zu verschiedenen linken Veranstaltungen, um im Nachgang ihre erfolgreiche »Querfrontarbeit« zu schildern. Am 5. September 2009 wollten sie an einer Anti-Atomkraft Demonstration in Berlin teilnehmen, wurden dort jedoch weggeschickt. Am gleichen Tag beteiligten sie sich an der, u.a. von Jürgen Elsässer organisierten Demonstration gegen den »Lissaboner Vertrag«. Thematisch waren die Neonazis der SAM hier auf jeden Fall richtiger, denn Elsässers Thesen mit der Fixierung auf den Nationalstaat und gegen das internationale Finanzkapital kamen einer Einladung gleich. Die Nationalrevolutionäre beteiligten sich hier mit einem Transparent auf dem sie das Symbol der linken »Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter Union« (FAU) benutzten. Zwei der Transparentträger, der Magdeburger Daniel Pommerenke und Marc Kluge aus Wernigerode, sind in Sachsen-Anhalt als Neonazis bekannt. Daniel Pommerenke hat noch vor zwei Jahren mit Matthias Gärtner (Bundesschulungsleiter der JN) zusammen auf einer »getarnten« JN-Liste an den Universitätswahlen in Magdeburg teilgenommen. Marc Kluge war jahrelang in der NS-Hardcoreszene und mit dem JN-Bundesvorsitzenden Michael Schäfer zusammen für die NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) aktiv. 2007 kandidierte er für die NPD bei den Kreistagswahlen. Ihre Flugblätter unterschrieben die Neonazis mit den unverdächtigen Gruppennamen »eco-revolution«. Ein Blick auf die verlinkten Websites dieser Gruppe führt jedoch zum NWSN. Registriert hat die NWSN Domain Lars Poppke aus Soltau/Niedersachsen. Im Dezember 2007 trug er auf einer Neonazi-Demonstration in Berlin ein Transparent mit der Forderung »Querfront – gemeinsam statt gegeneinander« und engagierte sich u.a. mit Söhnke Dorten bei den »Autonomen Nationalisten Nord/West«. 2009 versuchten die beiden Soltauer, Poppke und Dorten sich über die »Piratenpartei« zu den Bundestagswahlen als Direktkandidaten aufstellen zu lassen. Sie scheiterten aber an zu wenig Unterstützungsunterschriften bzw. traten von der Kandidatur zurück, nachdem ihr neonazistischer Background öffentlich wurde. ■

Riegers Tod wird die Hamburger NPD weiter radikalisieren

Am 29. Oktober 2009 erlitt der stellvertretende Bundesvorsitzende, Hamburger Landesvorsitzende der NPD und Multifunktionär der extremen Rechten, Rechtsanwalt Jürgen Rieger, während einer Sitzung der Partei einen Schlaganfall und verstarb wenige Tage später in einem Berliner Krankenhaus. Rieger genoss in quasi allen Lagern seines Spektrums grossen Respekt und war der wohl bedeutenste Finanz- und Immobilien-Akteur der deutschen Neonaziszene, wobei ihm häufig die Verwaltung der Hinterlassenschaften verstorbener Alt-Nazis oblag. In seiner Heimatstadt Hamburg diente er der lokalen Szene als väterliche Gallionsfigur und ermöglichte es unter seinem Vorsitz radikalen Neonazis 2007 den Landesverband der NPD zu übernehmen und nach eigenem Ermessen umzustrukturieren. Nach Riegers Ableben übernimmt nun mit dem stellvertretenden Vorsitzenden Torben Klebe, ein Kader der militanten Neonaziszene mindestens bis zur Neuwahl im Jahr 2011 das Ruder. Die Personalie Klebe, ehemaliges Führungsmitglied der verbotenen Organisationen »Blood&Honour« und »Hamburger Sturm«, dürfte dem Landesverband eine weitere Radikalisierung einbringen und den Machtanspruch des ohnehin schon dominierenden Personenkreises um Klebe innerhalb des Landesverbandes weiter ausbauen. Auf der anderen Seite kann das Wegbrechen der Verbindungsperson Rieger eine weitere Abwanderung »moderater« Mitglieder und Stimmverluste mit sich bringen. Da nun auch das einzig langjährige Projekt außerhalb der NPD, das »Aktionsbüro Norddeutschland«, eingestellt wurde, ist zu erwarten, dass die militante Neonaziszene zukünftig bei ihrer regionalen Arbeit noch stärker auf die Strukturen der NPD zugreifen wird. ■

(siehe auch AIB Nr. 84)

[1]

[1] Die Führungsriege der NPD beim Gedenkmarsch für Rieger in Wunsiedel am 14. November 2009

Schulhof-CD nur noch für den Mülleimer

Die aktuelle Version der Schulhof-CD »BRD vs. Deutschland« kann die NPD in Zukunft nur noch als Briefbeschwerer verwenden. Seit Ende September 2009 darf die CD in ihrer ursprünglichen Form weder verteilt, noch zum Download angeboten werden. Der Grund: Der Musikverlag »EMI-Music« hat den Sampler wegen Urheberrechtsverletzungen gestoppt. Dem Berliner NPD-Landesvorsitzenden Jörg Hähnel, der sich für die CD verantwortlich zeichnet, dürfte wohl nicht aufgefallen sein, dass die Brandenburgische Neonaziband »Hassgesang« eine Melodie der US-Pop-Band »Blink 182« covert und mit einem deutschen Text über das aufregende Außenseiterleben als Neonazi unterlegt. Um ein Lied textlich oder musikalisch zu verändern, bedarf es jedoch der Erlaubnis des Musikverlages. Der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Frank Schwerdt unterschrieb eiligst eine Unterlassungserklärung des Verlags und gab eine entsprechende Weisung an alle Funktionäre heraus, die CD nicht mehr zu verteilen. Auf der NPD-Webseite ist das Lied bereits nicht mehr zu finden. Nach eigener Aussage wurden von der besagten Schulhof-CD 25.000 Exemplare gepresst. Wie viele davon noch in der Parteizentrale in Berlin-Köpenick lagern ist nicht bekannt. Der Musikklau könnte für Hähnel darüber hinaus teure Folgen haben. Einerseits kann EMI auf Schadensersatz klagen, andererseits stellte sich heraus, dass das Lied nicht ordnungsgemäß bei der GEMA gemeldet wurde. Hähnel muss deshalb damit rechnen, nicht nur die GEMA-Gebühren nachzahlen zu müssen, sondern auch ein Strafgeld. Inzwischen hat auch eine weitere Band angekündigt rechtliche Schritte gegen Hähnel zu prüfen. Auch hier geht es um einen Song auf der Schulhof-CD. Die Gruppe »Act of Violence« scheint zu faul zu sein, sich eigene Texte auszudenken. So klaute die Band kurzerhand den Großteil des Textes für ihr Lied »An Vater Staat«, bei der bekannten deutschen Crossover-Gruppe »Such a Surge«. Das Original heißt »Ideale« und wurde bereits 1996 veröffentlicht. ■

Gottes journalistische Seilschaft

Die vernetzte Lobbyarbeit der Evangelikalen

Im Sommer diesen Jahres war der ZDF-Journalist und bekennende Evangelikale Peter Hahne gleich für zwei Personalien im Gespräch: als nächster Chefredakteur seines Fernsehsenders oder als nächster Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD). Während sich letzteres schnell als Gerücht erledigt hatte, können die evangelikalen Medien-Netzwerke noch auf einen der Ihren an der Spitze des ZDF hoffen. Denn immerhin dirigiert Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) den politisch motivierten Angriff auf den geschassten Chefredakteur Nikolaus Brender.

Ulli Jentsch (apabiz)

Peter Hahne, Leiter des ZDF-Hauptstadtbüros, ist sicher der prominenteste Medienmann aus dem Kreis der evangelikalen Sammlung in Deutschland, der Deutschen Evangelischen Allianz (DEA). Die Evangelikalen insgesamt werden seit einiger Zeit von der Öffentlichkeit stärker beachtet, was nicht zuletzt an ihrer medialen Präsenz liegt. So ist der Einfluss der evangelikalen Kreise innerhalb der evangelischen Kirche nach Meinung vieler BeobachterInnen gewachsen, nicht zuletzt durch die freundliche Haltung des bisherigen EKD-Vorsitzenden, Wolfgang Huber. Die bibeltreuen Kreise versprechen mehr Missionsarbeit und eine »Neuevangelisierung« Deutschlands, die wohl die gesamte EKD gerne sehen würde. Aber es ist gerade die aggressive Missionierung Andersgläubiger und Andersdenkender in Deutschland und im Ausland, die auch deutliche Kritik und Widerstände hervorruft.

Evangelikale Kreise beteiligen sich an den anti-feministischen Kampagnen gegen das Recht auf Abtreibung, wie die sogenannten »Märsche für das Leben«, die in mehreren Städten durchgeführt werden. Diese waren nach langen Jahren erstmals mit kräftigem Widerspruch konfrontiert und forderten die »Krisen-PR« der ultrarechten ChristInnen heraus. Die Arbeitsweise des evangelikalen Netzwerkes wird auch an der jüngsten medialen Auseinandersetzung deutlich. Sie entbrannte an der Zulässigkeit christlicher Missionsarbeit in Krisenregionen. Im Juni 2009 waren zwei deutsche »Bibelschülerinnen« im Jemen ermordet worden, die wohl neben ihrer karitativen Arbeit auch missioniert hatten. Das Nachrichtenmagazin »Frontal 21« (ZDF) kritisierte in einem Beitrag die aggressive Propaganda der Entsendeorganisation und verglich die Bereitschaft für einen Gott zu sterben, mit islamischem Fundamentalismus. Dies sorgte für evangelische Proteste bis hinein in die EKD. Dabei reagieren die Evangelikalen vor allem auf den Vorwurf des Fundamentalismus reflexartig empört. »Gezielte Rufmordkampagne«, »böswillige Unterstellung« und »wie einst in der DDR«, so die Kommentare in ideaSpektrum.

Erste Adresse der Empörung sind die Medienanstalten selbst, aber vor allem die EKD. Deren Reaktion kann die Kritik multiplizieren oder – wie hier geschehen – ihr die Spitze nehmen. Die evangelikalen Kreise setzen auf die Wirkung ihrer Netzwerke. Zu den Aktivitäten der DEA gehört seit gut dreißig Jahren auch die Bündelung ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Hierzu wurde 1980 die »Konferenz Evangelikaler Publizisten (KEP) e.V.« gegründet, die sich 1999 den geschmeidigeren Namen »Christlicher Medienverbund KEP e.V.« (KEP) gab. Das Ziel der Gründung war es, durch die »Koordination der bisherigen evangelikalen Öffentlichkeitsarbeit (...) eine wirkungsvolle und sachkompetente Vertretung der evangelikalen Bewegung in den Massenmedien« zu erreichen. Schon Anfang der 1980er Jahre stieß der junge Peter Hahne dazu und verließ den Verband erst 2008; ein Umstand, der seltsamerweise weder von Hahne noch von der KEP jemals erwähnt wird.

Es fällt bisweilen schwer, Medien und Macht voneinander zu unter-

[1] Die Zeitschrift »ideaSpektrum« der »Evangelischen Nachrichtenagentur« gehört zum Netzwerk der Evangelikalen

[2] Die ReferentInnen des »Christlichen Medienkongresses im Dezember 2009 (u.a. organisiert durch den »Christlichen Medienverbund KEP) verdeutlichen das weite Netzwerk der Evangelikalen

scheiden, wenn man sich den »Christlichen Medienverbund« betrachtet. Ein ZDF-Chefredakteur gehört bisher nicht dazu, die Reihe der einflussreichen Mitglieder – laut KEP »Journalisten, Publizisten, Verleger und Vertreter von Medienorganisationen« – ist dennoch beachtlich. Fangen wir bei der Politik an. Neben der Abgeordneten des sächsischen Landtages Uta Windisch sind einige andere CDU-Mitglieder dabei: Christoph A. Zörb aus Ehringshausen (Hessen), seit Februar 2009 Sprecher der hessischen Umweltministerin, oder Christoph Weirich, seit Juli 2009 Pressesprecher der hessischen CDU-Fraktion. Das Unternehmen »Deichmann Schuhe« ist vertreten, die »Stiftung Christlicher Medien« (SCM), die Verlage Hänssler, Brunnen und Johannis. Hinzu kommen diverse Pastoren und Professionelle der evangelikalen Strömungen in Deutschland wie der Generalsekretär der DEA, Hartmut Steeb, oder der Direktor des Evangelium-Rundfunks ERF, Jürgen Werth. Bleiben die JournalistInnen: Vertreten sind die Westdeutsche Zeitung (Cornelia Breuer-Iff), die Hamburger Morgenpost, die Welt (Edgar S. Hasse), das ARD-Hauptstadtstudio (Markus Spieker) und der Mitteldeutsche Rundfunk.

Ein echtes Schwergewicht im Vorstand der KEP ist der einflussreiche Prof. Dr. Wolfgang Stock (Woltersdorf bei Berlin), der als aktuelle Funktion »geschäftsführender Vorstand der Convincet GmbH« angibt. Stock verkörpert geradezu die Verquickung von Medien, Marketing und politischer Meinung: »Als Universitätsprofessor für Journalistik beherrscht er (...) die Meta-Ebene der politischen Kommunikation und des Agenda Setting«, so der Klappentext zu einem seiner Bücher. Zu seinen Tätigkeiten gehörten oder gehören Lehraufträge an verschiedenen Universitäten, »PR-Berater«, »Merkel-Biograf«, »Macher des Merkel Podcasts« und einiges mehr. Stock war Journalist bei FAZ, Welt, Focus und Berliner Zeitung. Er berichtete für »Die Welt« aus Polen und war gleichzeitig »stark in der Paneuropa-Bewegung Otto von Habsburgs engagiert«. Nach zwanzig Jahren hat er seine Erfahrungen aus dem Business zum Grundstock seiner Beratungstätigkeit für Wissenschaft, Unternehmen und Politik gemacht. Christlicher Politik selbstredend, Stock ist Mitglied der CDU.

Weltfremde Spinner also sind diese Kreise ganz und gar nicht, ein Eindruck, der bei manchen Medienberichten, zum Teil auch in linken Publikationen, durchaus entstehen kann. Deutlich ist das Gespür dafür, wo Meinung gemacht werden kann und politische Positionen entschieden werden: in den Zentren der Macht. Dafür wirkt unter anderem die KEP mit ihrer journalistischen Tagesarbeit. Mit den Worten der Vorsitzenden: »(...) Netzwerke verdichten, Gebetskreise unterstützen, Nachwuchsjournalisten fördern (...), die Seminararbeit unterstützen: »Gottes Fußvolk« muss professionalisiert werden.« Wer zu Gottes journalistischer Seilschaft gehört, sollte aufmerksam beobachtet werden. ■

Gottes Werk und Teufels Beitrag

Opus Dei – »Kampftruppe Gottes«

Immer wieder einmal macht es von sich reden: Das Opus Dei, eine reaktionäre Pressure Group innerhalb der Katholischen Kirche. »Kampftruppe Gottes« nennt sich die Organisation, die auf rund 87.000 Mitglieder in beinahe 100 Staaten zurückgreifen kann und sich mit deren Hilfe zielstrebig um wachsenden Einfluss in der Kirche, aber auch in der Öffentlichkeit bemüht. Ihr wohl wichtigstes Ziel ist es, liberale oder gar linke Kräfte in Kirche und Gesellschaft zu entmachten und überkommenen Werten und Normen zum Durchbruch zu verhelfen.

[1] Josemaria Escrivá de Balaguer y Albás war Gründer des »Opus Dei«

[2] »Opus Dei«-kritisches Wandbild

Wichtige Prägungen verdankt das Opus Dei dem faschistischen Spanien unter Francisco Franco. Gegründet 1928 von dem spanischen Priester Josemaría Escrivá de Balaguer y Albás, profitierte es in besonderem Maße von dem recht engen Kontakt zwischen Escrivá und dem »Caudillo«. Beide kämpften gemeinsam gegen die spanische Linke. 1951 »saßen auf einmal drei Opus Dei-Beamte in Regierungsbüros« des Madrider Regimes, berichtet der katholische Opus Dei-Experte Peter Hertel. 1957 berief der Diktator drei Gefolgsleute von Escrivá an die Spitze seiner Ministerien. 1962 kam noch ein vierter Opus Dei-Minister hinzu. Der Antikommunismus bildete auch eine Brücke zwischen dem Opus Dei und Nazideutschland, das Franco geholfen hatte, sich im spanischen Bürgerkrieg durchzusetzen. Alle männlichen Opus Dei-Mitglieder, schreibt Hertel, hätten sich in den frühen 1940er Jahren »freiwillig für die Blaue Division« gemeldet, die sich am deutschen Vernichtungskrieg in der Sowjetunion beteiligte. Allerdings seien die Opus Dei-Mitglieder »nicht genommen« worden. Josemaría Escrivá versuchte im privaten Kreis noch Jahrzehnte später, die deutschen Verbrechen herunterzuspielen. Dies berichtet ein einstiger enger Mitarbeiter von Escrivá, der sich später von Opus Dei löste. Escrivá habe die Ansicht vertreten, »wenn die Leute behaupteten, Hitler habe sechs Millionen Juden getötet, dann übertrieben sie. So schlecht sei Hitler nicht gewesen. Er könne nicht mehr als drei oder vier Millionen Juden getötet haben.«

Seine erste Zweigstelle in Deutschland hat das Opus Dei jedoch erst nach dem Ende der NS-Herrschaft eröffnet - im Jahr 1952. Damals bezogen vier Studenten aus Francos Spanien eine leer stehende Villa in der Bonner Adenauerallee und gründeten damit das spätere Studentenheim »Althaus«. Es besteht bis heute fort und bietet männlichen Studenten neben Vollpension und Wäscheservice auch Arbeitskreise und Glaubensgespräche, strikt nach den Vorgaben des Opus Dei. Die Organisation schreibt Akademikern »große Bedeutung für den der bürgerlichen Gesellschaft zu leistenden Dienst« zu – also für die Einflussarbeit des Opus Dei. Wichtig seien dabei vor allem »öffentliche Ämter, besonders jene mit Leitungsfunktionen«, hatte Escrivá in den »Konstitutionen« seiner Vereinigung dekretiert, weshalb Nachwuchseliten seit je zur speziellen Zielgruppe des Opus Dei gehören.

Als Rahmenorganisation für das Bonner Studentenheim und ähnliche Organisationen gründeten Mitglieder und Freunde des Opus Dei 1953 die »Studentische Kulturgemeinschaft e.V.«, die heute für Jugendliche und junge Männer Bildungszentren unterhält – etwa die Einrichtungen »Hoher Weg« in Augsburg, »Fausenburg« in Trier, »Am Städel« in Frankfurt am Main und »Weidenau« in München. Außerdem gibt es Jugendclubs in Frankfurt am Main und München sowie den Studententreff »Schackstraße« in München. Die »geistliche Leitung« aller Einrichtungen ist dem Opus Dei anvertraut. Zur Jahrtausendwende verfügte der Verein über ein Vermögen von 34,8 Millionen DM, das vor allem in Immobilien angelegt war. Dem Männerverein »Studentische Kulturgemeinschaft« wurde eine ähnlich verzweigte Frauenorganisation an die

Seite gestellt, der »Deutsch-Internationale Kulturverein e.V.« mit Sitz in Köln. Er unterhält das Tagungshaus »Zieglerhof« in Ettal (Oberbayern), das Bildungszentrum »Sconenberch« in Berlin, Studentinnenheime in Trier und im Münchner Umland sowie eine weitere Einrichtung in Hamburg. Auch auf Schüler hat es das Opus Dei abgesehen. Der jüngste Schritt: Die Opus Dei-nahe Elterninitiative »Freie Schulen Brandenburg e.V.« plant in Potsdam die Gründung eines Jungengymnasiums.

Dass das Opus Dei sich zuerst im Rheinland festsetzte, hatte vor allem taktische Gründe: In Bonn und um die frühere Bundeshauptstadt herum konzentrierten sich die politischen und die wirtschaftlichen Eliten der alten Bundesrepublik. Sympathie fand das Opus Dei etwa »beim Krupp-Bevollmächtigten Berthold Beitz« und »bei Thyssen«, berichtet Hertel, der zu den Freunden der Vereinigung auch Familien aus dem »begüterten Erbadel« zählt, darunter Habsburg, Lobkowicz, Westphalen, Waldburg-Zeil und Guttenberg. Rund um die deutsche Prälatur des Opus Dei, die im Kölner Stadtteil Lindenthal ihren Sitz hat, haben sich ihr nahestehende Strukturen angesiedelt, so etwa der Kölner »Adamas-Verlag«. Er bietet Bücher und Broschüren von Escrivá sowie dem Opus Dei verbundenen Personen an. Der im gleichen Gebäude residierende Verein »Priesterausbildungshilfe e.V.« um Monsignore Dr. Klaus M. Becker sammelt Spenden für die Ausbildung neuer Priester und arbeitet eng mit der vom Opus Dei geleiteten »Päpstlichen Universität vom Heiligen Kreuz« in Rom zusammen.

Besondere Bedeutung kommt dem 1973 gegründeten »Lindenthal-Institut« zu, das im gleichnamigen Kölner Stadtteil residiert. Es bezeichnet sich offiziell als »weder konfessionell festgelegt, parteilich gebunden noch einer Interessengruppe verpflichtet«, ist aber personell mit dem Opus Dei verbunden. Es gilt als zentrale Einrichtung der Opus Dei-Ideologieproduktion in Deutschland. Sein Leiter Hans Thomas, einst Geschäftsführer der »Studentischen Kulturgemeinschaft«, ist einer der mächtigsten Opus Dei-Männer in Deutschland. Das »Lindenthal-Institut« fungiert auch als Kontaktanschrift für die »Rhein-Donau-Stiftung« (Geschäftsführer: Hans Thomas). Der Schwerpunkt der Opus Dei-nahen Stiftung, deren Präsident Norbert Geis für die CSU im Bundestag sitzt, liegt auf Maßnahmen sogenannter Entwicklungshilfe, für die sie in den letzten zehn Jahren rund 1,5 Millionen Euro vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit erhalten hat. Die Mittel kamen etwa einer Krankenschwesternschule in Argentinien zugute, deren Schülerinnen laut Projektbeschreibung »ethisch-religiös gebildet und treu« zu sein haben.

Innerhalb der katholischen Kirche nimmt der Einfluss des Opus Dei unter Papst Ratzinger stark zu. Mit Hilfe der selbsternannten »Kampftruppe Gottes« treibt Benedikt XVI. die Weltkirche systematisch nach rechts. Dass dies auch in Deutschland mit Kontakten nach Rechtsaußen verbunden ist, zeigt beispielhaft der Opus Dei-Mann Jürgen Liminski aus St. Augustin. Der Vater von zehn Kindern ist Landesvorsitzender der »Paneuropa-Union« in NRW. Seine Texte erscheinen nicht nur in der katholischen Monatsschrift »Der Fels«, die dem »Forum Deutscher Katholiken« nahesteht – einer Gegengründung zum »Zentralkomitee der deutschen Katholiken«, das erzkonservativen Kräften als zu papstkritisch gilt. Liminski, der beim »Forum Deutscher Katholiken« wiederholt als Moderator oder Diskussionsteilnehmer auftrat, ist auch für die rechte Wochenzeitung »Junge Freiheit« aktiv - und das nicht nur als Autor. Letztes Jahr hielt er bei der Verleihung des Löwenthal-Preises der »Jungen Freiheit« die Laudatio. ■

[1]

[2]

»Lebensschützer«

Kreuzritter gegen die Moderne

Seit 2002 ruft der »Bundesverband Lebensrecht« (BVL) alle zwei Jahre zum Protestmarsch »1000 Kreuze für das Leben« in Berlin auf. Als Vorbild gelten die riesigen Demos in den USA oder im »Opus Dei«-Stammland Spanien, wo jüngst Hunderttausende gegen Schwangerschaftsabbrüche demonstrierten. Ab diesem Jahr soll der Marsch in Berlin nun jährlich und nach internationalem Vorbild als »Marsch für das Leben« stattfinden. Das ranghohe Kirchenleute und Politiker dem Marsch ihre Grußworte sandten, belegt den zunehmenden Einfluß dieser Bewegung in der Gesellschaft.

Joß Fritz

In München und erstmals auch in Münster ist es »EuroProLife« (Heroldsbach) um Wolfgang Hering, eine um das Münchener »Lebenszentrum« und den Verein »Helfer für Gottes kostbare Kinder Deutschland« angesiedelte Gruppierung, die unter dem Motto »1000 Kreuze für das Leben« aufmarschierte. Im Jahr 2008 beteiligten sich sogar Teile der Münchener Neonazi-Szene daran. Während dem BVL als Dachverband 14 Verbände unterschiedlicher Konfession angehören, wurde »EuroProLife« mit höchsten Weihen aus Rom gegründet. Mit – nach Eigenangaben – 30.000 Mitgliedern und Unterstützern stellt der BVL derzeit den größten Zusammenschluß von »Lebensschützern« in Deutschland dar. Unter dem Vorsitz von Martin Lohmann haben sich unter dem Dach des BVL die »Christdemokraten für das Leben« (CDL, Münster), der »Arbeitskreis Lebensrecht und Familie« der PBC-Abspaltung »AUF«, die »Aktion Lebensrecht für Alle e.V.« (ALfA, Augsburg), die »Europäische Ärzteaktion« (Salzburg), die vor allem im Osten Deutschlands verankerte »Kooperative Arbeit Leben Ehrfürchtig Bewahren« (Berlin), die »Juristen-Vereinigung Lebensrecht e.V.« (Köln), die »Stiftung Ja zum Leben« (Meschede), das »Treffen Christlicher Lebensrecht-Gruppen e.V.« (Stuttgart), die freikirchliche Initiative »Pro Vita«, »Hilfe für Mutter und Kind e.V.« (Königstein) sowie die Vereine »Durchblick« (Östringen), »Pro Conscientia« (Heidelberg), »Rahel« (Rheinstetten) und »pro mundis« zusammengeschlossen. Nach dem überraschenden Rücktritt der BVL-Vorsitzenden Claudia Kaminski aus »familiären Gründen« im Juli diesen Jahres fungierte BVL-Vizechef Manfred Libner als Interims-Vorsitzender. In einem Interview mit der »Jungen Freiheit« (JF) kurz vor dem Marsch in Berlin äußerte sich Libner, zugleich Geschäftsführer der »Stiftung Ja zum Leben«, auch über die »Bauchschmerzen« vieler BVL-Mitglieder mit der Politik der CDU. Es sei »kein Geheimnis«, das der »Marsch für das Leben« durch »etliche Mitglieder von Kleinparteien, vor allem christlicher Prägung« unterstützt werde. Solange aber die Zersplitterung anhalte, sehe er nicht, wie diese je politische Relevanz gewinnen könnten. »Wichtig wäre«, so Libner, der noch im April als Referent bei der »Burschenschaft Hannovera« in Göttingen angekündigt wurde, »daß mindestens eine von ihnen wahrnehmbar an fünf Prozent herankäme«, damit die Union »vielleicht aufmerksam« und »ihren eigenen Kurs überdenken« werde. Noch im September 2008 hatte der BVL in einem »Berliner Manifest« die damalige Große Koalition aufgefordert, die derzeitige Praxis der Schwangerschaftsabbrüche zu beenden. Mit einer groß angelegten Unterschriftenaktion versuchten unlängst »Lebensschützer«-Gruppen und konservative protestantische Gemeinden eine Neuorientierung der EKD bei der »kirchlichen Hilfe für schwangere Frauen« zu erwirken. Um Druck auf die Politik auszuüben, suchen »Lebensschützer« verschiedener Konfessionen auch den Schulterschluß mit der extremen Rechten. Die Bundesvorsitzende der ALfA, Claudia Kaminski, war wiederholt Interviewpartnerin der JF. Die stellvertretende Vorsitzende der etwa 10.000 Mitglieder umfassenden ALfA, Alexandra Maria Linder, stellte im Oktober in einem JF-Interview ihr neues Buch mit dem Titel »Geschäft Abtreibung« vor. Der »Stiftungsbrief« der »Stiftung Ja zum Leben« lag wiederholt der JF bei, in der die Stiftungsvorsitzende Johanna Gräfin von Westphalen auch wiederholt interviewt wurde. Auch die CDL scheinen keine

[1] »Marsch für das Leben« am 26. September 2009 in Berlin.

Probleme mit dem rechtsgerichteten Berliner Blatt zu haben. So wurde die CDL-Bundesvorsitzende Mechthild Löhr, gelegentliche Autorin des Blattes, im Oktober auf der Buchmesse als Gesprächspartnerin am Messestand der JF angekündigt. Ebenfalls dort auftreten sollte der Vorsitzende des Vereins »Die Birke« (Heidelberg), Kristijan Aufiero. In ihrem Kampf gegen Schwangerschaftsabbrüche, die Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit der Ehe und den Feminismus sucht der rechte Rand des bundesdeutschen Protestantismus die Nähe zu ihrem Gegenstück bei den Katholiken. So nahmen im September hochrangige Vertreter der Evangelikalen an einer Podiumsdiskussion des »papst- und kirchentreuen« »Forum Deutscher Katholiken« teil. Einträchtig diskutierten dort Hartmut Steeb, Generalsekretär der »Deutschen Evangelischen Allianz« und Leiter des »Treffens Christlicher Lebensrecht-Gruppen«, Andreas Späth, Vorsitzender der »Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis« in Bayern, Manfred Libner (BVL) und Norbert Geis, CSU-MdB, JF-Kolumnist und Präsident der »Opus Dei«-nahen »Rhein-Donau-Stiftung« über Gemeinsamkeiten. Neben dem BVL und »EuroProLife« gibt es noch zahlreiche weitere »Lebensschützer«-Gruppen. So z.B. die 1979 gegründete »Aktion Leben e.V.« (Abtsteinach), die behauptet, 50.000 eingetragene Mitglieder zu haben und mit einem mobilen Infostand durch die Republik tourt, die »Deutsche Vereinigung für eine Christliche Kultur« (Frankfurt/M.), die sogar schon in der JF mit Anzeigen für sich warb, der Verein »Ärzte für das Leben« (Lindenfels), die eng mit der ALfA zusammenarbeitet und die 1973 gegründete »Aktion für das Leben« (München), die gerade einen Generationswechsel in ihrer Führungsspitze hinter sich hat. Zudem gibt es noch das »Weisse Kreuz« (Ahnatal), das mit einer stattlichen Anzahl von Referenten zu Problemen in allen Lebenslagen aufwartet.

Aufmärsche wie in Berlin oder München gab und gibt es übrigens auch in anderen Städten. In Saarbrücken demonstrieren »Lebensschützer« alljährlich am 3. Oktober. Rund 200 Menschen beteiligten sich 2008 an dem Marsch, zu dem das »Aktionskomitee Christen für das Leben« in Saarbrücken, die »Aktion Leben«, das »Trierer Bündnis für Lebensrecht und Menschenwürde« sowie die islamophobe Kleinpartei »Christliche Mitte« (CM, Liesborn) aufriefen. Ebenfalls so viele Menschen beteiligten sich am 17. April 2009 an einem »Gebetszug« gegen Abtreibung in Freiburg. Mobilisiert hatten hier das Priorat Rheinhausen der fundamentalistischen »Priesterbruderschaft St. Pius X.« und deren Kapellen in Freiburg und Offenburg. Auf der Abschlusskundgebung sprach Pfarrer Winfried Pietrek von der CM. In Stuttgart demonstrierten am 1. August die Priesterbruderschaft mit anderen christlichen Gruppierungen gegen die örtliche CSD-Parade. Das örtliche Priorat der Priesterbrüder hatte zuvor zum Protest gegen die « Propagierung der sodomitischen Unzucht« aufgerufen. ■

Das Radio Maryja aus Polen

Ein Interview mit Adam Cioch von »Fakty i Mity«

Radio Maryja ist der größte katholische Rundfunksender Polens. Wer kontrolliert diese kirchliche Radiostation?

Der Sender befindet sich im Besitz des »Ordens der Redemptoristen«, zu dem auch der Direktor dieser Station, der »Vater« Tadeusz Rydzyk gehört. Laut Aussage des Ordens ist die Radiostation Teil der römisch-katholischen Kirche. De facto genießt Rydzyk eine sehr hohe Autonomie als Direktor, sodass er mit einem Kreis engster Mitarbeiter den Sender sehr selbstständig führen kann. Dank einer fanatisierten und treuen Zuhörerschaft, die in die Millionen geht, verfügt er über eine sehr große Autorität. Rydzyk glaubt, über dem Gesetz zu stehen.

Unterstützt die gesamte römisch-katholische Kirche Rydzyk oder gibt es innerkirchliche Opposition gegen die Linie von Radio Maryja?

Nahezu die gesamte Kirche unterstützt Radio Maryja. Die polnische Kirche ist sehr konservativ. Es gibt nur Reibereien zwischen Radio Maryja und den Bischöfen Tadeusz Pieronek und Józef Miroslaw Zycinski, doch selbst diese beiden Herren kann man nicht als Liberale bezeichnen. Das Radio wird im Umfeld der katholischen Wochenzeitung »Tygodnik Powszechny«, die als »progressiv« gilt, kritisiert und bekämpft. Aber verglichen mit westlichen Standards ist auch diese Wochenzeitung nur wenig konservativer als der Rest der Kirche in Polen. Das Umfeld von »Tygodnik Powszechny« ist auch sehr neoliberal.

[1] Tadeusz Rydzyk, Direktor von Radio Maryja

Aus welchen weiteren Bestandteilen setzt sich das Medienimperium des Vater Rydzyk zusammen?

Rydzyk gehört auch der Fernsehsender »Trwam«, die Tageszeitung »Nasz Dziennik«, die höhere Medienschule in Torun und ein Unternehmen, das sich mit geothermischen Bohrungen beschäftigt. Trwam sendet seit März 2003 über Satellit, ist aber auch über Kabel zu empfangen. Der Sender hat sehr niedrige Einschaltquoten. Die meisten Zuschauer sind über 50 und in kleinen und mittelgroßen Städten beheimatet. Die Zeitung »Nasz Dziennik«, die seit 1998 herausgegeben wird, erfreut sich hingegen einer gewissen Popularität. Rydzyk selbst nennt eine tägliche Auflage von 150.000 Exemplaren. In der Medienschule hingegen soll neuer Nachwuchs für dieses katholische Medienimperium herangezogen werden.

Viele Aussagen, die beim Radio Maryja getätigt werden, lösen in Polen Kontroversen aus. Ist das noch ein konservativer Radiosender oder muss man hier von einer rechtsextremen Station sprechen?

Hierbei handelt es sich mit Sicherheit um eine rechtsextreme Radiostation. Im Radioprogramm kommen immer wieder antisemitische, xenophobe und homophobe Ressentiments zum Ausdruck – insbesondere in den Äußerungen der Radiohörer. Der Radiosender ist auch radikal antikommunistisch. Doch finden sich auch schlicht konservative Meinungen im Programm. Die antisemitischen Ausfälle haben in letzter Zeit nachgelassen, nachdem eine lang anhaltende Kritik von verschiedenen Seiten an dem Sender geübt wurde. Man kann den Sender auch nicht als genuin faschistisch bezeichnen. Doch arbeitet Radio Maryia mit verschiedenen Gruppierungen der katholischen Rechten Polens zusammen. Darunter auch rechtsextreme Parteien und Jugendverbände, wie etwa die faschisierende »Liga Polskich Rodzin« (Liga der Polnischen Familien) und deren ehemalige Jugendorganisation »Mlodziez Wszechpolska« (Allpolnische Jugend).

Können Sie Beispiele für antisemitische Äußerungen im Radio Maryja nennen?

Oft wird den Juden vorgeworfen, nur am Geld interessiert zu sein oder hinter den Kulissen die Fäden der Macht – auch in Polen – zu halten. Rydzyk selbst bezeichnete den jüdischen Glauben als eine »Handelsreligion«. Immer wieder gibt es von den Moderatoren geduldete Ausfälle von Radiohörern, die den Juden vorwerfen, beispielsweise nach dem Zweiten Weltkrieg mit gestohlenem »Gold aus Polen« ausgewandert zu sein oder mit der Sowjetunion »kollaboriert« zu haben.

Das antisemitische Pamphlet der »Protokolle der Weisen von Zion« wurde auch schon mal als echt anerkannt, da dies »die Erfahrung« lehre. Ein regelrechter Skandal brach Mitte 2007 aus, als Mitschnitte einer Ansprache Rydzyks vor Schülern seiner Medienakademie veröffentlicht wurden, in denen dieser behauptete, die polnische Regierung sei von der »jüdischen Lobby« unterwandert.

[1]

Können Sie uns einen Überblick über die ideologische Ausrichtung des Senders geben, wie beurteilt Radio Maryja den Westen und Deutschland? Wo sieht Rydzyk weitere Feinde lauern?

Der Westen, insbesondere die Europäische Union, ist für Radio Maryja die Zivilisation des Todes, die durch »dämonische« Ideen »jüdischen und freimaurerischen« Ursprungs beherrscht wird. Polen wird in der Propaganda des Radios als ein wunderbares katholisches Paradies dargestellt, das die traditionellen Werte bewahrt, und durch westliche Kräfte des Bösen und der Amoralität angegriffen wird, die das Land gerade durch die EU und ihre Rechtsprechung zerstören. Generell ist die Propaganda des Radios angereichert mit Verschwörungstheorien: die wichtigsten Feinde sind die Juden, die Freimaurer, die Linke und die Homosexuellen. Man spricht dort sehr oft von der »Homosexuellenlobby«, die Polen eine »Homoideologie« aufzwinge. In Bezug auf den deutschen Faschismus vertritt der Sender keine Anschauungen, die von denen der polnischen Öffentlichkeit abweichen würden – das faschistische Deutschland wird klar verurteilt. Das Radio nimmt aber die ideologischen Zusammenhänge zwischen Faschismus und Antisemitismus nicht wahr. Es wird betont, dass die Polen zu den größten Opfern des Krieges gehörten, doch die besondere Situation der Juden wird verschwiegen. Das Verhältnis zum gegenwärtigen Deutschland ist hingegen angereichert mit äußerst verdächtigen noch aus der Nachkriegsefahrung gespeisten Ressentiments, mit einem Unrechtsgefühl und Opfersyndrom.

Wie sieht es mit der Popularität von Radio Maryja aus?

Die Popularität des Radios sinkt beständig, weil die Zuhörerschaft des Radios überwiegend aus älteren Menschen besteht. Die jungen Generationen der Polen haben viel weniger Vertrauen in »Vater« Rydzyk. Überdies sieht die überwiegende Mehrheit der jungen Polen das Radio Maryja als eine beschämende, altmodische und schlicht peinliche Sache an.

Welche Gruppen und Personen in Polen stellen sich dem Radio Maryja entgegen? Welche Rolle spielt hierbei das antiklerikale Magazin »Fakty i Mity«?

Allgemein gesprochen gelten die Leute, die für die rechtskonservative Partei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) oder die »Liga der polnischen Familien« (LPR) stimmen, als Anhänger des Radios. Die Wähler der rechtsliberalen »Bürgerplattform« (PO) und der Linken gelten als Gegner von Radio Maryja. Die einflussreiche liberale »Gazeta Wyborcza« und der liberale und sehr populäre Fernsehsender »TVN« bekämpfen insbesondere Radio Maryja. »Fakty i Mity«, die Wochenzeitung, in der ich arbeite, kämpft selbstverständlich ebenfalls gegen diesen Sender, weil wir Klerikalismus, Antisemitismus, Homophobie und Konservatismus opponieren. Unsere Wochenzeitung strebt ein laizistisches, gerechtes Polen in Europa an. Wir demaskieren unter anderem die durch die Kirche propagierten Mythen und wir schreiben über moralische Verfehlungen des Klerus, der sich in Polen als über dem Gesetz stehend ansieht. Wir beschäftigen uns auch mit gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Themen, wobei wir die neoliberale Ideologie und Ausbeutung strikt ablehnen. Unsere Wochenzeitung existiert seit fast 10 Jahren und hat eine Auflage von circa 60.000 Exemplaren.

Wo wir gerade dabei sind: Stellt die katholische Kirche in Polen inzwischen nicht auch eine wirtschaftliche Macht da?

Die katholische Kirche ist eine Wirtschaftsmacht und ein gewaltiger Grundeigentümer. Seit 20 Jahren besteht eine kirchlichstaatliche Vermögenskomission, die mit der »Rückgabe« von Kircheneigentum betraut wird, das durch die Kommunisten – oder sogar den russischen Zaren! – konfisziert wurde. In dieser merkwürdigen Kommission, die eine Art Gericht darstellt, sind die Kirchenvertreter Richter in ihrer eigenen Sache. Das ist doch eine weltweite Einmaligkeit. Kirchliche Hotels, die als »Pilgerhäuser« bezeichnet werden, sind von Steuern befreit, wenn sie nur deklarieren, dass ihre Gewinne kirchlichen Zwecken zufließen werden. Die Geistlichen erhalten Versicherungen auf Kosten des Staatshaushalts und der Religionsunterricht wird ebenfalls durch den Staat finanziert – nicht nur in den Schulen, sondern auch in den Kindergärten. Die römisch-katholische Kirche ist der größte Nutznießer des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruchs nach 1989. ■

[2]

[2] Tadeusz Rydzyk neben Papst Johannes Paul II.

Gelb-Rot-Braun ?

Schleswig-Holsteiner Neonazis unterwandern Bandidos MC

Immer wieder haben wir über die Umtriebe des Kieler Neonazis Peter Borchert berichtet. Borchert, inzwischen 36 Jahre alt, hat bereits beinahe 10 Jahre seines Lebens im Gefängnis verbracht. Bekannt geworden als Teil derjenigen militanten Neonazis, die in Schleswig-Holstein erfolgreich die Macht im Landesverband der NPD an sich rissen, und diese erst nach massiver Intervention der Bundespartei verloren, hatte er zuletzt eine Kameradschaft Autonomer Nationalisten in Kiel aufgebaut. Diese »Aktionsgruppe Kiel« war zwischenzeitlich so selbstbewusst, dass sie sich vor einem Jahr auf eine offene Konfrontation mit den Hells Angels Kiel einließen. Als im August 2008 vor dem Amtsgericht Kiel ein Prozess gegen zwei Brüder aus der rechten Szene Kiels geführt werden sollte, denen vorgeworfen wurde, während einer Diskothekenschlägerei ein Hells Angels Mitglied niedergestochen zu haben, mobilisierte Borchert zur Unterstützung seine »Aktionsgruppe«. Bei der zwangsläufigen Konfrontation mit dem nahezu vollständigen Chapter der Kieler Hells Angels vor dem Amtsgericht, soll Borchert, nach Augenzeugenberichten, zwei der Gegner niedergestochen haben. Mittlerweile wurden sowohl Borchert, als auch die beiden Brüder wegen dieser Taten freigesprochen (siehe AIB #84). Insbesondere der Freispruch Borcherts war auf der Basis der Zeugenaussagen vor Gericht kaum nachzuvollziehen.

Borchert und ein Teil seiner Kameraden kennen die verfeindeten Hells Angels-Mitglieder teilweise seit früher Jugend. Gemeinsam war man in rechten Jugendgangs auf dem Kieler Ostufer groß geworden. Borchert scheint mit seinen »autonomen Nationalisten« im Interessenbereich der Hells Angels gewildert zu haben und versuchte nun, seine Interessen mit Nachdruck zu verteidigen. Darüber hinaus dürfte er den Hells Angels immer noch verübeln, dass sie dem ehemaligen Neonazi Klemens Otto (Combat 18 Pinneberg) eine Ausstiegsalternative in einem Neumünsteraner Tätowierstudio geboten haben. Neonazis aus Borcherts Umgebung hatten mehrfach im Internet vermutet, dass Otto belastende Aussagen zum Nachteil Borcherts gemacht hatte.

Der Umstand, dass Borchert bei der Konfrontation vor dem Kieler Amtsgericht ohne Scheu seine Kameraden verheizt hat, wurde später kaum diskutiert. Der beteiligte NPD-Funktionär Christian Rausch wurde bei der Schlägerei so stark verletzt, dass er aufgrund eines Knochenbruchs vermutlich bleibende Schäden davon trägt. Er gab an, von Personen, der »Aktionsgruppe Kiel« bedroht worden zu sein, er solle nicht gegen Borchert aussagen.

Trotz des Freispruches führte die Auseinandersetzung mit den Hells Angels für die Beteiligten zu erheblichen Problemen im Alltag. Borcherts Pläne, mit seinen Kameraden im Türsteherbereich aktiv zu werden, ließen sich vor dem Hintergrund des schwelenden Konfliktes nicht realisieren. Einer der beiden an der ersten Auseinandersetzung beteiligten Brüder wurde zwischenzeitlich angeschossen, ein eindeutiges Signal für die Zukunft.

In dieser Situation kam es den Beteiligten gerade recht, dass der Rockerclub Bandidos just in diesem Moment eine Ausweitung nach Schleswig-Holstein plante. Der Bandidos MC ist einer der weltweit agierenden Rocker-Clubs und führt seit Jahren einen harten Kampf gegen die konkurrierenden Hells Angels. Bei diesen Auseinandersetzungen kommt es immer wieder auch zu Schwerverletzten und Toten. Die unter den Vereinsfarben rot-weiß agierenden Hells Angels kontrollieren bislang Hamburg und Schleswig-Holstein. Die unter den Farben gelb-rot auftretende »Bandidos Family«, bestehend aus den eigentlichen Bandidos und ihren zahlreichen Untergruppen, rekrutieren oftmals ehemalige Hells Angels-Mitglieder oder frustrierte Anwärter, die nach jahrelangem Warten auf die Vollmitgliedschaft eine Alternative suchen. Als im Mai 2009 Chapter der Bandidos Untergruppe »Chicanos« in Kiel, Rendsburg und Neumünster eröffnet wurden, bot sich daher für Borchert und Kameraden eine Chance, sich mit starker Rückendeckung neu zu organisieren. Borchert knüpfte daher schnell Kontakte zum neumünsteraner Chapter. Die Chapter Kiel und Rendsburg streckten allerdings unmittelbar nach ihrer Gründung die Fahnen und gaben ihre Kutten bei den Hells Angels ab. Anders das neumünsteraner Chapter, das seit November diesen Jahres den offiziellen Status

[1]

[1] Dokumentation von Peter Borcherts Profil auf meinVZ

[2] Dokumentation des Gästebuchs von bandidos-mc-germany.de

eines »probationary Chapters« der Bandidos hat. In diesem Chapter fand nun nicht nur Borchert, sondern offensichtlich auch andere Neonazikader eine neue Heimat. Nach Polizeiinformationen sind neben Borchert und dem einen der beiden eingangs erwähnten Brüder Ralf D., der ehemalige Club 88-Mitbetreiber Tim Bartling und der aus Oldenburg/Holstein stammende Alexander Hardt Mitglieder der Bandidos Neumünster.

Bartling, der als Freefight Kämpfer immer wieder behauptet, er sei nicht mehr in der Neonazi-Szene aktiv, hält sich zur Zeit mit öffentlichen Auftritten zurück. Dagegen traten Borchert und Hardt in den vergangenen Monaten mehrfach mit Kutte in Neumünster und bei anderen Bandidos-Chapters auf.

Alexander Hardt war bereits im Jahr 2006 aufgefallen. Vor dem Amtsgericht Oldenburg/Holstein wurde er in einem Prozess freigesprochen. Hardt ließ sich damals von dem Hamburger Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger vertreten. Im Prozess bestätigte Rieger, dass Hardt schon während diverser Demonstrationen gegen die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht« schwedische Neonazis betreut hatte.

Im Herbst diesen Jahres sollte Hardt in Herzberg bei Göttingen wegen Herstellung und Verbreitung der 2003 erschienenen und mittlerweile indizierten CD »Geheime Reichssache« der Rechtsrockband »Kommando Freisler« beteiligt gewesen sein. Hardt wird vorgeworfen, das Booklet der CD hergestellt zu haben. Die CD wurde über den, dem Blood and Honour-Netzwerk zuzurechnenden, Versand »Celtic Moon« vertrieben. Wo die illegale CD produziert wurde, ist bisher unklar. »Wir vermuten in Norddeutschland, möglicherweise Schleswig-Holstein«, erklärte Oberstaatsanwalt Heimgärtner.

Zwei Bandmitglieder wurden in dem Prozess am 2. November 2009 vom Amtsgericht Herzberg aufgrund eines Geständnisses zu Geldstrafen in Höhe von 3.600 und 3.000 Euro verurteilt. Gegen Hardt konnte der Prozess nicht durchgeführt werden, da sein Verteidiger Rieger kurz zuvor verstarb. Eine Verurteilung ist hier wahrscheinlich. Bislang ist unklar, ob Hardt im Rahmen seiner Skandinavien-Kontakte in größerem Maße als bisher bekannt in die internationale Blood and Honour-Struktur eingebunden war.

Neuerdings macht er allerdings eher profane Geschäfte. Mit Geschäftssitz im Neumünsteraner Neonazi-Treff »Club 88« betreibt er unter der Internet-Seite »Polenschlüssel.de« den Verkauf von Einbruchswerkzeug.

Alles in allem wird deutlich, dass mindestens drei der neuen Mitglieder des Bandidos Chapters Neumünster ehemals sehr aktive Neonazi-Aktivisten waren, die bis heute in die schleswig-holsteinischen Neonazistrukturen eingebunden sind. Es ist fraglich, ob sie diese Aktivitäten nunmehr einstellen oder als Bandidos-Mitglieder weiter betreiben. Beobachter der Szene stellen allerdings fest, dass die Anbindung an die Neonazisszene anhält. So berichten Neumünsteraner AntifaschistInnen von Treffen der Bandidos-Mitglieder im »Club 88«. Auch Borchert soll weiterhin engen Kontakt zu seiner »Aktionsgruppe Kiel« halten, auch wenn er aus Angst vor den Hells Angels ein offenes Auftreten in Kiel vermeidet.

Die Bandidos, die schon in der Vergangenheit dadurch aufgefallen sind, dass rechte Bands in ihren Clubheimen auftreten konnten, haben mit der Verleihung des »probatory status« an das Chapter Neumünster ein klares Zeichen gesetzt, dass sie Neonazis in ihrem Club, in dem auch viele Migranten aktiv sind, akzeptieren. Jedenfalls in Neumünster bestehen gute Chancen dass der Bandidos MC nicht als – wie bei Rockern üblich – 1%er Club, sondern als 88%er den Club-Farben rotgelb einen deutlich braunen Klecks verpassen. ■

[2]

Die extreme Rechte nach den Bundestagswahlen

Vor dem Hintergrund der jüngeren Entwicklungen im Umfeld der NPD – dem Tod von Jürgen Rieger und den neuerlichen finanziellen Unregelmäßigkeiten – verblasst die Bedeutung des Bundestagswahlergebnisses für die Partei sehr schnell. Die Schwelle der Wahlkampfkostenerstattung (= 0,5 % auf Bundesebene) konnte problemlos übersprungen werden, womit das Hauptziel der Partei erreicht wurde. Mindestens auf Bundesebene war es der NPD auch nicht um mehr gegangen. Dennoch bedeutet ein Zweitstimmenergebnis von 1,5 % und der Rückgang der absoluten Stimmenzahl von 748.568 (= 1,6 % 2005) auf 635.437 einen herben Verlust für die NPD, die immer mehr auf die Rolle einer (ostdeutschen) Regional- und Kommunalpartei verwiesen wird.

Gerd Wiegel/Roland Bach

Bemerkenswert ist das durchgängig bessere Erststimmenergebnis der NPD gegenüber den Zweitstimmen. Mit 768.175 Stimmen liegt sie hier deutlich über den Zweitstimmen. Ein Blick auf die Landesergebnisse der NPD bei den Bundestagswahlen weist mehr oder weniger überall Verluste aus und bestätigt die vorhandenen Schwerpunkte mit Sachsen (4,0 %), Mecklenburg-Vorpommern (3,3 %) und Thüringen (3,2 %). Einzig im Desaster der anderen Parteien der extremen Rechten versucht die NPD Trost zu finden und ruft sich in einer Stellungnahme zum Wahlergebnis zur »einzig ernstzunehmenden nationalen Kraft« aus. Die Ergebnisse von Republikaner (REP) (0,4 %) und DVU (0,1 %) bestätigen diese Einschätzung, doch handelt es sich auch bei der NPD um eine sehr bescheidene »nationale« Kraft.

Den REPs ist es in keinem Bundesland gelungen, die Ein-Prozentmarke zu überspringen, selbst in ihren südlichen Stammländern Bayern (0,8 %), Rheinland-Pfalz (0,8 %) und Baden-Württemberg (0,9 %) blieb sie darunter. Verfehlt wurde mit dem rundum schlechten Ergebnis von 0,4 % auch die Wahlkampfkostenerstattung. Von dieser ist die DVU mit einem katastrophalen Ergebnis von 0,1 % noch weiter entfernt. Auch wenn sich die Partei vornehmlich auf die parallelen Landtagswahlen in Brandenburg konzentriert haben dürfte, ist das Ergebnis doch ein Hinweis darauf, dass die DVU als Wahlpartei keinerlei Zukunft mehr hat.

Einige regionale Ergebnisse der extremen Rechten

Die Wahlergebnisse der extremen Rechten – berechnet auf der Kreis- und Ortsebene – bestätigen die Einschätzungen zu den Landeszahlen, machen aber zugleich erhebliche Differenzierungen und regionale Schwerpunkte deutlich. Es zeigt sich auch hier, dass in vielen Fällen die Erststimmenzahl (E) für die NPD größer als die Zahl der Zweitstimmen (Z) ist.

In Sachsen bleibt die NPD in Ostsachsen/Oberlausitz und in der Sächsischen Schweiz am stärksten präsent. Wahlergebnisse von 5,5 % (Z) in Löbau, von 6,1 % (Z) in Reichenbach (OL), von 5,0 % in Zittau und 4,9 % in Görlitz werden dabei im Kirnitzschtal mit 10,6 % (Z), Hohenstein mit 9,6 %

oder Sebnitz mit 8,1 % übertroffen. Aber auch in Westsachsen liegt teilweise das Ergebnis mit 7,5 (E)/6,8 (Z) % in Wurzen oder von 8,7 (E)/ 8,37 (Z) % in Mutzschen weit über dem Landesdurchschnitt von 4,0 %.

In Mecklenburg-Vorpommern sind es wiederum die Kreise im östlichen Landesteil, wo die Stimmenanteile für die NPD über das Landesergebnis (3,3 %) hinausragen (z. B. Wahlkreis Neubrandenburg-Neustrelitz-Uecker/Randow mit 5,0 E bzw. 4,6 Z %). Hinter dem Landesergebnis von Brandenburg (2,8 %) verbergen sich für die NPD als Spitze, Anteile von 4,0 % der Zweitstimmen in den Wahlkreisen Uckermark I und Spree-Neisse II.

In Berlin (Landesergebnis 1,6 % der Z) behielt die NPD ihre Stammwählerschaft in den Bezirken, wo sie bereits in den Bezirksverordnetenversammlungen vertreten ist. Sie erreichte 3,0 % in Marzahn-Hellersdorf, 2,8 % in Lichtenberg, 2,6 % in Treptow-Köpenick und 2,0 % in Neukölln.

In Bayern (Landesergebnis 1,3 %) differieren die Wahlergebnisse für die NPD zwischen der Region Oberbayern mit 1,2 % (E)/ 0,9 % (Z) und der Oberpfalz mit 2,2 % (E) /1,9 % (Z), zwischen München mit 1,0 % (E) /0,7 % (Z) und Nürnberg mit 2,5 % (E) /2,1 % (Z) oder Deggendorf mit 3,3 % (E) / 2,3 % (Z).

Bei einem Landesergebnis von 3,2 % für die NPD in Thüringen meldeten fünf Wahlkreise Erststimmen für diese Partei von über 4 %, drei weitere Wahlkreise kamen in diese Nähe. In einem Wahlkreis (Sonneberg-Saalfeld/Rudolstadt-Saale/Orla) erreichte auch deren Zweitstimmenanteil 4,1 %.

Ausblick am Ende des Wahljahres

Betrachtet man den Wahlzyklus des Jahres 2009 insgesamt, dann lassen sich einige Schlussfolgerungen für die Einschätzung der extrem rechten Wahlparteien daraus ableiten. Der DVU ist es offensichtlich nicht gelungen, nach dem Ende der »Ära Frey« einen Neustart zu gestalten. Mindestens der potenziellen Wählerschaft scheint es nicht vermittelbar zu sein, um was für eine »neue Rechte« es sich hier handeln soll. Das katastrophale Europawahlergebnis lieferte der NPD den Vorwand, einen ihr nicht mehr nützlichen Pakt aufzukündigen. Konkurrenzantritte der DVU muss die NPD zukünftig kaum noch fürchten, bewegen sich deren Ergebnisse doch im marginalen Bereich. Selbst in ihrem Stammland Brandenburg ist es der DVU nicht gelungen, ein zumindest besseres Ergebnis als die NPD einzufahren.

Auch für die REP haben die Wahlen des Jahres 2009 durchgängig schlechte Ergebnisse erbracht, so dass sich die Frage nach ihrem weiteren Bestand als bundesweite Wahlpartei stellt. Da die Partei, anders als die DVU, jedoch über viele Jahre eine relativ gute kommunale Verankerung verzeichnete, könnte der Durchhaltewille hier größer sein. Andererseits ist es der Partei seit den Verlusten in ihrem Stammland Baden-Württemberg nicht mehr gelungen, ein benennbares und abgrenzbares Wählersegment an sich zu binden.

Zu dieser Form der Wählerbindung ist von den drei bundesweiten Wahlparteien der extremen Rechten einzig die NPD in der Lage – bisher jedoch nur in ausgewählten Gebieten. Bei allen objektiven Misserfolgen der NPD bei den Wahlen 2009 ist es ihr mit den Ergebnissen bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen und auch mit den Bundestagswahlergebnissen in ihren Hochburgen zur Bundestagswahl gelungen, in bescheidenem Umfang eine Stammwählerschaft herauszubilden. Dieser Sockel garantiert ihr in diesen Gebieten eine kommunale Verankerung, die wiederum der Ausgangspunkt für Landeserfolge sein kann. Die nächste Probe für die Bestätigung dieser Strategie wird im nächsten Jahr die Wahl zum Landtag von Mecklenburg-Vorpommern sein. Sollte der Truppe von Udo Pastörs hier der Wiedereinzug gelingen, wird spätestens dann auch die Machtfrage innerhalb der NPD noch einmal auf die Tagesordnung kommen. Mit dem Tod von Jürgen Rieger werden sich mit hoher Wahrscheinlichkeit die Gewichte innerhalb der Partei verschieben. Die beiden Landtagsfraktionen, verbunden mit einer jeweils relativ starken kommunalen Verankerung, könnten dann zum eigentlichen Machtzentrum der NPD werden. Zumal angesichts der finanziellen Lage der Partei nur hier die Mittel vorhanden sind, um professionell Politik zu machen. Umso wichtiger also, ihr mindestens eines dieser Zentren bei nächster Gelegenheit aus der Hand zu schlagen. ■

NPD Thüringen

Nach der Misere ist vor der Misere

Beim Landeslistenparteitag am 7. Februar 2009 im Örtchen Kirchheim (Ilm-Kreis) startete der Thüringer Landesverband der NPD in den Wahlkampf (siehe AIB #82). Ebendort traf sich die Partei am 22. November 2009 nun wieder um sich unter dem Motto »Nach der Wahl ist vor der Wahl« für die nächsten Jahre auszurichten.

Trotz nicht unerheblichen Stimmengewinns ist es der NPD in Thüringen nicht gelungen, ausreichend Wähler und Wählerinnen für den erstmaligen Einzug der Partei in den Erfurter Landtag zu mobilisieren. Seit drei Jahren war dies erklärtes Ziel des Landesverbands unter Führung des Landesvorsitzenden Frank Schwerdt und unter Koordination des Landesgeschäftsführers Patrick Wieschke. Dem 28-jährigen Ehrgeizling gelang es in den drei Jahren seiner Amtszeit als hauptamtlicher Geschäftsführer die eher subkulturell geprägte Neonazi-Szene im Freistaat unter dem Hut der NPD zu sammeln und politisch zu professionalisieren. Sein autoritärer und erfolgsorientierter Führungsstil ist innerhalb der NPD umstritten: an einem Putschversuch interner Konkurrenten um Kai-Uwe Trinkhaus aus Erfurt und NPD-Bundesvorstandsmitglied Thorsten Heise aus Fretterode wäre der Landesverband 2008 beinahe zerbrochen.

Bemerkenswert war die logistische Leistung des flächendeckenden Wahlkampfs der NPD. Dabei erhielt der Verband erhebliche Unterstützung aus anderen Bundesländern: Durch »Patenschaften« der Landesverbände untereinander waren in Thüringen unter anderem Neonazis aus Bayern und Niedersachsen im Wahlkampf aktiv.

Anstatt auf das in anderen Bundesländern erfolgserprobte Konzept der rechten und populistischen Beantwortung der sozialen Frage zurückzugreifen, baute die NPD in Thüringen auf völkischen Rassismus und die Ablehnung der demokratischen Parteien. Der Wahlkampfauftakt am 1. Juli 2009 gab die Richtung vor: mit Mahnwachen vor islamischen Gebetsräumen wollte man vor »Überfremdung« warnen. Für Schlagzeilen sorgten die Rechten mit einer Kampagne gegen den Schwarzen Thüringer CDU-Integrationsbeauftragten Zeca Schall, den die NPD in ihren Pressemitteilungen rassistisch als einen »mit einem Stück Papier zu einem Bundesrepublikaner gemachten Neger« beleidigte.

An junge Wählerinnen und Wähler hatte die NPD sich speziell mit einer Schulhof-CD sowie einem Comic-Heft gerichtet, in dem Antisemitismus, Rassismus und Verherrlichung des Nationalsozialismus den Ton angeben. Die bedeutendste Kohorte stellt für die NPD die Gruppe der 45 bis 60-Jährigen dar – einen Unterschied zwischen Männern und Frauen gibt es dabei kaum. Für alle Altersgruppen gilt nach wie vor, dass die NPD-WählerInnen überwiegend männlich sind.

[1] NPD-Landesparteitag am 21. November 2009 in Kirchheim. Ganz rechts Patrick Wieschke.

Knapp dreimal mehr Männer als Frauen gaben ihre Stimme der extrem rechten Partei. Der Erfolg der Schulhof-Strategien geht vor allem bei unter 18-jährigen Jugendlichen auf, die in diesem Jahr noch nicht wählen durften. Bei den U18 Wahlen, einer Wahlsimulation für Kinder und Jugendliche, erhielt die nationalsozialistische Partei in Thüringen 9,42 % der Stimmen.

Die NPD erachtet regionales Engagement und kommunale Verankerung als das A und O für Wahlerfolge. Die Betrachtung der Ergebnisse der einzelnen Thüringer Wahlkreise weist jedoch darauf hin, dass die tatsächliche regionale Aufstellung vergleichsweise unbedeutend für ihre Wahlerfolge ist.

Die NPD mobilisierte bei den vergangenen Landtagswahlen 45.518 Thüringer und Thüringerinnen an die Wahlurnen; das sind 4,5 % der Erststimmen zu Gunsten extrem rechter WahlkreiskandidatInnen. Die Zweitstimmen (Landesstimme) liegen mit 4,3 % nur knapp darunter.

Die Standartabweichung der Wahlkreisergebnisse beträgt bei der NPD ein Prozent (Erststimme). Das bedeutet, im landesweiten Durchschnitt sind alle Ergebnisse, die zwischen 3,5 % und 5,5 % um den Mittelwert streuen, statistisch als normal anzusehen. Eine anomale statistische Abweichung liegt in den Bereichen darunter bzw. darüber vor. Diese Abweichung von einem Prozent nach oben und unten ist vergleichsweise gering: Die NPD hat landesweit ein ausgewogenes Ergebnis erzielt.

Der Eindruck der relativ geringen Bedeutung der tatsächlichen Effektivität lokaler NPD-Strukturen verstärkt sich beim Blick auf die über- und unterdurchschnittlich abschneidenden Wahlkreise: Über der interessanten 5,5 %-Marke liegen u.a. Saalfeld-Rudolstadt und das Altenburger Land. Beide NPD-Kreisverbände verfügen nicht über eigene Internetpräsenzen - von öffentlicher Arbeit in den Kreisen im Sinne der Partei ist darüber hinaus wenig zu verzeichnen.

Es ist unschwer zu erkennen, dass der Schwerpunkt neonazistischer Wahlerfolge im ländlichen Raum liegt, während die großstädtischen Wahlkreise Erfurt und Jena unterdurchschnittlich abschneiden, obwohl in beiden Städten starke neonazistische Strukturen existieren. Gleichsam gibt es dort aktive Initiativen, die der NPD entgegenwirken.

Bei der Bundestagswahl nur einen Monat später sackte die Partei auf 3,2 % im Freistaat ab: Die NPD hatte all ihre Kraft sowie auch Wahlkampfmaterialien bereits im Landtagswahlkampf verbraucht und auf einen Bundestagswahlkampf weitgehend verzichtet. Auch hier verdichtet sich die NPD-WählerInnenschaft im ländlichen Raum.

Nach der Ernüchterung durch das verpasste Wahlkampfziel folgte wenig Erbauliches für die Neonazi-Partei. So wurde der rechten Szene bereits im August vorerst das seit sieben Jahren existierende »Braune Haus« in Jena auf Grund baulicher Mängel durch die Baubehörde zunächst geschlossen.

Mit dem Tod von Eigentümer Jürgen Rieger im November versiegelten die Behörden schließlich auch das Schützenhaus in Pößneck. Auf diesem Grundstück hatte noch im September das »Fest der Völker« stattgefunden. Ebenso diente die vom Jenaer Neonazi Andrè Kapke verwaltete Immobilie als Materiallager für den Wahlkampf.

Bei dem zweiten Parteitag dieses Jahres in Kirchheim sah sich die NPD nicht nur mit etwa 100 GegendemonstrantInnen konfrontiert: auch mit der eigenen Finanzsituation mussten sich die Rechten weiterhin auseinandersetzen. Zu der chronisch schlechten Kassenlage kommen neue Vorwürfe der Bundestagsverwaltung gegen den Landesverband. In ihren Rechenschaftsberichten soll die NPD Einnahmen aus den als Kundgebungen getarnten Konzerten wie dem »Rock für Deutschland« in Gera und dem »Fest der Völker«, für welche obligatorische »Spendenbeiträge« von den Gästen verlangt wurden, nicht korrekt nachgewiesen haben. In Kirchheim wies die NPD alle Vorwürfe zurück.

Landesgeschäftsführer Patrick Wieschke hat sich unterdessen mit einem Posten bei der NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« seine politische Karriere auch ohne Landtagsmandat gesichert. ■

[2]

[2] Der Thüringer NPD-Landesvorsitzende Frank Schwerdt

Vom Privatunternehmen zur Phantompartei

Ein Abgesang auf die DVU

Als am 11. Januar 2009 Matthias Faust aus Hamburg zum neuen Bundesvorsitzenden der Deutschen Volksunion (DVU) gewählt wurde und damit die 22-jährige Alleinherrschaft des alternden Parteipatriarchen Gerhard Frey beendet war, überschlugen sich die Spekulationen. Der zu diesem Zeitpunkt 37-jährige neue Vorsitzende stand nicht nur für einen Modernisierungskurs in der Partei, auch neue Chefideologen sollten vielfältige Themen bearbeiten, neue Finanziers gewonnen und dadurch die eingeschlafenen Aktivitäten wieder entfaltet werden. Eine Radikalisierung der DVU wurde befürchtet und die Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD) müsse mit Konkurrenz im neonazistischen Parteienspektrum rechnen.

Jahrelang führte die DVU Wahlkämpfe als Materialschlachten. Egal wo sie antrat, kein Laternenpfahl war vor ihren Plakaten und kein Briefkasten vor Zeitschriften und Flugblättern sicher. Erstmals zur Bürgerschaftswahl in Hamburg 2008 hat der damalige Spitzenkandidat, Matthias Faust, neue Akzente gesetzt. Mit einer Kombination aus klassischer Wahlkampf-PR und neuen Medien versuchte er sich in Szene zu setzen. Plakatwellen, moderne Internetpräsenz und allerlei Werbefilmchen verhalfen ihm jedoch nicht zum gewünschten Erfolg. Dennoch hinterließ diese modernisierte, zeitgemäße Form des Wahlkampfs Spuren bei den alten Herren und Damen der DVU. Faust wollte diese Impulse zur bestimmenden Wahlkampfform werden lassen. Dies versprach zuerst Erfolg, war es nun möglich, entgegen früherer Wahlkämpfe, die überwiegend rassistische Ressentiments der Gesellschaft bedienten, sich auch anderen Themen zu widmen. Die seit Jahren quer durch die Republik gekarrte überalterte Basis der Partei, die selbst gar keine Aktivitäten entfalten kann, brauchte es somit auch nicht mehr.

Schnell wurde deutlich, dass es Faust nicht gelang, ein eigenständiges Profil zu entwickeln. Die Oberflächlich- und Beliebigkeit mit der Themen auf der Internetseite des Bundesverbandes bearbeitet werden, zeigen das gravierendste Problem der DVU. Es mangelte ihr für das gesamte Wahljahr 2009 an einem zugkräftigen Thema. Mit einer fast täglich aktualisierten aber völlig zusammenhangslosen Internetseite in Kombination mit einer nicht mehr gegebenen Aussenwirkung, ist kein Wahlkampf zu betreiben. Auch dem vielgepriesenen und im Streit aus der NPD ausgetretenen »neuen« Chefideologen der DVU, Andreas Molau, gelang es nicht, die Partei auf Kurs zu bringen.

[1] Andreas Molau (am Boden liegend) gibt den Kurs der DVU vor.

[1]

A neverending story

Unmittelbar nach der Wahl zum Bundesvorsitz stellte Faust zwei – wenig überraschende – Schwerpunkte für das anstehende »Superwahljahr 2009« in Aussicht. Die Europa- sowie die Landtagswahl in Brandenburg sollten den neu eingeschlagenen Kurs bestätigen. Wenig Risiko also, saß die DVU doch bereits in zweiter Legislaturperiode im Brandenburger Landtag und das ohne große Anstrengung. Doch die inhaltsleere, wenig präsente und weithin handlungsunfähige DVU, enttäuschte im Juni 2009 bei der Europawahl mit belanglosen 0,4 Prozent. Das ließ für die Landtagswahl in Brandenburg wenig Gutes hoffen und vorsorglich beendete die NPD schon mal den bis dahin bestehenden »Deutschlandpakt« und erklärte sich, nicht ohne Grund, als die einzig erfolgreiche »nationale Kraft« (siehe AIB #84).

Die DVU suchte ihr Heil daraufhin in der Flucht nach vorn. Obgleich es ihr auch Brandenburg nicht gelang handlungsfähige Strukturen aufzubauen sollte nicht nur ein Wahlerfolg her, auch die Gründung einer vereinigten Rechtspartei, welche die unterschiedlichsten Spektren der extremen Rechten unter einem Dach verei-

[2] Der Patriarch Gerhard Frey (am Mikrofon) und sein Nachfolger Matthias Faust (rechts).

nen sollte, wurde lautstark propagiert.

Dieser Zwangsoptimismus hat mehrere Gründe. In einem »DVU-Stammland« zu verlieren, würde dem Siechtum der Partei ein Gesicht geben. Die NPD würde im neonazistischen Lager weiter an Stärke gewinnen und die finanziell angeschlagene DVU wäre, ohne die angestrebte Wahlkampfkosten-Rückerstattung, faktisch pleite.

Das Unheil nimmt seinen Lauf

Obwohl Faust überzeugt war, dass Frey »weiter seine finanzielle Unterstützung« zugesagt hat, lässt diese immer noch auf sich warten. Für einen intensiven Materialwahlkampf war folglich, trotz Mitarbeit des gut betuchten Unternehmers Patrik Brinkmann, kein Geld vorhanden. Denn auch der gebürtige Schwede hat eigene politische Interessen, die er verwirklicht sehen will. Um sein publizistisches Wirken weiter zu festigen, steht ihm Andreas Molau als Vorsitzender der extrem rechten »Gesellschaft für freie Publizistik« unterstützend zur Seite. Und auch wenn Brinkmann gelegentlich seine Villa im Berliner Stadtteil Zehlendorf für Strategiegespräche zur Verfügung stellt, will er das Geld nicht zum Fenster hinaus werfen. Das sich dieser Umstand bei der momentanen Verfasstheit der DVU einmal ändern wird, darf bezweifelt werden. Wie aus internen Kreise verlautet wurde, soll keine Finanzquelle in Sicht sein und auch der als »wenig straff« beschriebene Faust, steht nicht im Ruf zukunftsträchtige Strukturen und Themen zu entwickeln. Im Zuge dessen ist die DVU-Führung gezwungen, die Partei zu öffnen und weitere Neonazis ins Boot zu holen.

Einzelakteure werden geworben, die in der Lage sein sollen den Schein zu wahren. Brachliegende Landesverbände wie z. B. der in Berlin, wurden reaktiviert und eigens eine Jugendgruppe, die »Junge Rechte« (JR), gegründet. Doch die Konzept- und Themenlosigkeit innerhalb der DVU, lässt sich damit nicht kaschieren. Der Berliner Landesverband stellt täglich seitenlange Texte auf die Internetseite, doch öffentliche Aktivitäten sind, nicht nur dort, keine zu verzeichnen. Die im Juni 2009 gegründete JR um den Frankfurter Jurastudenten Tony Fiedler, ist schneller wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwunden, als der Ankündigungsprozess dieses Projektes Raum nahm.

Die Gegnerschaft zur NPD und ein hoher Bekanntheitsgrad ließ Christian Worch an der Seite der DVU, die ohne Struktur, ohne Geld und ohne Thema in den Wahlkampf ging, durch Brandenburg ziehen. Mit sieben Kundgebungen sollte die Öffentlichkeit zur Wahl der DVU motiviert werden. Doch die immer gleiche Rednertruppe um Faust und Molau, bestehend aus Liane Hesselbarth (ehem. Fraktionsvors. in Brb.), Ingmar Knop (stellv. Parteivors. aus Dessau) und wahlweise Marcel Guse (Potsdam) oder Hans-Gerd Wiechmann (Landesvors. aus Nds.), konnte lediglich ihre mitgereiste ca. 20-köpfige Stammmannschaft erfreuen. Somit war es folgerichtig, dass die DVU mit nur 1,2 % der Wählerstimmen aus dem Brandenburger Landtag flog und von der kurzfristig angetretenen NPD bei der Stimmabgabe auch noch überholt wurde. Zusätzlich mit den 0,1 % bei der Bundestagswahl wurde das Jahr 2009 ein Desaster für die DVU.

Mehr Schein als Sein

Anstatt den Problemen Rechnung zu tragen, übt sich DVU-Chef Faust weiterhin in Durchhalteparolen. Ziel bleibt eine »Partei nach dem Vorbild der FPÖ«, denn es gäbe »viele Wähler, die ein bisschen konservativer denken«. Der »Modernisierungskurs« soll fortgeführt werden, der »regionale Ausbau« der Parteistrukturen durch selbsternannte »Leistungsträger« vorangehen und die Landtagswahl in Bremen 2011 neuer Schwerpunkt der DVU werden. Mit dem restlichen Ersparten wird allerdings ein weiterer Wahlkampf nicht zu bestreiten sein und die »Leistungsträger« verlassen das sinkende Schiff. Die NPD bemüht sich seit Monaten darum, »brauchbares« Material von der DVU abzuwerben und hat mittlerweile freie Auswahl. Guse und weiter Funktionäre der Partei sind gleich ganz zur NPD übergetreten, der DVU-Vize Knop ließ sich als parlamentarischer Berater der sächischen NPD-Landtagsfraktion anheuern und auch Christian Worch wurde bereits als »Sachverständiger« von der NPD engagiert. Innerhalb eines Jahres bröckeln der DVU Finanzierungsmöglichkeiten und personelle Ressourcen weg und eine politische Betätigung findet nur noch virtuell statt. Hoffnungsfroh gestartet hat sich das Konzept DVU, aufgrund eigener inhaltlicher und organisatorischer Schwächen, zwischenzeitlich überlebt und als Wahlpartei ist sie de facto tot. ■

Terror-Kreis Muldental

Ein brutaler Überfall auf den Fußballverein »Roter Stern Leipzig« gewährt Einblicke in die vielfältige Neonazis-Szene im Leipziger Umland

[1] Neonazis bei der zweiten Angriffswelle am 24. Oktober 2009 in Brandis

Knochenbrüche, Prellungen und blutige Nasen – das ist das bittere Ergebnis eines äußerst brutalen Überfalls von etwa fünfzig Neonazis auf Fans des Roten Stern Leipzig e.V. (RSL) am 24. Oktober 2009, im östlich von Leipzig gelegenen Brandis (Landkreis Leipzig). Mit Stahlrohren, Holzknüppeln, Quarzsandhandschuhen und Feuerwerkskörpern waren die Angreifer gezielt auf die angereisten Zuschauer des Bezirksklassenvereins losgegangen. Über den gut dokumentierten Gewaltexzess und das offensichtliche Versagen der Polizei berichteten lokale und bundesweite Medien ausnahmsweise sehr ausführlich. Anders als üblich bei »Fußballrandale« konnte der politische Charakter des Angriffs diesmal, auch dank der offensiven Pressearbeit des RSL, nicht verschwiegen werden.

Der Täterkreis schien zunächst schwer fassbar. Es handelte sich um eine Mischung aus einschlägig bekannten Neonazis aus dem früheren Muldentalkreis, erfahrenen Schlägern aus der Freefight-Szene sowie altgedienten und jüngeren rechten Hooligans. Es kann also nicht von einer einheitlichen Organisation oder Gruppe[1] gesprochen werden. Die Täter verbindet neben der neonazistischen Ideologie und damit dem Hass auf den linken Verein aus dem Leipziger Stadtteil Connewitz vor allem ihr Wohnort: der Muldentalkreis mit der ehemaligen Kreisstadt Wurzen. Man kennt sich weniger von politischen Aktionen, wie es bei den »Freien Kräften« in und um Leipzig der Fall ist, sondern vielmehr durch Cliquen-festigende Freizeitaktivitäten: Fußball, Freefight, NS-Hardcore-Konzerte und Saufen.

»Terror Crew Muldental« und andere Neonazi-Cliquen

Identifiziert wurden mehrere Mitglieder der Neonaziclique »Terror Crew Muldental« (TCM) aus Bennewitz bei Wurzen. Diese Gruppierung ist bisher in der Öffentlichkeit nicht durch politische Aktionen in Erscheinung getreten, dafür durch »nationale Freizeitgestaltung«. Die »Terror Crew« ist aus zwei von Muldentaler Neonazis veranstalteten Fußballturnieren (Motto: »Das System ins Abseits«) zu Pfingsten und am 3. Oktober 2009 in Wurzen als Sieger hervorgegangen. Weitere Mannschaften traten unter Bezeichnungen wie »Wurzener Jungs«, »FN-Delitzsch/Nordsachsen«, »Nationale Sozialisten FN-Muldental«, »Aktionsfront Geringswalde/Colditz«, »Sturm 20« Torgau und »Sturm Grimma« an.

Während des Angriffs in Brandis trugen sechs Personen den für die Gruppierung typischen roten Kapuzenpullover mit der Aufschrift »Terror Crew Muldental«. Einer von ihnen: Schweinezüchter Chris Rox, der im Juni 2009 als Mitglied der NPD für den Bennewitzer Gemeinderat kandidierte. Im Sommer 2009 war er gemeinsam mit anderen Neonazis an einem Überfall auf drei Jugendliche in Wurzen beteiligt, dabei verletzte er einen von

1| Ende November 2009 teilte die Polizei mit, dass fünf Verdächtige aus Stadt und Landkreis Leipzig sowie Görlitz festgenommen wurden. Alle sind mehrfach vorbestraft, unter anderem wegen Körperverletzung und des Verwendens verfassungsfeindlicher Symbole

2| Schick dekoriert mit einem Lok-Leipzig-Transparent der »Wurzener Jungs«

3| Ricardo Sturms kleiner Bruder Gabriel hetzt – gut dokumentiert von den Medien – mit blauer Windjacke und Eckfahne in beiden Händen jemanden quer übers Spielfeld

4| Dieser hatte bereits zuvor für Persdorf ein Tattoostudio und ein Sonnenstudio in Wurzen und vorher in Machern betrieben

5| Hier wurden die Produktion und der Vertrieb von CDs besprochen, für Konzerte mobilisiert, vor allem aber wurden über dieses Bord CDs vertrieben

ihnen schwer. In seiner Freizeit singt er bei der Neonaziband »Storm of Mind«.

Warm Up beim Konzert

Wie groß die neonazistische Szene inklusive ihres Umfeldes im Muldental derzeit ist, war am 1. August 2009 bei einem Konzert im Gewerbegebiet »Lüptitzer Höhe« bei Wurzen zu besichtigen. Bei dieser Party waren etliche der im Oktober am Angriff auf den RSL beteiligten Schläger anwesend. Die Räume dienen normalerweise als Proberaum für die Wurzener NS-Hardcore-Band »Eastside«[2]. Sie trat an diesem Abend zusammen mit Rox' »Storm of Mind« und »Inkubation« (Döbeln) auf. Also ein eindeutiges Neonazikonzert, obwohl das Publikum durchaus gemischt war. Ein Mitglied der »Terror Crew« trug stolz ein rotes T-Shirt mit der Aufschrift »Nazi«, bei anderen prangte »Holocaust« oder »Auch ohne Sonne braun« auf der Brust. Ein weiterer Gast präsentierte am späteren Abend stolz seine Tattoos: Rocco Hahn. Auch er war in Brandis dabei und posierte bei dem Konzert mit etlichen Bandmitgliedern und Besuchern. Hahn ist bereits seit den frühen 1990er Jahren in der Wurzener Neonaziszene aktiv und war 1994 an brutalen Überfällen auf portugiesische Bauarbeiter und alternative HausbesetzerInnen beteiligt.

Aus Leipzig angereist war der Althooligan und Neonazi Ricardo Sturm. Dieser war in Brandis zusammen mit seinem jüngeren Bruder Gabriel einer der wenigen Schläger, die nicht aus dem Muldental stammten[3]. Das Konzert in Lüptitz scheint einer der Orte zu sein, an denen sich die Mischszene konstituiert hat aus deren Reihen die Schläger von Brandis kamen.

Infrastruktur: »Front Records«, »Freies Netz« und JN-Stützpunkte

Rocco Hahn ist ebenfalls Hooligan und Freefighter. Eine Zeit lang hat er bei den Wurzener »Fighting Fellas« trainiert und ist für sie bei Freefight-Turnieren in den Ring gestiegen. Inzwischen hat diese »Boxgemeinschaft« ihre Aktivitäten nach Leipzig verlagert. Seit 2009 gibt es in der Nähe des Wurzener Bahnhofs eine neue Trainingshalle für Kampfsportler, die der Betreiber des Neonazi-Labels »Front Records«, Thomas Persdorf, über seinen Strohmann und Geschäftspartner Dirk Schwitzke[4] erworben hat. Persdorf, der früher auch mit den »Fighting Fellas« kooperiert hat, sammelt auf diese Weise die in Wurzen zurückgelassenen Schläger auf. Neben Rocco Hahn waren noch andere Freefighter aus Wurzen und Umgebung (Colditz) bei dem Überfall in Brandis dabei.

Dass mit Kai Denkwitz, dem einstigen Betreiber des Hardcore-Forum hatecoretk.com ein weiterer Handlanger von Persdorf in Brandis dabei war, unterstreicht dessen Bedeutung im Hintergrund. Eine ähnliche Bedeutung kommt dem Delitzscher Neonazi Maik Scheffler zu, der als Initiator der »Freies Netz«-Struktur in Sachsen gilt und es inzwischen zum NPD-Kreisvorsitzenden in Nordsachsen, Landesvorstandsmitglied und »Organisationsleiter« der NPD in Sachsen gebracht hat. Wurzen war zeitweise als Teil des »Freien Netz Nordsachsen« aufgeführt. Auf dieser Internetseite wurde ab 2008 regelmäßig über verschiedene Propagandaaktionen in der Muldestadt wie auch die bereits erwähnten »Nationalen Fußballturniere« berichtet. Dass am 22. November 2009 mit drei JN-Stützpunkten in Nordsachsen auch einer für Wurzen/Muldental gegründet wurde, rundet das Bild ab.

Fazit

Die Fotos von dem Konzert im August 2009 bei Wurzen geben den Schlägern von Brandis ein Gesicht. Hools, Freefighter und Freizeitcliquen kennen sich teilweise aus der Schulzeit und sind sich einig darin, dass die Anreise eines »Zecken«-Vereins für sie eine Provokation darstellt, auf die reagiert wird. Politische Strukturen sind dafür nicht zwingend erforderlich, auch wenn diese sich nach und nach ebenfalls herausbilden. In Leipzig sind die »Freien Kräfte« inzwischen fast vollständig in der NPD-Nachwuchsorganisation JN aufgegangen. In Wurzen und Umgebung hat es diese Abgrenzung zwischen parteifreien Neonazis und NPD nie in diesem Maße gegeben. Durch die Etablierung eines JN-Stützpunktes und die durch den Neonazi-Großunternehmer Thomas Persdorf zur Verfügung gestellte Infrastruktur, verbessern sich die Strukturen für die Neonazis weiter. Im Gegensatz zu den 1990er Jahren, als ein erster Versuch in Wurzen ein »nationales Jugendzentrum« zu etablieren scheiterte, fallen diese inzwischen vor Ort gar nicht mehr groß als Neonazis auf. Dafür bedarf es schon Anlässen wie dem Spiel gegen den »Roten Stern Leipzig«. ■

[2] Ricardo Sturm posiert beim Neonazikonzert bei Wurzen am 1. August 2009. Dokumentiert vom Internetportal studiVZ

[3] Rocco Hahn beim gleichen Anlass. Dokumentiert vom Internetportal studiVZ

Eine ausführlichere Version dieses Artikels ist auf der Internetseite des AIB zu finden.

Mit der NPD gegen die Nestbeschmutzer

Ob Zusammenarbeit mit der NPD oder die Wahl eines Neonazis zum Vize-Bürgermeister: Im Osten Mecklenburg-Vorpommerns herrscht in Lokalpolitik und Alltag Normalität gegenüber den ausgeprägten rechten Strukturen.

Karl-Dieter Lehrkamp wird sich in Zukunft wohl überlegen, mit wem er sein Bierchen trinkt. Dem CDU-Fraktionschef und Präsidenten des Kreistages von Ostvorpommern war Anfang November 2009 vorgeworfen worden, Kontakte zur NPD zu pflegen. Nicht nur würde er mit dem NPD-Politiker Michael Andrejewski am Biertisch der CDU gemeinsam die Parlamentssitzungen ausklingen lassen und vielleicht sogar Absprachen treffen, sondern auch regelmäßig Fahrgemeinschaften bilden. Der Kritisierte dementierte zwar, gab jedoch zu, dass er nicht alle Vorwürfe ausräumen könne. Diese werden bedeutungsvoller angesichts des Wechsels, den die ostvorpommersche Lokalpolitik nach dem Wiedereinzug der NPD in den Kreistag vollzogen hat: »Da die bisherige Ausgrenzung nicht zum Erfolg geführt habe«, so Lehrkamp, wolle man nun »offensiver mit den Neonazis umgehen«. Als erstes Zeichen dieses Umgangs wurden ihre Vertreter mit den Stimmen aller Fraktionen und ohne Notwendigkeit über Listenwahlen in alle Ausschüsse des Parlaments gewählt. In der vorausgegangenen Wahlperiode hatte das Parlament, nur einzelnen Anträgen der NPD zugestimmt.

Der Kreistag von Ostvorpommern ist eines von vielen Lokalparlamenten, in das die NPD dieses Jahr einziehen konnte – hier und im nahen Uecker-Randow-Kreis sogar in Fraktionsstärke. An die 60 Mandate erzielten Neonazis im ganzen Land, mehr als die Hälfte davon in Vorpommern. Hier sind sie stark genug, um Kandidaten auch in Gemeindeparlamente entsenden zu können – und hier gibt es wenig Berührungsängste anderer Lokalpolitiker. Einer von ihnen ist Joachim Saupe, CDU-Vorsitzender in Heringsdorf auf der Insel Usedom. Wie in anderen Orten auch hatte ein Wahlvorschlag der NPD eine Stimme aus den Reihen der anderen Abgeordneten erhalten. Freimütig teilte Saupe mit, dass diese Stimme »sicher« aus seiner Fraktion komme. Sie sei ein »kleineres Übel« gegenüber anderen Themen der Lokalpolitik. Einige seiner Parteikollegen protestierten gegen diese Verharmlosung und legten ihre Ämter nieder, ein Parteitag bestätigte Saupe allerdings kurz darauf im Amt. Enrico Hamisch und Michael Gielnik, Multi-Aktivisten in der Kameradschaftsszene, im NPD-Mitarbeiterstab oder bei dem lokalen Propaganda-Blättchen »Der Insel-Bote«, dürfen sich fortan über einen Sitz im Ausschuss für Tourismus, Verkehr und Ordnung freuen.

Wenig ordnungsliebend führten sich ihre Kameraden im nahen Bargischow auf, wo ausgerechnet ein CDU-Mitglied zum Ziel von Anfeindungen geworden ist. Bei der Kommunalwahl gelangten die beiden Neonazis Daniel Rosa und Lutz Genz als parteiunabhängige Kandidaten ins Gemeindeparlament. Bei der gleichzeitig stattfindenden Bürgermeisterwahl schaffte Genz es mit 43 Stimmen auf den dritten Platz. Beide gehören zum Umfeld des neonazistischen »Heimatbund Pommern«, Rosa war Gründungsmitglied des Vereins. Im Vorfeld der Wahlen war CDU-Bürgermeisterkandidat Ulrich Höckner wegen Kritik an der lokalen Neonazi-Szene massiv angefeindet und auf Flugblättern als »Nestbeschmutzer« diffamiert worden. Dieser Meinung schloss sich auch der Gemeinderat an: Als es um die Besetzung des Vize-Bürgermeisterposten ging, hatte Höckner keine Chance. Stattdessen erhielt der Neonazi Lutz Genz vier von insgesamt sechs Stimmen und amtiert damit fortan als ehrenamtlicher Stellvertreter des neuen Bürgermeisters André Stegemann. Dieser, hauptamtlich als Polizist tätig, hatte sich bei der Wahl für Genz ausgesprochen.

Anderswo versucht die NPD alltägliche Konflikte in einen Rundumschlag gegen Lokalpolitik, wie politisches System, umzuformen: In Ueckermünde etwa schlugen sich Neonazis um Marko Müller und Marcus Neu-

Von NPD bis Hammerskins

Die extreme Rechte an der Saar – ein Kurzüberblick

Antifa Saar / Projekt AK

Die NPD ist die wahrnehmbarste Organisation der extremen Rechten an der Saar

Hochstraße 158 im Saarbrücker Stadtteil Burbach. Seit Februar 2008 sind in dem ehemaligen Schuhgeschäft, mit der großen Schaufensterfront, Stinkstiefel der besonderen Art zu finden. Denn hier hat die saarländische NPD ihre Landesgeschäftsstelle eröffnet. Sie wirkt zwar etwas verloren in der stark von MigrantInnen geprägten Straße, aber die Vorsätze der Partei um ihren Landesvorsitzenden Frank Franz waren groß. So sollten die Räumlichkeiten »nicht nur Verwaltungseinrichtung sein, sondern Begegnungsstätte für alle Bürger. Neben einer wöchentlichen Hartz-IV-Beratung« wurde auch »eine wöchentliche Bürgersprechstunde mit dem Landesvorsitzenden« und ein »nationales Hilfswerk für Mitglieder«, in dem diese »Bedarfsgüter erhalten, für die sonst kein Geld da wäre« angekündigt. Daraus geworden ist bislang nicht viel. Während die NPD zu den angekündigten Bürgersprechzeiten häufig gar nicht anzutreffen ist, wird der Eingangsbereich von den »Bürgern« zur Müllentsorgung genutzt. Nichtsdestotrotz verschafft die Landesgeschäftstelle der NPD eine räumliche Unabhängigkeit. So fand beispielsweise die Pressekonferenz im Vorfeld einer als »politischer Aschermittwoch« deklarierten Saalveranstaltung in besagter Landesgeschäftsstelle statt. Die eigentliche Veranstaltung mit über 200 Neonazis in der städtischen Festhalle in Saarbrücken-Schafbrücke sorgte bundesweit für Aufsehen, da es einem Kamerateam gelang eine unverblümt antisemitische und rassistische Hetzrede Udo Pastörs zu dokumentieren, die bei der Anhängerschaft einen frenetischen Begeisterungssturm auslöste und Pastörs die Aberkennung seiner Immunität als Abgeordneter im Schweriner Landtag und ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung einbrachte. Dass damit bereits der Höhepunkt ihres Wahlkampfes erreicht sein würde, hat wohl vor allem die Wahlkampfstrategen der NPD selbst überrascht. Zwar verteilten diese weiter Flugzettel, führten Infostände durch und hielten schlecht besuchte Kundgebungen ab, aber eine »Großveranstaltung« mit DVU – Chef Matthias Faust, die als bundesweiter Auftakt für den Europawahlkampf angekündigt war, sowie das NPD-Sommerfest lockten jeweils kaum mehr als 70 BesucherInnen an. Anfang Februar 2009 sorgte die Saar-NPD schon einmal unfreiwillig für bundesweites Aufsehen. Denn nach dem Überfall von Neonazis auf antifaschistische GewerkschafterInnen an einer Autobahnraststätte in Thüringen konnte die »Antifa Saar« der interessierten Presse eindeutige Belege präsentieren. Der Bus in dem die Schläger saßen, wurde im Namen des saarländischen Landesverbandes der NPD angemietet. Das NPD-Mitglied Nick Böhme wurde in diesem Zusammenhang festgenommen und mehrere Wochen inhaftiert.

Die ersten kleinen Erfolge nach der großen Pleite

Bei den Kommunalwahlen im Juni 2009 erlebte die Saar-NPD dann einen weiteren Rückschlag und verlor nahezu zwei Drittel ihrer bisherigen Mandate. Trotzdem ist sie nun mit zwei Sitzen im Völklinger Stadtrat und erstmals mit einem Sitz im Saarbrücker Stadtrat vertreten. Zudem ergatterten die »Nationaldemokraten« einen weiteren Sitz im Völklinger Ortsrat. Bei den Landtagswahlen im August scheiterte die Saar-NPD mit 1,5% der Stimmen zwar deutlich an ihrem Ziel in den Landtag einzuziehen, erzielte aber für westdeutsche Verhältnisse immer noch eines ihrer besten Ergebnisse. Außerdem sind mit dem Landesvorsitzenden Frank Franz und seinem Gefolgsmann Thorsten Kreis in Völklingen, sowie dem ehemaligen Generalsekretär der Bundes-NPD Peter Marx in der Landeshauptstadt Saarbrücken, geschulte politische Kader,

mit teilweise mehrjähriger parlamentarischer Erfahrung, in den Kommunalparlamenten vertreten. So kann die NPD-Fraktion in Völklingen mit den hundertfach in anderen Regionen erprobten Strategien bereits ihre ersten Erfolge verbuchen. Anfang November 2009 stimmten in einer Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Soziales SPD, die Linke, Grüne und Freie Wähler einem Antrag der NPD-Fraktion zu, in dem es um die Kalkulation und Prüfung für ein kostenloses Essen in den kommunalen Kindergärten und Kindertagesstätten ging.

Die Kameradschaft Saarsturm steht in enger Verbindung zur NPD

Neben kostenlosem Essen für die Völklinger Kinder liegt Franz die »deutsche Jugend« besonders am Herzen. So lässt sich erklären warum der ehemalige Oberfeldwebel und gelernte Programmierer, der neben zahlreichen NPD-Homepages auch den Internetauftritt des »Deutsche-Stimme-Verlags« der NPD entworfen hat, nun verantwortlich zeichnet für die Internetpräsenz der seit August 2009 im Saarland auch öffentlich auftretenden »Kameradschaft Saarsturm«. Diese Kameradschaft engagiert sich vor allem im rheinland-pfälzischen Zweibrücken, wo sie gemeinsam mit dem schon länger existierenden »Nationalen Widerstand Zweibrücken« und in pathetisch inszeniertem Heldengedenken im Saarland und dem benachbarten Frankreich, auftritt. So lächerlich diese Ansammlung von deutschen Jungmännern und ihre bisherigen Verlautbarungen auch auf den ersten Blick erscheinen mögen, unterschätzen sollte man sie nicht. Immerhin haben sie es geschafft seit Jahren wieder eine für Neuzugänge offene Struktur zu schaffen.

Die Hammerskins agieren im Hintergrund

Um eine ganz und gar nicht offene Struktur handelt es sich bei der »Hammer Skin Nation« (HSN), deren Aktivitäten im Saarland in den letzten Jahren systematisch ausgebaut wurden. Zentrale Figur dabei ist der Frontmann der Neonazikapelle »Jungsturm«, Frank Molina, der seinen Wohnsitz im nur wenige Kilometer von Saarbrücken entfernten, in Frankreich liegenden, Forbach hat. Vor allem die Veranstaltung von Konzerten der verschiedensten Größenordnungen und somit der Aufbau einer eigenen Subkultur sehen sie als ihr Aufgabengebiet. Unterstützt wird Molina dabei vor allem durch Frank Mailänder und Robert Kiefer. Bei einem von ihnen mitorganisierten Neonazi-Konzert in einer Turnhalle im grenznahen französischen Schleithal im Dezember 2008, mit Szenegrößen wie beispielsweise »Stahlgewitter«, »Jungsturm«, sowie »Gigi und die braunen Stadtmusikanten« konnten etwa 1.200 Neonazis ganz legal auch den in der BRD indizierten Texten lauschen, alte Kontakte auffrischen und neue knüpfen. Zudem existiert mit dem Shop »First Class Streetwear« und dem ihm angeschlossenen »Street-Fight« Versand im saarländischen Bexbach eine zentrale Institution zur Versorgung der braunen Klientel mit allen notwendigen Lifestyle-Produkten. Von der Rechtsrock-CD aus eigener Produktion, über die White-Power-Gürtelschnalle bis hin zur obligatorischen Thor-Steinar-Kollektion ist in dem Laden von Thorsten Staudacher alles zu haben. Darüber hinaus gilt der in Heusweiler wohnende David Schulz (»Dave«) als sehr geschäftstüchtig beim Vertreiben auch indizierter CDs. Er setzt dabei auf ein mobiles Konzept und bietet seine Waren bei Konzerten und Feierlichkeiten an. Schulz ist auf zahlreichen der einschlägigen Konzertveranstaltungen in ganz Europa anzutreffen. Das Konzept scheint zu funktionieren. So mehren sich die Hinweise, dass die saarländischen Neonazis den Standortfaktor »Grenznähe zu Frankreich« weiter ausbauen wollen. Sollte dies gelingen, würde es der extremen Rechten im Saarland – insbesondere im Bereich der Nachwuchsrekrutierung – mit Sicherheit einen spürbareren Schub verleihen, als es sich die NPD für ihre Landesgeschäftsstelle in Saarbrücken-Burbach erhofft hatte. ■

[1] Der ehemalige Generalsekretär der Bundes-NPD Peter Marx (mit Krawatte) und der saarländische Landesvorsitzende Frank Franz (rechts am Transparent) am 1. Juli 2006 in Merzig

Conny Wessmann

Ein Gespräch mit ihrer Freundin Sabine – 20 Jahre später

Am 17. November 1989 wurde die damals 24-jährige Conny in Göttingen von Polizisten im Anschluss an einen antifaschistischen Interventionsversuch in den Tod getrieben. Sabine, eine Freundin von Conny, beschrieb in einem Interview im AIB Nr. 57/3.2002 sowohl die damalige politische Situation als auch den Umgang mit Connys Tod. Zwanzig Jahre später haben wir mit Sabine darüber gesprochen, wie sich ihr Blick und die politische Praxis in der Zwischenzeit verändert hat.

[1] Gedenkstein für Conny in Göttingen

Foto: PM Cheung

AIB: Zum 20. Jahrestag von Connys Tod haben in Göttingen knapp eintausend Menschen demonstriert. Warst Du überrascht über die große Beteiligung

Überrascht war ich nicht. Connys Tod ist zwar 20 Jahre her, aber es war einfach ein Politikum, das damals in Göttingen selbst viele mobilisiert hatte. Ich denke, für einen Grossteil derer, die damals involviert waren, ist dieses Datum immer noch von großer Bedeutung – persönlich und politisch. Ich weiß allerdings auch, dass bei der Demo viele junge Leute waren, die die damalige Zeit sicherlich nicht bewusst miterlebt haben. Dass sie zur Demo kamen, spricht tatsächlich dafür, dass die Auseinandersetzung mit aufkommenden Rechtsextremismus und mit der Staatsgewalt präsent ist.

Welche Bedeutung hat für Dich – nach zwei Jahrzehnten – der Jahrestag von Connys Tod? Gibt es das Bedürfnis, die eigene Trauer abzugrenzen von der quasi öffentlichen Trauer?

Meine persönliche Betroffenheit und Trauer grenze ich sehr wohl von der öffentlichen Betroffenheit ab, so dass ich den Tag wirklich lieber mit einer vertrauten Person verbringe als mit öffentlichen Events. Aus meiner Perspektive ist es eine persönliche Geschichte und eine daraus resultierende Emotionalität. Die öffentliche Betroffenheit und deren Ausdruck fragen dagegen nach einer politischen Analyse und der politischen Entwicklung; da geht es um Antifaarbeit und die Entwicklung in der extremen Rechten.

Es war natürlich ein anderer Jahrestag als die davor; in der Reflektion über die Zeit damals und die Tage nach Connys Tod wird sehr klar, wie jung wir damals wirklich waren. Wir waren in einem Alter, in dem man(n) und frau wirklich fest daran glaubte, Berge versetzen und die Realität verändern zu können. Und ich bin wirklich froh, dass Leute dass dann auch machten: viel weniger kompromissbereit, viel direkter in den Forderungen. Aus heutiger Sicht würde ich nicht mehr alles davon gutheißen. Aber es ist eine notwendige Energie, um überhaupt etwas zu bewegen.

Das beziehst du auf Eure Praxis antifaschistischer Arbeit damals?

Ja, sowohl das Positive daran, als auch die Tatsache, dass ich mir diese Praxis seit Connys Tod eben nicht mehr ungebrochen angucken kann.

Wenn Du die politische Situation vor zwanzig Jahren mit der aktuellen vergleichst: Hältst Du die Form der Organisierung und der Aktionen gegen Neonazis immer noch für sinnvoll?

Noch immer glaube ich auf jeden Fall, dass es gut und wichtig ist, sich mit anderen Leuten zusammen zu schließen, wenn man in irgendeiner Form gegen Neonazis was tun will. Weil man alleine dagegen nicht ankommt, weil man in der Gruppe die Möglichkeit der Reflektion hat und weil man alleine zu schwach ist.

Ich glaube, dass das Auftreten der Neonazis heute anders ist; damals waren sie klar erkennbar als Neonaziskins und ihre Ziele waren für alle deutlich. Heute sind es eben nicht mehr die fünf Glatzen, die eine linke Kneipe angreifen – und alle kennen diese fünf Neonaziskins – bzw. das ist viel seltener geworden. Insofern ist die Frage nicht so einfach zu beantworten.

Auf der anderen Seite finde ich es nach wie vor richtig, sich solchen Konflikten offensiv zu stellen – auch wenn ich sagen muss, dass ich viel, viel mehr Angst habe als früher. Und ich finde es wirklich ziemlich wichtig, nicht so zu tun, als ob die Zeit stehen geblieben wäre. Ich glaube inzwischen, dass es wirklich wichtig geworden ist, auch auf einer politischen Ebene zu agieren und nicht alleine in der direkten Auseinandersetzung. Weil sich die politische Landschaft verändert hat seit damals – und das nicht unbedingt zum besseren.

Welche Konsequenzen habt Ihr für Euch daraus gezogen, dass Conny im Verlauf einer Aktion, die für viele damals selbstverständlich war – in einer größeren Gruppe gegen Neonazis vorzugehen – von Polizisten in den Tod getrieben wurde?

Ich finde es nach wie vor richtig, Neonazis zu vertreiben. Ich finde es entsetzlich mir vorzustellen, dass es nicht mehr so ist, dass Neonazis sich nicht in der Stadt breit machen können. Das war unser Anliegen und wir haben es auch geschafft, dass sie sich nicht in der Göttinger Innenstadt breit machen konnten. Weil wir ihrer menschenverachtenden Politik keinen Raum überlassen wollten. Trotzdem würde ich es heute nicht mehr so machen wie damals. Ich kann mir nicht mehr vorstellen, mich Wochenende für Wochenende mit 15 Leuten alarmbereit in einer Wohnung zu treffen und auf den Anruf zu warten – aus diversen Gründen. Wenn man das aber wirklich machen will, dann muss man untereinander Vertrauen haben und die Menschen kennen, mit denen man das machen will.

Wir konnten Prozesse verlangsamen und kurzzeitig aufhalten, aber wir konnten nicht verhindern, dass sich die Neonazis, aber auch die extrem rechten Einstellungen verbreiten und weiter ausbreiten.

Es gibt in Teilen der jüngeren Antifabewegung immer wieder ein erstaunlich unreflektiertes Vertrauen in die Polizei, beispielsweise wenn davon ausgegangen wird, dass Polizeibeamte GegendemonstrantInnen bei Neonaziaufmärschen schützen würden.

Unsere Erfahrung war ja ganz anders – und für mich hat sich diese Erfahrung leider in allen möglichen Situationen, in denen ich mich als öffentlich handelnde Person engagiert habe, immer wieder bestätigt. Auch in anderen Situationen in denen wir vor den Augen der Polizei von Neonazis bedroht wurden, wie beispielsweise bei Gerichtsverhandlungen, griffen anwesende Polizisten nicht ein.

Jüngere Antifas fragen manchmal, warum diejenigen unter Euch, die damals mit erlebt haben, wie Beamte des »Zivilen Streifenkommandos » Conny in den Tod trieben, später keine Anzeige gegen die Beamten stellen wollten und auch keine Aussagen bei der Staatsanwaltschaft dazu gemacht haben.

Ich habe mir ehrlich gesagt vor kurzem die Frage selbst gestellt. Aus meiner heutigen Sicht würde ich es eher in Betracht ziehen als damals. Und das nicht, weil sich mein Glaube an die Rechtsstaatlichkeit geändert hat, sondern, weil ich heute mehr Vertrauen dazu hätte, dass es die Möglichkeit einer solidarischen Bewegung hätte geben können, die die Einsatzmentalität der Polizei offen gelegt und zum Politikum gemacht hätte. Unsere Furcht damals selbst kriminalisiert zu werden, war natürlich sehr real und hat sich ja in Antifazusammenhängen u.a. durch § 129a-Ermittlungen auch immer wieder bestätigt.

Die Erinnerung an den Tod von Conny ist unweigerlich mit der Maueröffnung und der darauf folgenden Welle rassistischer und neonazistischer Gewalt verbunden.

Für mich ist der November 1989 immer wieder der Punkt, an dem mir der Unterschied zwischen Zeitgeschichte, wie sie in den bürgerlichen Medien verbreitet wird und persönlich erlebter Geschichte klar wird. Und das betrifft nicht nur mich, sondern ganz viele Menschen, die differenziert und kritisch auf die Veränderungen blicken können, die 1989 mit sich gebracht hat. Ich glaube nach wie vor daran, dass differenzierte Analysen und die Fähigkeit, sich eine gesellschaftliche Entwicklung offen und kritisch anzusehen und die Bereitschaft, sich darin immer wieder neu zu verorten und zu positionieren der einzige Weg sind, eine Gesellschaft zu verändern.

Danke für das Gespräch. ■

[2] Foto: PM Cheung

[2] »Conny-Gedenkdemo« in Göttingen am 14.11.09

Das Interview mit Sabine aus dem Jahr 2002 findet sich zum Nachlesen unter: www.nadir.org/nadir/periodika/aib/archiv/57/conny.pdf

Siempre Antifascista

Enstehung und Perspektive des Projektes

Die Initiative Siempre Antifascista arbeitet seit mittlerweile zwei Jahren zu den Themen progressiver Gedenkpolitik, internationalem Antifaschismus und Subkultur im Spannungsfeld zwischen reaktionärer Ausdrucksform und emanzipatorischer Bewegung. Wir möchten hiermit einen knappen Überblick über unsere Arbeit, die Entstehung von »Siempre Antifascista« und die Perspektiven des Projektes darbieten.

Entstehung von Siempre Antifascista

Die Morde an den antifaschistischen Skinheads Carlos Palomino in Madrid (11.11.2007) und Jan Kucera (18.01.2008) im tschechischen Príbram waren ausschlaggebend für die Entstehung der Kampagne »Siempre Antifascista«. Der Umstand, dass Neonazis zwei »von uns« aus dem Leben gerissen hatten, verschaffte beiden Fällen eine Öffentlichkeit, die im Vergleich zu vorangegangenen Morden in anderen Ländern außergewöhnlich hoch war. Aus unserer Sicht waren die beiden Morde der Inititalzünder für eine intensivere Beschäftigung hierzulande mit rechten Morden und Neonazibewegungen außerhalb Deutschlands, die sich nicht allein auf die Angehörigen »der eigenen Szene« beschränken sollte. Hierfür wurde der 11. November zu einem Aktionstag im Gedenken an die Opfer rechter Gewalt ausgerufen. Die Resonanz war im letzten Jahr erstaunlich groß und bestärkte uns in der Notwendigkeit, Gedenkpolitik und internationalen Antifaschismus als Themen weiter aufzugreifen und zu verbinden.

Entwicklung des Projektes

Aus den Erfahrungen und ersten Schritten im Bereich »internationale Antifa-Politik« hat sich seit Ende 2008 eine kontinuierliche Arbeit entwickelt. Mit unserem Internetprojekt www.siempre-antifascista.tk stellen wir interessierten AntifaschistInnen eine Webressource zur Verfügung, die kontinuierlich über Antifaarbeit und Neonaziaktivitäten jenseits regionaler oder nationaler Grenzen informiert.

Zu einem weiteren Schwerpunkt neben Gedenkpolitik und internationalem Antifaschismus hat sich der Bereich Skin/Punk-Subkultur entwickelt. Wir sehen gerade an neonazistischen Webprojekten aus dem Spektrum des »Zentropa-Clans« (deutscher Ableger: »Syndikat Z«), dass diese eine Scharnierfunktion in der neonazistischen Erlebniswelt einnehmen, wenn es um Vernetzung oder gelebte Identitätsstiftung in Sachen Ethnopluralismus geht. Unsere Dokumentationen haben sich in diesem Zusammenhang auf den Bereich internationaler Neonazi-Musiknetzwerke erweitert. Außerdem fördern wir internationale, antifaschistische Punk- und Skinhead-Kultur durch Auftrittsvermittlungen in Deutschland und Bewerbung solcher Konzerte. Wir erachten dies als wichtig, da sich viele aktive AntifaschistInnen in Deutschland in Sachen Lifestyle und Feierkultur zunehmend in ein unpolitisches Vakuum zurückziehen und einer rechten bis rechtsoffenen Subkultur den Platz freimachen.

Ausblicke der Kampagne

Ein zentraler Punkt unserer Arbeit ist der von uns vorgeschlagene Aktionstag für die Opfer rechter Gewalt am 11. November, den wir in diesem Jahr zu einer Aktionswoche ausgeweitet haben. Wir streben an, in den kommenden Jahren einen Aktionstag bzw. eine Aktionswoche über Deutschland hinaus zu etablieren. Das gemeinsame Auftreten unter dem Label »Siempre Antifascista« soll einen Widererkennungswert schaffen, der den (extrem) Rechten, wie auch den staatlichen Repressionsorganen zeigen soll, dass es Vernetzungsansätze gibt und das Kämpfe nicht isoliert voneinander geschehen, sondern sich aufeinander beziehen. Gerade in kleineren Städten und Regionen, die nicht mit starken linken Strukturen ausgestattet sind, können AntifaschistInnen an einem größeren Projekt teilnehmen. In diesem Jahr gab es eine erfreulich hohe Resonanz von Gruppen, die im Zeitraum der Aktionswochen Veranstaltungen organisiert haben und sich dabei auf die Kampagne bezogen.

They all fade to grey?

In diesem Jahr entschieden wir uns aufgrund der zunehmenden Präsenz vermeintlich unpolitischer Spektren der Skinhead- und Punksubkultur auf szenetypischen Konzerten und Feiern,

diese Erscheinung genauer zu betrachten.

Wir stießen während unserer Recherchen zu der so genannten »Grauzone« auf ein breites und weit verzweigtes Netz an Aktions- und Erlebnisräumen. In diesen Lokalitäten, die neben Rekrutierungsfeldern auch Rückzugsräume für eine problematische Mischung aus Szenehabitus und rechter Ideologie bieten, entstehen subkulturelle Strömungen, die rassistische und rechte Denkmuster (re-)produzieren. Dies geschieht nicht abseits innenstädtischer Kiezromantik, sondern floriert geradezu in dieser. Rechte Ideologiefragmente gedeihen in Teilen der sich selbst als »unpolitisch« generierenden Oi!-Szene, die sich nur zu gerne als »neither red nor racist« bezeichnen möchte. Diese Strömungen immunisieren sich unter dem Banner des »Totalitarismus« gegen antifaschistische Intervention und Kritik - antifaschistische Konzepte werden zu Gunsten eines »unpolitischen« Anspruchs abgewiesen, Trennlinien zwischen den politischen Positionen unkenntlicher. Was früher zumindest einen formellen antifaschistischen Konsens darstellte, wird zusehends zu »Saufen, Ficken, Oi!« degradiert. Was hier »postideologisch« anmutet ist eine offene Tür für rechte Tendenzen und sogar Hegemonien. Zentrale Vertriebsstrukturen wie bspw. »Krawallbrüderrecords«, Organisatoren wie die «Boot Boys Hildesheim« oder sich unpolitisch gebende extrem rechte Lokalitäten wie das »Skinhouse Menfis« (Neustadt/ Orla) sind nur einige der Protagonisten, die diese rechtsoffene Szene aufbauen. Dies geschieht unter anderem durch krude Verbindungen zu Bands und Räumlichkeiten, worunter das ehemalige »de Kastelein«, jetzt bekannt unter dem Namen »Moloko-Bar«, in Brügge/ Belgien aus dem »Blood & Honour«-Spektrum noch zu den Bekannteren gehört. Nicht erst seit den Diskussionen um »prominente« VertreterInnen der Grauzone wie »Freiwild«, »Schusterjungs« oder »Krawallbrüder«, die selbst einen umfassenden Absatzmarkt schaffen, um diesen dann mit stumpfsinnigen »Oi!« zu bedienen, wird Kritik an der sich aus Subkulturen entfernenden antifaschistischen Linken laut. Der Rückzug oder die Dämonisierung der Subkulturen als »identitär« waren in den vergangenen Jahren, unserer Einschätzung nach, die falsche »antifaschistische« Reaktion. Wer sich aus Subkulturen zurückzieht, der negiert einen noch immer erfolgreichen Anknüpfungspunkt, Menschen eine antifaschistische und perspektivisch linke Politisierung zu vermitteln. Entgegen des pseudoelitären Verhaltens bestimmter linker Kulturschaffender, sind es gerade Subkulturen in ihren zahlreichen Facetten, die einerseits eine attraktive Alternative zum kapitalistischen Alltagsbetrieb bieten, andererseits die antifaschistische Gegenkultur ganzer Landstriche darstellen. Subkulturen zu ignorieren, bedeutet eine Kapitulation vor den (extrem) rechten Hegemonieansprüchen. Neonazis können genau dort ansetzen, wo eine strikte antifaschistisch-linke Offensive fehlt. Attraktive linke Kulturangebote, jenseits des »unpolitischen« Habitus ganzer subkultureller Szenen, müssen geschaffen werden. Heraus aus dem Club, hinein in die Subkultur. ■

Mehr Information unter: oireszene.blogsport.de oder www.siempre-antifascista.tk

siempre antifascista

Freispruch für »Cap Anamur«-Crew

Nach mehr als dreijähriger Verfahrensdauer endete am 7. Oktober 2009 in Agrigent/Sizilien der »Schlepper«-Prozess gegen die »Cap Anamur«-Crew. Als der Freispruch für die Angeklagten verkündet wurde, da klatschten die italienischen AktivistInnen und die aus Deutschland angereisten UnterstützerInnen im Zuschauerraum des Gerichtssaals erleichtert Beifall. Die Reporter und Kameraleute stürzten sich auf uns: »Wie fühlen Sie sich jetzt?« lautete die meistgestellte Frage.

Elias Bierdel

Infos unter: www.borderline-europe.de

In den Tagen danach erreichten uns hunderte Glückwünsche aus aller Welt. Menschen drückten ihre Erleichterung darüber aus, dass die politisch gewollte Kriminalisierung von Lebensrettern doch gestoppt wurde. FreundInnen, Verwandte, oder auch Unbekannte, die unseren Fall nur über die Medien verfolgt hatten, gratulierten. »Ich freue mich sehr für Sie – und eigentlich für uns alle!« brachte eine Lehrerin aus Niedersachsen die Stimmung auf den Punkt, die viele erfasst hatte. Auch das internationale Presseecho fiel – ganz anders als bei der Rettungsfahrt der »Cap Anamur« im Sommer 2004 – diesmal einhellig positiv aus: von einem »Sieg der Menschlichkeit« war in vielen Zeitungskommentaren die Rede. Natürlich haben auch wir uns darüber gefreut dass der Wahnsinn dieses zynischen Verfahrens nun hoffentlich (bis April 2010 hat der Staatsanwalt noch Zeit zu entscheiden, ob er in Revision gehen möchte) zum Abschluss gekommen ist. Aber wir werden uns von diesem vermeintlichen »Sieg« nicht einlullen lassen.

Schon während der zahllosen, zähen Verhandlungstage im Gerichtssaal war es kaum auszuhalten, den falschen, verleumderischen und/oder infamen Aussagen der zumeist uniformierten Belastungszeugen zuzuhören, während wir doch wussten, dass draussen auf dem Meer das Sterben weitergeht. Denn vor Sizilien dauert, ebenso wie an allen anderen Aussengrenzen der Europäischen Union, die tödliche Jagd auf Migrierende und Flüchtlinge an. Täglich geraten Menschen in große Gefahr, weil sie gezwungen werden »illegale« Wege zu beschreiten. Und viele sterben: sie ersticken in Containern, werden ausgeraubt, vergewaltigt, ermordet, ertrinken vor unseren Küsten, verdursten, verhungern oder laufen an der griechisch-türkischen Grenze ahnungslos in die Minenfelder, mit denen am Fluss Evros die EU ihre Grenze »sichern« lässt. In den ersten acht Monaten in 2009 sind allein auf dem Meer zwischen Libyen, Tunesien, Malta und Lampedusa 418 Opfer der Flüchtlingsabwehr gezählt. Die Dunkelziffer liegt um ein Vielfaches höher.

Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass dieser tödliche Abschottungswahn der europäischen Regierungen kurzfristig gestoppt wird. Auch die leise Hoffnung, wonach der Freispruch für die »Cap Anamur« möglicherweise ein Umdenken bei Richtern und Staatsanwälten signalisieren könnte, ist rasch verflogen. Am 17. November 2009, nur sechs Wochen nach unserem Urteil, entschied dieselbe Kammer in einem anderen Fall. Auch hier standen Lebensretter als angebliche »Schlepper« vor Gericht. Diesmal handelte es sich um sieben tunesische Fischer, die im August 2007 nahe Lampedusa auf ein sinkendes Boot mit 44 Menschen an Bord gestossen waren. Und es sollte sich vor Gericht zeigen, dass von einer Abkehr der zynischen Kriminalisierungsstrategie keine Rede sein kann: zwar wurde (wie auch im Fall der »Cap Anamur«) der ursprüngliche Tatvorwurf, die »Beihilfe zur illegalen Einreise« (= »Schlepperei«), mangels Masse fallengelassen, verurteilt wurden die beiden Kapitäne der Fischerboote dennoch. Die Bootsführer der »Morthada« und der »Mohamed El Hedi« sollen nach dem Willen der Kammer für zweieinhalb Jahre hinter Gitter, wegen angeblichen »Widerstands gegen ein Kriegsschiff«!

Man muss sich die Einhzelheiten der damaligen Vorgänge vor Augen führen, um die ganze Niedertracht dieses Urteils zu begreifen: als die tunesischen Fischer auf das sinkende Flüchtlingsboot stießen, da wussten

[1] Am 20. Juni 2004 rettet die Besatzung der »Cap Anamur« im Seegebiet zwischen der lybischen Küste und der italienischen Insel Lampedusa 37 Männer von einem defekten Schlauchboot.

Foto: www.borderline-europe.de

sie natürlich, wie jeder Kapitän, jedes Besatzungsmitglied im Mittelmeer, dass bei der Rettung von Schiffbrüchigen vor Lampedusa Ärger seitens der Behörden droht. Sie informierten deshalb zuerst die Küstenwache über die drohende Katastrophe. Antwort der »Guardia Costiera«, per Funk: »Nichts anfassen – WIR kümmern uns um die Sache!« Doch es kam ... niemand. Da die behördliche Hilfe ausblieb, wagten die Fischer bei rauher See die gefährliche Aktion auf eigene Faust. Es war Rettung in letzter Minute. Zufall oder nicht: in dem Moment, wo tatsächlich alle 44 Menschen (darunter Frauen und Kinder) auf dem Fischerboot in Sicherheit waren, kam ein Schnellboot der Küstenwache herangeprescht. Der Vorwurf nun: »Sie haben sich unseren Anweisungen widersetzt – der Befehl lautete, UNS die Sache zu überlassen!«

Es ist schrecklich genug, sich diese tödliche Logik klarzumachen. Bei »korrektem« Verhalten hätten die Fischer die Menschen ertrinken lassen müssen! Aber es gibt noch eine Steigerung: denn die Retter erhielten die Order, ihre menschliche Fracht nach Libyen zu bringen (wie es die italienische Marine unter Missachtung aller Menschen- und Flüchtlingsrechte routinemässig macht). Die Fischer weigerten sich und nahmen Kurs auf die Insel Lampedusa, die viel näher liegt. Nun kam eine Korvette der italienischen Seestreitkräfte ins Spiel, knapp 100 Meter lang, mit Bordkanonen und Raketen bewaffnet. Mit dieser mächtigen Kriegsmaschine versuchte die Marine, den schlingernden Booten mit sieben Bedsatzungsmitgliedern und 44 Geretteten an Bord den Weg abzuschneiden. Doch die Fischer hielten Kurs und erreichten den Hafen von Lampedusa. Dort verfuhr man wie üblich: die afrikanischen Schiffbrüchigen wurden (mit Ausnahme mehrerer Verletzter, die zunächst per Hubschrauber zur medizinischen Behandlung aufs Festland geflogen werden mussten) zur schnellstmöglichen Deportation ins Lager geschafft – ihre Retter aber wanderten ins Gefängnis.

Das Verfahren ist im Kontext der »Sicherung der EU-Aussengrenzen« als Abschreckungsmassnahme zu verstehen. Koordiniert durch die Grenzschutz-Agentur FRONTEX wird die Abschottung der europäischen Wohlstandsfestung gegen die Nachbarregionen mit Milliardensummen weiter aufgerüstet. Allerlei militärische und paramilitärische Verbände haben den Auftrag, Menschen daran zu hindern, in Europa Schutz, Hilfe oder »nur« ein besseres Leben zu suchen. Tausende werden in Lager gesperrt, wacklige Flüchtlingsboote unter klarer Missachtung aller Menschenrechte von Kriegsschiffen abgedrängt. Kommen weniger Boote an – etwa auf den Kanarischen Inseln – wird das als »Erfolg« dieser brutalen Politik gefeiert.

Dass der vermeintliche »Erfolg« aber durch viele hundert zusätzliche Tote erkauft wird, bleibt in offiziellen Statements unerwähnt. Es ist kaum zu fassen: zwar sind zehntausende Beamte an der Abwehr von Schutzsuchenden an den europäischen Aussengrenzen beteiligt, aber nicht ein einziger europäischer Staatsdiener beschäftigt sich amtlicherseits mit den Opfern des EU-Grenzregimes. Die Folgen der fortgesetzten Ausplünderung sogenannter »Entwicklungsländer« durch die Industrienationen sollen ebensowenig sichtbar werden, wie alle anderen Konsequenzen des auch in Europa üblichen, unmässigen Lebenswandels: als Folge des fortschreitenden Klimawandels werden Millionen Menschen in südlichen Ländern ihre Heimat verlieren. Die Verantwortung hierfür liegt aber nicht bei den Afrikanern selbst, denn ihr Kontinent ist nicht einmal mit fünf Prozent an der Emission von Treibhausgasen beteiligt, sondern ausschliesslich bei der »entwickelten« Welt. Doch statt sich zur Verantwortung für die Klimaflüchtlinge zu bekennen, will die EU auf die erwarteten Migrationsbewegungen mit militärischen Mitteln antworten. Der Krieg gegen Flüchtlinge hat rings ums Mittelmeer schon begonnen – und fordert tausende zivile Opfer. ■

Udo Ulfkotte und der KOPP-Verlag

Zwischen Rassismus, Revisionismus und Verschwörungsphantasien

Ein Vorreiter für rassistisch aufgeladene Islamkritik im deutschsprachigen Raum ist Udo Ulfkotte. Der ehemalige FAZ-Redakteur veröffentlicht seit einiger Zeit beim KOPP-Verlag, der zunehmend als Bindeglied zwischen Rassismus, Revisionismus, kruden Verschwörungstheorien und »Querfront« fungiert.

Sebastian Friedrich

Ulfkotte sorgte Ende 2008 für einen Paukenschlag. Er verließ den von ihm gegründeten Verein »Pax Europa« aufgrund »volksverhetzender, rassistischer Karikaturen im Stürmer-Stil« und der Befürchtung, sein gemeinnütziger Verein würde sich zu einer Plattform für »rechtsradikale Radaubrüder« entwickeln. Diese audsrückliche Abgrenzung scheint jedoch mehr taktischer Natur zu sein. Schaut man in seine beiden aktuellen Bücher, so entdeckt man an unzähligen Stellen rassistische Stereotype. In »SOS Abendland – Die schleichende Islamisierung Europas« (2008) bezeichnet er etwa junge »Kulturbereicherer aus der islamischen Welt« als eine »Plage« sowie »kleine Frankenstein-Monster« und die »Islamideologie« als einen »bösartigen Virus«. Außerdem seien MigrantInnen schlicht »geisteskranker«, »gen-defekter« – und dümmer. So hätten beispielsweise die Zuwanderer aus der Türkei einen zwischen 10 und 15 Prozent niedrigeren Intelligenzquotienten als »Durchschnittseuropäer«. In dem im Juli 2009 erschienenen Buch »Vorsicht Bürgerkrieg – Was lange gärt, wird endlich Wut« schlägt Ulfkotte ähnliche Töne an, auch wenn er dort die Gruppe seiner Feindbilder erweitert – nicht mehr nur der Islam führe die abendländische Kultur in den Abgrund, sondern auch die hiesigen Politiker, die wesentlich von den 68ern geprägt seien. Diese hätten eine »neue Menschenrasse«, nämlich den »Multikulti-Primaten« gezüchtet, eine »Überrasse mit 68-Gesinnung«, »die den Geruch nach Urin und Erbrochenem, die Müllhalden an den Straßenrändern und Respektlosigkeit gegenüber Werten für gut erklärt«. Die Ergebnisse der »ethnoneutralen Primatenzucht« seien »tumbe Mutanten der 68-Ideologie« – gemeint sind TürkInnen, AraberInnen, OsteuropäerInnen und auch Linksextreme. Weiter ist die Rede davon, dass »Menschen aus fremden Kulturkreisen die Aufgaben von Pest und Großfeuern« übernommen hätten.

Es finden sich in beiden Büchern noch weitere rassistische Ausführungen, die vom Wortlaut und Inhalt her auch in der »Deutschen Stimme« (DS) oder der »National-Zeitung« (NZ) zu finden sein könnten. Dennoch grenzt er sich mehrmals vom »Rechtsextremismus« ab und rät gar dazu, in diesen schwierigen Zeiten nicht demokratiefeindliche Extremisten zu unterstützen. In »Vorsicht Bürgerkrieg« rät er dazu, »kleine Parteien wie die vielen freien Wählervereinigungen oder Gruppen wie »Bürger in Wut« und christliche oder ökologische Vereinigungen« zu unterstützen. In »SOS Abendland« bedauert er gar, dass es in Deutschland keinen Rechtspopulisten gebe, der einem gewissen Teil der Bevölkerung als Ventil dienen könnte.

Betrachtet man die inhaltlichen Überschneidungen und Wunschvorstellungen eines »ethnisch-homogenen Volkes«, müsste eigentlich erkannt werden, dass die fein säuberliche Trennung von »Rechtspopulismus« und »Rechtsextremismus« keinen Sinn ergibt. Schlimmer noch: Durch die Konstruktion einer konkurrierenden Strömung zum »Rechtsextremismus« wird die Einflussnahme auf politische Diskurse für das vermeintlich Moderatere vielfach verbessert. Immer wieder bekommt Ulfkotte die Möglichkeit in Fernseh-Talkshows seine »Thesen« zu verbreiten. So durfte er bereits bei der SWR-Sendung »Nachtcafé« genauso wie bei N24 und n-tv wettern und erhält als »Islamkritiker« Foren, von de-

nen beispielsweise NPD-Kader nur träumen dürften. Ulfkotte ist darüber hinaus gern gesehener Gast bei Veranstaltungen der CDU und der Polizeigewerkschaft »Bund deutscher Kriminalbeamter« (BdK). Zuletzt hat Ulfkotte im Oktober in der rechtsliberalen Zeitschrift »Eigentümlich frei« vor einem drohenden Bürgerkrieg gewarnt.

Ähnlich um Anschlussfähigkeit bemüht ist auch der Verlag, bei dem Ulfkotte nicht nur seine Bücher, sondern auch regelmäßig Beiträge für den Verlags-Blog veröffentlichen darf. Der in Rottenburg am Neckar ansässige »KOPP-Verlag«, um den Inhaber Jochen Kopp, schafft es dank guter Kontakte immer wieder Bücherwerbung in auflagenstarken und einflussreichen Publikationen zu platzieren. Eine doppelseitige Werbung für »Vorsicht Bürgerkrieg« fand sich in der Oktober-Ausgabe von »Readers Digest Deutschland«, einseitig wurde gleiches Buch auch in den September-Ausgaben der »ADAC Motorwelt« und dem »Polizeispiegel«, der Mitgliederzeitschrift der »Deutschen Polizei Gewerkschaft« beworben.

Eigentlich ist der »KOPP-Verlag« auf pseudowissenschaftliche Themen im Bereich der Esoterik spezialisiert. Doch vermehrt werden neben dem bekannten Aushängeschild Erich von Däniken auch Kontakte zu anderen Personen gepflegt. So vertreibt der Verlag Bücher der Revisionisten Jan Udo Holey (»Jan van Helsing«) und Gerd Schultze-Rhonhoff. Letzterer behauptet in seinem Buch »1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte«, dass Hitler bis zum Herbst 1939 keinen Krieg wollte. Schultze-Rhonhoff ist ein gefragter Interviewpartner für einschlägig bekannte Zeitungen wie der NZ und der rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF). Außerdem bietet der »KOPP-Verlag« das von Robert L. Brock herausgegebene Buch »Freispruch für Deutschland« an, in dem unter anderem der Holocaust-Leugner David Irving als Experte für die Widerlegung »antideutscher Geschichtslügen« zu Wort kommt. Das beim rechten »Grabert-Verlag« erschienene Buch »Der deutsche Aderlaß« von Claus Nordbruch ist ebenfalls über den KOPP-Shop zu erwerben. Nordbruch erhielt 2001 den »Freiheitspreis« der NZ und veröffentlicht regelmäßig in der DS, in »Nation & Europa« sowie unregelmäßig in der JF. Außerdem gab er dem Neonazi-Fanzine »Blood & Honour« ein Interview und tritt auch sonst des Öfteren bei Neonazi-Veranstaltungen auf.

Background – Homepage Dr. Udo Ulfkotte
http://ulfkotte.de/8.html

mit Peter Scholl-Latour) und „Der Krieg in unseren Städten" zum Islamismus/Terrorismus.
Für das Hamburger Verlagshaus Gruner & Jahr half er von 2004 bis Sommer 2006 bei der Entwicklung des Magazins "Park Avenue". Er schreibt auch für "Capital" und "Cicero" sowie für die Nachrichtenagentur ddp als Korrenspondent und ist Berater mehrerer Fernsehanstalten und Wirtschaftsunternehmen.

Udo Ulfkotte im Gespräch mit dem bayerischen Innenminister Günter Beckstein anläßlich der Verleihung des Annette-Barthelt-Preises 2003.

Zur Verleihung des Staatsbürgerlichen Preises an Udo Ulfkotte

[1] Udo Ulfkotte mit dem CSU-Politiker Günther Beckstein; Faksimile von www.ulfkotte.de

Auf der »Info«-Seite des »KOPP-Verlags« werden täglich neue Nachrichten gepostet. Neben Ulfkotte schreiben dafür vor allem Gerhard Wisnewski und Jürgen Elsässer. Wisnewski veröffentlichte jüngst beim »KOPP-Verlag« das Buch »Jörg Haider – Unfall, Mord oder Attentat?«, was nicht nur unter Verschwörungstheorie-Fans breit rezipiert wurde. Jürgen Elsässer scheint nach seinem Rausschmiss bei der Tageszeitung »Neues Deutschland« neben seiner streng nach »Querfront« müffelnden »Volksfront-Initiative« im »KOPP-Verlag« einen neuen Geldgeber – und vielleicht einen neuen Verlag – gefunden zu haben.

Wenig überraschend ist, dass viele der erwähnten Personen auch in der Infokrieg-Szene (infokrieg.tv, Alles Schall und Rauch, Secret TV, etc.) eine Rolle spielen. Jürgen Elsässer referierte beispielsweise beim »1. Deutschlandtreffen« von »Alles Schall und Rauch« über das »anglo-amerikanische Finanzkapital« und dürfte mit seinen vereinfachten Antworten auf komplizierte Fragen auf viel Zustimmung gestoßen sein.

Udo Ulfkotte fand im »KOPP-Verlag« eine adäquate publizistische Heimat. Seine konstruierte Abgrenzung vom Rechtsextremismus ist genauso wenig wert wie eine des »KOPP-Verlags« und vieler InfokriegerInnen. Die Grenzen zwischen Rassismus, Verschwörungserfindungen und »Querfront«bestrebungen sind dabei fließend. Der »KOPP-Verlag« fungiert in diesem Dunstkreis immer mehr als Bindeglied zwischen den sich so ähnelnden kruden Spektren und verkauft das alles als unabhängige, alternative Informationen. ■

Udo Ulfkotte
SOS Abendland
Die schleichende Islamisierung Europas
KOPP

Udo Ulfkotte
Vorsicht Bürgerkrieg!
Was lange gärt, wird endlich Wut
KOPP

[1]

[1] Die NPD-Aktivisten Marcus Neumann (rechts) und André Gehrt (links) protestieren am 22. April 2009 gegen den Abriss von Garagen in Ueckermünde

mann mit einer Kundgebung auf die Seite einiger Einwohner, die gegen den Abrisses eines alten Garagenkomplexes protestierten. Müller und Neumann sind nicht nur Teil der dreiköpfigen NPD-Gruppe im Stadtparlament von Ueckermünde, in das sie mit 12,3 Prozent einziehen konnten. Zusammen mit den Landtagsabgeordneten Tino Müller und Dirk Bahlmann stellen sie auch eine Fraktion im Kreistag des Uecker-Randow-Kreises. Zugleich sind die Gebrüder Müller, der Aktivist des »Heimatbund Pommern« Neumann und der Bauunternehmer Bahlmann Gesichter eines Netzwerks in der Region, das unterschiedlichste Bereiche rechter Lebenswelt abdecken kann. Während der »Heimatbund Pommern« mit Wanderungen und Zeltlagern neonazistische Jugendarbeit betreibt, verbergen sich hinter Namen wie der »National-Germanischen Bruderschaft« oder den »Aryan Warriors« Kameradschaften als überschaubare politische Zirkel mit dem Charakter von Freundeskreisen.

Als Organisation für eine überregionale explizite politische Breitenwirkung wurde das »Soziale und Nationale Bündnis Pommern«, nach der Übernahme weiter Teile der NPD in Mecklenburg-Vorpommern durch die Kameradschaften, seit 2005 von der Partei abgelöst. Die Gruppenvielfalt wird von Bürgerinitiativen gegen Flüchtlingsheime oder von Propaganda-Vereinen wie der »Initiative für Volksaufklärung« um Enrico Hamisch und Michael Vedder ergänzt. Sie sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Kreis aktiver Kader, welcher Unterstützung aus einem weiten rechten Umfeld bezieht und sich finanziell durch Mitarbeiterposten im Dunstkreis der NPD-Landtagsfraktion absichert, überschaubar ist. Mangelnde Gelder für ihre Projekte scheinen für diese Neonazis kein Problem zu sein: Eine alte Kaufhalle in Anklam, die nunmehr als Veranstaltungszentrum und »nationale Bibliothek« fungiert, konnten sie für 17.000 Euro von der Sparkasse Vorpommern erwerben. Für ein leeres Kino in Ueckermünde, soll Tino Müller dem Besitzer 500.000 Euro angeboten haben.

In die Hände spielt ihnen das Desinteresse, die Toleranz oder Unterstützung durch weite Teile der Bevölkerung. Anstatt sie aufgrund ihrer menschenverachtenden Ideologie und Praxis auszugrenzen, sind sie familiär oder freundschaftlich verbunden oder haben sie im Jugendclub, in der freiwilligen Feuerwehr oder auf Dorffesten als Teil der gesellschaftlichen Normalität akzeptiert. Ein Problembewusstsein fehlt auch Lokalpolitikern wie jenen in Bargischow, die den örtlichen Jugendclub der Schlüsselgewalt des »Heimatbund Pommern« überlassen.

Die Normalisierung des Neonazismus über die Lokalpolitik sollte nicht unterschätzt werden – wo Neonazis im Parlament eine politische Kraft darstellen, gewinnen sie nicht nur Möglichkeiten für ihre Propaganda, sondern auch realen Einfluss. Ihre extrem rechten Inhalte werden zugleich diskursfähig, und Neonazi-Kader in der Lokalpolitik professionalisiert. Zumindest gelegentlich jedoch regt sich auch im ländlichen Raum Widerstand. Noch beim letztjährigen Sommerfest in Bargischow wurde ein Mann von Neonazis wegen seiner Beziehung zu einer polnischen Frau niedergeschlagen. Als beim diesjährigen Dorffest der »Heimatbund Pommern« wie in jedem Jahr Schwein am Spieß zubereitete, wollten nicht alle Einwohnerinnen und Einwohner mit den Rechten essen. Ihr Protest: Ein Topf voller Gulasch. ■

ser Übel. Deshalb müssten die Grundlagen des bürgerlichen Liberalismus gemeinsam mit dem Marxismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen verworfen werden – zugunsten einer »organischen« Gemeinschaft, in der das Primat des Symbolischen und Heiligen vor jenem der Ökonomie zu gelten hätte. Zum Zweiten verwirft die Nouvelle Droite das Christentum, das bis dahin durch den größten Teil der Rechten zu den nationalen Grundkonstanten gezählt worden war: Nicht nur, weil es vom Judentum abstammt und dadurch geschichtlich einen »Fremdkörper in der europäischen Zivilisation« bilde. Sondern auch, weil der Monotheismus aller Ausprägungen durch das falsche Versprechen der grundsätzlichen Gleichheit aller Menschen – vor einem einzigen Gott – zur Urquell solch schädlicher Erscheinungen wie Egalitarismus, Universalismus der Menschenrechte und Sozialismus geworden sei. Zum Dritten wirft die Nouvelle Droite in ihrer Theorie auch den Rassismus klassischer Ausprägung über Bord: Er beruhe auf der Idee einer Über- und Unterordnung verschiedener Menschenrassen. Hingegen gehe man selbst vom Primat der prinzipiellen Gleichwertigkeit der »unterschiedlichen Rassen und Kulturen« aus. Nur: Damit diese sich »zu voller Blüte entwickeln« können, müssten sie getrennt voneinander existieren. Auch im Interesse der Einwanderer liege es daher, wenn sie in ihre Herkunftsländer zurückgesandt (oder wenn Migranten an deren Verlassen gehindert) werden, da sie dadurch ihre »kulturelle Identität bewahren« dürften. Diesen Ansatz bezeichnet man als »Ethnopluralismus«. Unter federführender intellektueller Mitwirkung von Alain de Benoist hat die Nouvelle Droite ihn später auch als »differenzialistischen Antirassismus« präsentiert.

Seit Jahrzehnten prägt nunmehr sein Name wie kaum ein anderer die intellektuelle Landschaft auf der französischen Rechten und macht quasi schon für sich allein das »Markenzeichen« der Nouvelle Droite aus. Zu seinen Spezialitäten zählt es, zu versuchen, die Argumentation seiner politischen Gegner (Linke, Liberale, ...) aufzugreifen und umzudrehen, wie oben auch am Beispiel des »differenzialistischen Antirassismus« vorgeführt. De Benoist schaffte es des öfteren, mit einer vordergründigen Anti-Kriegs-Argumentation, die in Wirklichkeit lediglich auf der geopolitischen Vorstellung voneinander unabhängiger kultureller Blöcke – mit Interventionsverbot für »raumfremde Mächte« – beruht, während größerer internationaler militärischer Konflikte (kurzfristig) auch in pazifistische, grüne oder linke Milieus argumentativ einzudringen. So wurde ein Artikel von ihm, der die damaligen Angriffsvorbereitungen der USA auf den Irak verurteilte, am 13. Dezember 1990 in der Berliner taz abgedruckt.

Alain de Benoist argumentiert gerne auf hohem intellektuellem Niveau, meidet die Tagespolitik und baut stets zahllose Schriften aus anderem Kontext – von wissenschaftlichen Arbeiten bis hin zu Texten seiner politischen Gegner – in die eigene Argumentation ein. Dennoch unternimmt er seit kurzem auch einige Schritte in die »Niederungen der Politik«. Dabei ist neuerdings bei ihm wiederholt die Tendenz zu beobachten, sich zu tages- und allgemeinpolitischen Themen zu äußern – und dabei oft auch ziemlich flache Inhalte von sich zu geben. So verfasste de Benoist während der mehrwöchigen heftigen Unruhen in den französischen Banlieues (Trabantenstädten) im November 2005 einen Text, der auf seiner Homepage zugänglich ist. Darin spricht er sehr allgemein von einer »vorrevolutionären Situation« und schwadroniert von einem »zunehmenden Bruch zwischen den politischen Eliten und dem Volk« – ohne auch nur im Ansatz den Kern einer eventuellen Lösung für die Banlieueproblematik benennen zu können.

Aus rechter Sicht
Alain de Benoist
Eine kritische Anthologie zeitgenössischer Ideen
Band 1
Grabert

In jüngerer Zeit scheint sich seine Annäherung an die »rot-braun« ausgerichteten Antisemiten Dieudonné M'bala M'bala – bekannt unter seinem Vor- und Künstlernamen – und Alain Soral, die gemeinsam eine (mit 1,3 Prozent im Wahlkreis Paris und Umland ziemlich erfolglose) Kandidatenliste unter dem Titel Liste Antisioniste zu den Europaparlamentswahlen vom 7. Juni 2009 aufstellten, zu beschleunigen. Am 26. Dezember 2008 befand sich Alain de Benoist im Publikum, als der »Softcore«-Auschwitzleugner und Theatermacher Dieudonné im Pariser Konzertsaal ›Le Zénith‹ ein Spektakel veranstaltete und dabei Robert Faurisson, den notorischen Auschwitzleugner und »Papst« der französischen Geschichtsrevisionisten, auf die Bühne lud. Wiederholt lieferte de Benoist seit Herbst 2008 und im Laufe des Jahres 2009 auch Beiträge für die nationalrevolutionär beeinflusste, 14tägig erscheinende Zeitung ›Flash Info Magazine‹, bei der Alain Soral als Sonderberater der Redaktion firmiert. ■

Zum Thema ist von Bernhard Schmid soeben erschienen: Die Neue Rechte in Frankreich, Münster 2009
Siehe hierzu auch die Rezension auf Seite 57.

»Rattenjagd als nationale Pflicht«

Die braunen Wurzeln der antikommunistischen »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU)

Enrico Heitzer
(Zentrum für Zeithistorische Forschung)

Der Autor ist Historiker und lebt in Berlin. Er schreibt seine Dissertation über die KgU.

1945 war der deutsche Angriffskrieg mit der totalen Niederlage zu Ende gegangen. Ostdeutschland wurde von den Sowjets besetzt, die Zehntausende in Speziallagern internierten. Die Anti-Hitler-Koalition zerfiel und der Kalte Krieg setzte ein. Der Systemkonflikt war eher ein aktiver Nicht-Frieden, den beide Seiten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln führten. Während der Berlin-Blockade, einem der ersten Höhepunkte der Auseinandersetzung, entstand 1948 in den Berliner Westsektoren die KgU, die einerseits ein Suchdienst für in der SBZ vermisste Personen und andererseits eine »Widerstandsorganisation« sein wollte, die sich die »Befreiung« der »Ostzone« vom Kommunismus auf die Fahne geschrieben hatte. Während ein Teil der KgU Suchdienst- und Dokumentationstätigkeiten ausübte, wurde von einer zweiten Sektion ein konspirativer V-Mann-Apparat auf dem Gebiet der SBZ/DDR errichtet. Fester Bestandteil der KgU-Tätigkeit war neben antikommunistischer Propaganda auch Spionage. Zeitweilig versuchte man, Brand- und Sprenganschläge sowie Sabotageakte durchzuführen. In einem Bericht der KgU findet sich eine aufschlussreiche Passage:

»Am 22.9.51 gegen 9.00 Uhr vormittags wurde [in Berlin] der Zeitungsstand Bernauerstrasse-Ecke Brunnenstrasse hinter der ostzonalen Strassensperre [...] durch Wurf einer [...] Ph[osphor-Ampulle] in Brand gesetzt. Der Zeitungsstand brannte leider nicht ganz aus, da die Feuerwehr mit 2 Wagen nach ca. 10 Min. eintraf«. Begründet wurde die Aktion u.a. damit, dass »die Inhaberin des Zeitungsstandes eine überzeugte Bolschewistin« gewesen sei.[1] In einem Fall lässt sich nachweisen, dass die KgU an den Planungen zur Tötung eines SED-Funktionärs beteiligt war: Das vorgesehene Opfer war 1941 zur Roten Armee übergelaufen und hatte als Partisan gekämpft. Nach 1945 machte er in Calbe/S. Karriere. Der Leiter der dort agierenden KgU-Gruppe »Pauline« war schon 1932 der NSDAP beigetreten. Er wollte nach Absprache mit dem KgU-V-Mann-Führer »Rux«, der seit 1931 der NSDAP und 1932 der SS angehört hatte, einen Giftanschlag ausführen. Bevor er zur Tat schreiten konnte, wurde er enttarnt und von den Sowjets hingerichtet.

Solche Aktionsformen waren nicht die Regel, sondern die Ausnahme. 1952 stellte die Organisation die meisten militanten Aktionen ein. KgU-Mitarbeiter wurden in der DDR erbarmungslos verfolgt. Etwa 1100 Menschen wurden wegen angeblicher oder tatsächlicher KgU-Kooperation abgeurteilt. Mindestens 108, möglicherweise 143, wurden hingerichtet. Bei einem Großteil davon ist nichts über einen braunen Hintergrund bekannt.

Es stellt sich die Frage, wer hinter der KgU steckte. Eine einfache Antwort ist kaum möglich: Öffentlich wahrgenommen wurden vor allem ihre Leiter Rainer Hildebrandt (1948–1950/51) und Ernst Tillich (1950/51–1958). Beide waren in NS-Haft gewesen. Hildebrandt hatte Kontakte zum Kreis der Hitlerattentäter von 1944. Tillich gehörte zur Bekennenden Kirche, was ihn mehr als zwei Jahre nach Sachsenhausen brachte. Die beiden Leiter waren aber keinesfalls repräsentativ für die KgU. Im Gegenteil, gerade in der Gründungsriege finden sich etliche, die keine Integrationsprobleme im NS-Staat gehabt hatten. In der Frühzeit kamen in der KgU u.a. mehr als ein Dutzend Adeliger zusammen, überwiegend mit baltendeutschem Hintergrund. Wir finden vormalige Freikorpskämpfer, Abwehrleute, aber auch Männer aus dem Goebbelsministerium oder dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA). Dieser Befund unterscheidet die KgU kaum vom BND, dem BKA oder anderen Behörden. Eine Differenz bestand lediglich darin, dass die KgU zwar eng mit westdeutschen Ämtern kooperierte, jedoch stets ein privater und überwiegend US-finanzier-

1| KgU-Bericht 24.9.1951; BArch B 289 SA 500/18/52, Bl. 17.

2| Vgl. Personalakt B. v. Richthofen; BArch (ehem. BDC) DS A 55.

3| Vgl. B. v. Richthofen, Kriegsschuld 1939 - 1941: der Schuldanteil der anderen, Vaterstetten 1968 (Das Buch wurde über das Jahr 2000 hinaus immer wieder aufgelegt.)

4| Vgl. Personalakt E. v. Sivers; BArch SSO (ehem. BDC) 139 B.

5| Vgl. J. Hürter, Hitlers Heerführer: die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42, München 20072, S. 537.

6| Franziska Bruder, Kollaboration oder Widerstand?: die ukrainischen Nationalisten während des Zweiten

ter Verein blieb. Ende 1950 sagte der West-Berliner Polizeipräsident Stumm (SPD) mit Blick auf die KgU, »dass sich in bestimmten westlichen Kreisen, die sich vielfach aus alten belasteten Nationalsozialisten rekrutierten, so etwas wie eine neue Feme-Organisation aufbaut«. Ministerien und der West-Berliner Senat stellten 1952 ihre Zuwendungen ein, weil die KgU zu militant agierte. Im selben Jahr wurde Tillich aus der SPD ausgeschlossen.

Konstitutive Elemente der KgU-Weltsicht waren eine Kombination aus identifizierender Totalitarismustheorie, die sich auf die Formel »rot = braun« reduzieren lässt, mit einem scharfen Antikommunismus, der auch Anhänger eines NS-geprägten Antibolschewismus ansprechen konnte. Es ist hier nicht der Ort, auf alle KgU-Mitarbeiter mit braunem Vorleben einzugehen. Es soll nur auf symptomatische Fälle verwiesen sein. Am dichtesten war die Ballung von vormaligen Nazis nicht in der Berliner Zentrale, sondern in der Göttinger Filiale, dem Kampfbund gegen Unmenschlichkeit (KBU). 1950 hatte dort der aus Pommern geflüchtete Gutsbesitzer Erich v. Neindorff den Vorstandsvorsitz inne, der 1921 bis 1923 dem Völkischen Schutz- und Trutzbund sowie diversen daraus hervorgegangenen Nachfolgegruppen angehört hatte, ehe er am 1. August 1930 in die NSDAP eintrat. 1931 bis 1933 saß v. Neindorff für die Nazipartei im Preußischen Landtag und von 1933 bis 1936 im Reichstag.

Zur selben Zeit war Bolko v. Richthofen bei der KgU. Der vormalige Königsberger Ordinarius für Frühgeschichte hatte sich nach dem I. Weltkrieg einem Freikorps angeschlossen.[2] Schon in den 1920er Jahren engagierte er sich im NS-»Kampfbund für deutsche Kultur«, der für einen antisemitisch-völkischen Kulturbegriff eintrat. Im Krieg setzte er sich für die Aufstellung einer großrussischen »Befreiungsarmee« unter Führung des übergelaufenen Sowjetgenerals Wlassow ein. Für die KgU verfasste er 1950 ein »Weißbuch« über die Speziallager, das jedoch vom Verlag abgelehnt wurde. Nach seinem Ausscheiden unterstützte v. Richthofen die NPD und verbreitete die These, dass der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941 lediglich einem geplanten Angriff durch die Rote Armee zuvorgekommen sei.[3]

KgU-Gründungsmitglied Erich v. Sivers, ein Gutsbesitzersohn, gehörte 1918 bis 1920 zu einem Freikorps. Im September 1941 wurde er im Rang eines Sturmbannführers nach Riga versetzt zum Stab des Höheren SS- und Polizeiführers (HSSPF) Russland-Nord, Hans-Adolf Prützmann, in dessen Umfeld er drei Jahre blieb.[4] Prützmann ging alsbald als HSSPF Russland-Süd nach Kiew. In seinem Stab war v. Sivers u.a. Fachführer der Fachgruppe »SS- und Polizeiwesen«. Prützmann war an führender Stelle an der Judenvernichtung beteiligt, koordinierte in seinem Zuständigkeitsbereich die Tätigkeit von SS-Einsatzgruppen und anderen SS- und Polizeikräften beim Massenmord.[5] 1944 sich befand v. Sivers bei der SS-Polizeieinheit »Kampfgruppe Prützmann«, die gemeinsam mit ukrainischen Nationalisten zur »Bandenbekämpfung«, d.h. dem Einsatz gegen Partisanen und Zivilbevölkerung[6], eingesetzt war. Als Prützmann im September 1944 Chef des »Werwolf« wurde, ging v. Sivers in die »Leitstelle Russland« des SS-Hauptamtes. Dort wurden die Bemühungen der SS zum Aufbau der Wlassow-Armee koordiniert. Nach dem Krieg brannte v. Sivers seine SS-Blutgruppentätowierung aus und tauchte einige Zeit unter. Bei der KgU bestand seine vorrangige Aufgabe darin, bei Ministerien, der Industrie und Geschäftsleuten Spenden einzuwerben. Er soll aufgrund seines kultivierten Auftretens recht erfolgreich gewesen sein.

Weiter fanden sich bei der KgU Männer wie »Dr. Urban« aus dem RSHA, der 1949/50 die Zentralkartei aufbaute. Die sensible Kartei leitete in den folgenden Jahren »Gabler«, NSDAP-Mitglied seit dem 1. November

→

Weltkrieges, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Bd. 53, Nr. 1 (2006), S. 35f.

7| Wolfgang Curilla, Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrussland: 1941 - 1944, Paderborn 2006, S. 618.

8| Vgl. Jens Mecklenburg (Hg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 152f., 313ff. und 408f.

BStU
000111

Handlanger des SfS !
Du dienst einem unmenschlichen System u.
verrätst Deine deutschen Schwestern und
Brüder nur weil sie das Rückgrat hatten
in irgendeiner Form Front gegen den bol-
schewistischen Terror zu machen.Unser
Wissen zwingt uns stets um Dich zu sein,
damit Du am Tage der Rechenschaftslegung
vor dem gesamten deutschen Volk sofort
greifbar bist.Es hat wenig Zweck sich hin
ter Pseudonymen u.konspirativen Räumen zu
verbergen.Nicht nur der Wachsamkeit unse-
rer Mitarbeiter,sondern auch einem beacht
lichen Kreis von GI's verdanken wir es,
daß schmutzige Handlungen in jeder Ein-
zelheit Eurem Schuldkonto zugeschrieben
werden können.
Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit

→ 1929. KgU-Mann »Kirstein«, seit August 1932 Parteimitglied, hatte im »Generalreferat Ostraum« des Propagandaministeriums unter Eberhard Taubert gearbeitet, dessen Zuständigkeitsbereich »Aktivpropaganda gegen Juden« hieß. »Kirstein« leitete hier ein Referat für Flugblattpropaganda in den besetzten Ostgebieten. 1945 wurde er in Sachsenhausen interniert. Nach der Entlassung 1950 fand er eine Anstellung bei der KgU, ehe er für andere antikommunistische Organisationen arbeitete. Berend v. Nottbeck, der später den Kölner Verlag »Wissenschaft und Politik« betrieb, arbeitete 1950 ebenfalls bei der KgU. Er war seit September 1939 Referent im RSHA gewesen. Später kam er zur SS-Standarte »Kurt Eggers«, einer Einheit, die führend an der psychologischen Kampfführung mittels »Zersetzungspropaganda« beteiligt war. Hermann v. Hirschheydt, der »Außenminister der KgU«, hatte bei der Propagandakompanie 666 gedient, ehe er 1943 zur Kosaken-Division des Helmuth von Pannwitz gewechselt war.

Ähnliche Beobachtungen lassen sich auch bei den KgU-V-Leuten machen, von denen es mehrere Hundert gab. Zum lebensgeschichtlichen Hintergrund der meisten lässt sich zwar wenig sagen. Unzweifelhaft ist aber, dass die KgU kaum Berührungsängste mit Nazis und NS-Tätern hatte. Es finden sich zwar bei der Organisation auch viele Unbelastete, etwa Jugendliche, die nur Flugblätter verteilten. Doch zumindest bei einer starken Minorität sind problematische Vorleben erkennbar. Zum Beispiel bei »Gerber«, der 1933 bis 1945 der NSDAP und SA angehört hatte. Später gehörte er zum Polizeibataillon 320, einer Mordeinheit, die »maßgeblich an der Vernichtung der ukrainischen Juden« beteiligt war.[7] Es ließen sich zudem mindestens zwei vormalige KZ-Wärter identifizieren; namentlich bekannt sind etwa 40 SS-Männer (z.B. »Rendsdorf«, der ab 1934 der Leibstandarte Adolf Hitler angehörte, später für den SD tätig war); von 30 KgU-V-Leuten war zu ermitteln, dass sie vor 1933 der NSDAP oder einer anderen NS-Organisation angehört haben (etwa »Kant«, der seit 1931 aktiver Nazi und seit 1932 in der SS war).

Einzelne Personen aus dem KgU-Umfeld tauchten nach der Auflösung der Organisation 1959 bei rechtsradikalen Gruppen wieder auf, z.B. Wolfgang Strauß, der als »Vogel« einer Schweriner Oberschülergruppe angehörte, die 1950 wegen KgU-Verbindung verhaftet wurde. Strauß spielte in den 1960er und 1970er Jahren eine herausgehobene Rolle bei der Neuen Rechten. Zeitweise war er zweiter Vorsitzender der 1962 gegründeten »Unabhängigen Arbeiterpartei« (UAP) und stand deren Jugendverband vor. Zu Hochzeiten hatte die nationalrevolutionäre Partei 2.000 Mitglieder und versuchte sich als Gegengewicht zur NPD zu etablieren. Nach seinem Scheitern, sich als Führungsfigur der Neuen Rechten zu etablieren, ging Strauß in die NPD.[8]

Dennoch: die KgU als braune Organisation zu beschreiben, wird dem Problem nicht gerecht, auch wenn sich veritable braune Flecken finden lassen. Die starke US-Komponente und der Kontext des Kalten Krieges gaben der Organisation einen eigentümlichen Charakter. Sie bezog sich beispielsweise positiv auf das Hitlerattentat vom Juli 1944, in den 1950er Jahren eine sicherlich nicht für jeden Deutschen konsensfähige Haltung. Doch solche Punkte nahmen sich neben dem eigentlichen Programm dürftig aus. Das hieß Antikommunismus. Dieser machte die KgU anschlussfähig für bürgerliche Demokraten, aber auch für Nazis. ■

Vor 30 Jahren: »Eine Nation ist betroffen«

Die Bedeutung der Fernsehserie »Holocaust« für die Erinnerungskultur der Bundesrepublik

Am Abend des 22. Januar 1979 explodierte ein Sprengsatz an einer Richtfunkstelle in der Nähe von Münster. Eine weitere Bombe detonierte bei Koblenz und zerstörte auch dort Sendeanlagen. Zu den Anschlägen bekannte sich eine »Internationale Revolutionärer Nationalisten«. Die Sprengsätze richteten erheblichen Schaden an. Hunderttausende waren zeitweise vom Fernsehempfang abgeschnitten. An jenem Abend sollte in den Dritten Programmen der ARD die erste Folge der vierteiligen US-amerikanischen Serie »Holocaust« gesendet werden.

Die Anschläge stellten den Höhepunkt der auf breiter Ebene geführten Kontroversen um die Ausstrahlung von »Holocaust« dar. Jedoch konnten auch terroristische Aktionen nicht verhindern, dass die Serie Einschaltquoten von bis zu 40 Prozent erzielte. »Eine Nation ist betroffen« lautete der Titel eines im Fischer-Taschenbuch-Verlag erschienen Bandes, der die Diskussionen um »Holocaust« dokumentierte und die oftmals emotionalen Resonanzen auf die Serie paradigmatisch zu fassen versuchte.

30 Jahre nach der Erstausstrahlung kann »Holocaust« als eine erinnerungskulturelle Zäsur in der Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik bezeichnet werden.

Die Serie gab dem Massenmord an den europäischen Juden einen Namen und trug dazu bei, den »Zivilisationsbruch« (Dan Diner) im kulturellen Gedächtnis (nicht nur) der Bundesrepublik zu verankern. Diese Feststellung bedeutet nicht, dass Schuldabwehr und Versuche die NS-Vergangenheit zu relativieren in Deutschland seither keine Rolle mehr spielten. Die Beobachtung allerdings, dass sich diese Vorstöße bisweilen zu internationalen Skandalen entwickelten, ist auch auf die Folgewirkungen von »Holocaust« zurückzuführen.

»Seifenoper« oder historische Aufklärung?

Indes erscheinen die schon früh von Ellie Wiesel gegen die Serie erhobenen Einwände im Hinblick auf neuere Film- und Fernsehproduktionen zur NS-Zeit nach wie vor aktuell. Die Konfliktlinien entzünden sich an der Frage, ob es pädagogisch und moralisch angemessen sei, den Massenmord, wie in »Holocaust«, mit den ästhetischen Mitteln des Films »fühlbar« (Steven Spielberg) und somit komensurabel zu machen.

Diese Kontroversen brachen bereits anlässlich der Ausstrahlung von »Holocaust« in den USA im April 1978 auf. Wiesel kritisierte die Serie als »Seifenoper« und bezeichnete sie als »eine Beleidigung für die, die umkamen und für die, die überlebten«. Tatsächlich war »Holocaust« maßgeblich aus kommerziellen Erwägungen vom Fernsehsender NBC produziert worden.

Im Mittelpunkt des Plots stehen die miteinander verschränkten Geschichten zweier fiktiver Familien, anhand derer die nationalsozialistische Ausgrenzungs- und Vernichtungspolitik erzählt wird. Während die jüdische Familie Weiss alle Radikalisierungen des NS-Terrors, angefangen bei der Entrechtung durch die Nürnberger Rassegesetze im Jahr 1935, über die Pogromnacht vom November 1938 bis →

hin zur Deportation ins Warschauer Ghetto und der Ermordung in Auschwitz durchleidet, steht die nicht-jüdische Familie Dorf auf der anderen Seite. Aus ihr stammt in Gestalt des SS-Offiziers Erik Dorf, ein maßgeblicher Akteur des Massenmordes.

Trotz der Vorbehalte Wiesels avancierte »Holocaust« in den USA zu einem Publikumserfolg. Insgesamt verfolgten rund 120 Millionen Zuschauer die Serie. Bereits im Herbst 1978 wurde »Holocaust« in verschiedenen europäischen Ländern und in Israel ausgestrahlt. Die kontroversesten Reaktionen löste »Holocaust« jedoch in der Bundesrepublik aus.

Im Sommer 1978 hatte der WDR für 1,2 Millionen DM die Senderechte erworben. Die Absicht »Holocaust« im Programm der ARD zu zeigen, scheiterte jedoch am Widerspruch einzelner Rundfunkanstalten. Vor allem der Bayerische Rundfunk lehnte eine gemeinsame Ausstrahlung ab. Diese Haltung wurde mit der angeblich dürftigen Qualität der Serie und dem Hinweis begründet, dass »Schund« keine geeignete Darstellungsform des nationalsozialistischen Judenmords sei.

Neben der vermeintlichen Sorge, um den angemessenen medialen Umgang mit den NS-Verbrechen, schwangen in diesen Äußerungen auch antiamerikanische Ressentiments mit, die den Produzenten »Geschäftemacherei« (Franz Josef Strauß) unterstellten. Der Filmemacher Edgar Reitz, beklagte etwa, dass die amerikanische »Kommerzästhetik« den Deutschen ihre »Geschichte weggenommen« habe. Ferner dürften in den Auseinandersetzungen Machtkämpfe innerhalb der ARD eine Rolle gespielt haben, ging die Initiative für eine gemeinsame Ausstrahlung von »Holocaust« doch vom WDR aus, den vor allem die Bayrische Staatsregierung als »Rotfunk« zu diskreditieren versuchte.

Immerhin verständigten sich die Rundfunkanstalten darauf, die Serie, zwischen dem 22. und 26. Januar 1979 jeweils um 21.00 Uhr in den Dritten Programmen zu zeigen und durch ein umfangreiches Begleitprogramm zu flankieren.

Erschütterungen in der »Verschwörung des Schweigens«

Der Erfolg von »Holocaust« war immens: Die Einschaltquoten stiegen bis zur vierten Folge auf 41 Prozent. Insgesamt hatten mehr als 20 Millionen Menschen in der Bundesrepublik die Sendungen mitverfolgt. Aggressiv-ablehnende Reaktionen blieben freilich nicht aus. So reklamierte etwa die Schüler Union Bayern, dass »Holocaust« als einseitiges Schuldbekenntnis der deutschen Jugend nicht zumuten sei und forderte eine entsprechende Serie über Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten.

Allerdings reagierte der überwiegende Teil des Fernsehpublikums erstaunlich aufgeschlossen. Fast zwei Drittel der Zuschauer zeigten sich durch »Holocaust« erschüttert. Zwei Fünftel räumten ein, »Scham« über die NS-Verbrechen zu empfinden. Die über Jahrzehnte andauernde »Verschwörung des Schweigens« (Alexander Ginsburg) hatte durch die Serie eine erkennbare Erschütterung erfahren. Die Rundfunkanstalten registrierten innerhalb weniger Tage ca. 30.000 Anrufer, die ihre Kommentare und Befindlichkeiten zum Ausdruck bringen wollten.

In den Diskussionen um die Serie vollzog sich eine Bündelung verschiedener geschichts- und vergangenheitspolitischer Entwicklungslinien. Erstens war seit den frühen 1970er Jahren eine zunehmende Medialisierung der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik zu beobachten, die jedoch kaum eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus anstieß, sondern vor allem auf die Figur Adolf Hitlers fokussierte. Diese fand ihren Ausdruck in zahlreichen auflagenstarken personalisierenden Darstellungen des »Dritten Reichs«, etwa in Joachim C. Fests »Hitler. Eine Biografie« (1973), Werner Masers »Adolf Hitler: Legende – Mythos – Wirklichkeit« (1971) oder auch David Irvings »Hitler und seine Feldherren« (1975). Inhaltlich bewegten sich die Veröffentlichungen zumeist in der Grauzone zwischen haltlosen psychologisierenden Deutungen, erkennbarer Faszination und offener Apologie.

Zweitens waren die 1970er Jahre weiterhin von personellen und juristischen Hypotheken der NS-Zeit geprägt. Im August 1978 musste etwa der baden-württembergische Ministerpräsident Hans Karl Filbinger (CDU) zurücktreten, nachdem der Schriftsteller Rolf Hochhuth dessen Vergan-

genheit als NS-Marinerichter bekannt gemacht hatte. Die Kontroverse um den »furchtbaren Juristen« (Hochhuth) trug zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit in den Monaten vor der Ausstrahlung von »Holocaust« ebenso bei, wie der in Düsseldorf seit November 1975 stattfindende Majdanek-Prozess, in dem gegen 15 ehemalige Mitglieder der SS-Wachmannschaft des Vernichtungslagers verhandelt wurde. An diesem Beispiel lässt sich zeigen, wie die Wahrnehmung des Prozesses mit dem Erfolg der Serie verknüpft war. Erst nach »Holocaust« avancierte das Verfahren zu einem Medienereignis. In Folge der Sendung besuchten dutzende von Schulklassen den Prozess.

Gerade die Praxis, Schülern die Dimensionen der NS-Verbrechen durch die »Aura das Authentischen« zu vermitteln, verweist auf einen dritten Aspekt, der die geschichtskulturellen Diskurse seit Mitte der 1970er Jahre kennzeichnete: die Klage über die vor allem unter Jugendlichen konstatierten Wissensdefizite zur Geschichte des Nationalsozialismus.

Viertens hatte auch das Auftreten militanter Neonazis Auswirkungen auf die Erinnerungskultur der 1970er Jahre. Die Versuche von Gruppierungen wie der NSDAP/AO oder der »Aktionsfront Nationaler Sozialisten« (ANS), durch gezielte Provokationen die Verwendung nationalsozialistischer Symbole und Ausdrucksformen im öffentlichen Raum zu enttabuisieren, hinterließen nicht selten Ratlosigkeit. Besonders die von Neonazis in Pamphleten wie »Die Auschwitz-Lüge« (1973) verbreitete und in spektakulären Straßenaktionen propagierte Leugnung der Shoa sorgte teilweise für erhebliche Verunsicherung.

Diese resultierte auch aus dem Umstand, dass seit dem Ende der 1950er Jahre die Abläufe der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zwar bekannt waren, eine systematische Holocaust-Forschung aber im deutschsprachigen Raum in den 1970er Jahren schlechterdings nicht existierte. Die von extrem rechten Gruppen betriebene Leugnung der Shoa, verwies somit auf die Notwendigkeit einer breiteren wissenschaftlich-pädagogischen Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen.

Erinnerungskulturelle Umbrüche

Welche Folgewirkungen zog die Serie nach sich? Kurzfristig beeinflusste die öffentliche Sensibilisierung für die als unbewältigt empfundene NS-Vergangenheit die Debatten um die Aufhebung der Verjährungsfrist für Mord, die der Bundestag im Sommer 1979 beschloss, die eine juristische Ahndung von NS-Verbrechen weiterhin ermöglichte.

Mittel- und langfristig rückte die Shoa ins Zentrum der Deutungen und Forschungen zum Nationalsozialismus. Hier korrespondierte die von einer kommerziellen Produktion angestoßene Entwicklung, mit Ansätzen einer kritischen »Geschichte von unten«, die nach dem Motto »Grabe, wo du stehst« (Sven Lindquist) die vielfach verschütteten Spuren der NS-Vergangenheit in lokalen Kontexten freizulegen begann. Nicht zuletzt diese Geschichtsinitiativen waren es, die dazu beigetragen haben, ein genaueres Bild von »Tätern, Opfern und Zuschauern« (Raul Hilberg) in der NS-Zeit zu zeichnen. ■

70 Jahre Hitler-Stalin-Pakt

Eine »mit Blut besiegelte Freundschaft der Völker« (Josef Stalin)[1]

Die gemeinsamen Paraden, die im September 1940 im polnischen Lwow und Brest-Litowsk von Wehrmacht und Roter Armee durchgeführt wurden, krönten ihr gemeinsames Werk: die Beseitigung des polnischen Staates. In der Sowjetunion blieben die Photographien dieser Aufzüge unter Verschluss, vermutlich hätten sie die Bevölkerung zu sehr irritiert. Um mögliche Irritationen zukünftig zu vermeiden vollzog das »Vaterland der Werktätigen« eine außen- wie kulturpolitische 180-Grad-Wende. Bibliotheken wurden von antifaschistischen Büchern gesäubert und selbst das Adjektiv antifaschistisch verschwand aus der Tagespresse. Damit nicht genug, einer der prominentesten Regisseure der Sowjetunion, Sergej Eisenstein, wurde angewiesen im Moskauer Bolshoi-Theater Opern des deutschen Antisemiten Richard Wagner zu inszenieren. Symbolträchtiger konnte eine politische Kurs-Korrektur kaum vollzogen werden.

Oliver Schmitt

Der Autor veröffentlichte mit Sandra Westenberger in: Götz Aly (Hg.): Volkesstimme. Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus, Frankfurt 2006.

International gerieten KommunistInnen nach Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes (23. August 1939) in Erklärungsnot, galt doch eine starke Sowjetunion bisher als Garant der Eindämmung des deutschen Expansionsstrebens.

Die Apologeten des Vertragschlusses argumentierten, im August 1939 hätte die Sowjetunion gar keine andere Wahl gehabt als einen Ausgleich mit Deutschland zu suchen. Der Versuch eine Politik der kollektiven Sicherheit zu etablieren, also ein Bündnis zwischen den Westmächten und der Sowjetunion zu schaffen, sei aufgrund der ablehnenden bzw. herauszögernden Haltung Frankreichs und Großbritanniens gescheitert.

Um, wie Stalin sich ausdrückte, zu verhindern, dass die Sowjetunion »alleine die Kastanien aus dem Feuer zu holen«[2] habe , sei der Abschluss dieses Vertrages nicht nur gerechtfertigt, sondern, da er der Sowjetunion weitere 22 Monate den Frieden sicherte und die Grenze 300 Kilometer nach Westen verschob, ein Beispiel der Hellsichtigkeit der sowjetischen Führung.

»Zeit« und »Raum« seien also gewonnen worden und die Sowjetunion nutze diese Zeit zur forcierten Aufrüstung, um auf den drohenden faschistischen Überfall angemessen reagieren zu können.

Zweifellos profitierten beide Unterzeichner vom Vertragsabschluss. Doch welcher der beiden Akteure ist als Hauptnutznießer zu betrachten, d.h. der realpolitischen Logik der Großmächte folgend: Änderte sich das Kräfteverhältnis zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich zwischen 1939–1941 zu Gunsten oder zu Ungunsten der Sowjetunion? Die Entwicklung des Kräfteverhältnisses kann am Ausmaß der territorialen Expansion der Sowjetunion und des Deutschen Reiches, sowie der Quantität und Qualität der Aufrüstungsmaßnahmen, betrachtet werden. Der angerichtete politische Flurschaden bleibt hierbei bis heute außen vor.

Werfen wir also einen kurzen Blick auf die Zahlen der Truppenstärke:

Im Juni 1941 standen an der Ostfront insgesamt 3,2 Millionen deutscher Soldaten unter Waffen, von insgesamt 3,8 Millionen, während die Sowjetunion insgesamt 4,7 Millionen Menschen unter Waffen hatte, davon allerdings lediglich 2,5 Millionen in den, vom deutschen Überfall betroffenen westlichen Provinzen, während Deutschland nach dem Sieg über Frankreich nur noch sehr geringe Kräfte im Westen zurückhalten musste.[3] Zwar produzierte die Sowjetunion bereits die ersten 1000 Einheiten des hochmodernen T34-Panzers oder erste Flugzeuge – die Piloten hatten allerdings erst wenige Flugstunden absolvieren können und waren deshalb zu Kriegsbeginn nur in sehr eingeschränktem Maße einsatzbereit – das größte militärische Manko hingegen war selbstverschuldet: Als 1937 die Führungsspitze der Roten Armee liquidiert wurde, war die

1| »Die mit Blut besiegelte Freundschaft der Völker Deutschlands und der Sowjetunion hat alle Grundlagen um dauerhaft und fest zu sein« schrieb Josef Stalin in einem Dankestelegramm an den Nazi-Außenminister Ribbentropp, der vorher seine herzlichen Glückwünsche zu Stalins 60. Geburtstag übermittelte.

2| Vgl. Gabriel Gorodetsky, Die große Täuschung, S.23.

3| Vgl. u.a. Andreas Hillgruber, Hitlers Strategie, S. 947.

4| Andreas Hillgruber, Hitlers Strategie, S.31.

5| Angaben nach: Manfred Zeidler, Deutsch-sowjetische Wirtschaftbeziehungen im Zeichen des Hitler-Stalin-Paktes, S. 93.

6| Vgl. Manfred Zeidler, Deutsch-sowjetische Wirtschaftbeziehungen, S. 105f..

[1] Abschluss des Nichtangriffspaktes am 23. August 1939. Von links nach rechts: Hintergrund: Richard Schulze (Ribbentrops Adjutant), Boris Schaposchnikow (Generalstabschef der Roten Armee), Joachim von Ribbentrop, Josef Stalin, Vladimir Pavlov (sowjetischer Übersetzer); Vordergrund: Gustav Hilger (deutscher Übersetzer) und Wjatscheslaw Molotow

Armee enthauptet und durch Menschen ersetzt, deren Qualifikationen primär darin bestanden, dass sie mit Josef Stalin schon seit der Bürgerkriegszeit bekannt waren, so z.B. General Budjonny, der die mechanisierten Verbände der Roten Armee auflösen lies und – im Zeitalter der Panzerwaffe und des Jagdfliegers-sich den Glauben an die Effizienz berittener Einheiten bewahrte. Erst als die Erfolge der Wehrmacht, wie auch die hohen sowjetischen Verluste des finnischen Krieges analysiert wurden, trat die Führung der Roten Armee wieder in Verbindung zur Realität - viel zu spät.

Die territorialen Gewinne, welche die Sowjetunion in Folge des geheimen Zusatzabkommens erwarb, eine Gesamtfläche, die ungefähr der Frankreichs entspricht, stehen in keinem Verhältnis zur zeitgleichen deutschen Expansion. Dies ermöglichte es dem Deutschen Reich auf die Kriegsindustrie Frankreichs sowie auf nicht unerhebliche Rohstoffreserven zurückzugreifen.

Im Zeitraum von 1939–41 gelang es dem Deutschen Reich auf militärischem Wege eine europäische Einigung unter deutscher Vorherrschaft zu erzwingen und damit eine bessere Ausgangsbasis für die anstehende Zerschlagung der Sowjetunion zu schaffen.

Wie bedeutend der sowjetische Beitrag zur Erstarkung des nationalsozialistischen Deutschland war, können die Wirtschaftslieferungen gut illustrieren: Während die britische Seeblockade zu greifen begann, musste ein neuer Wirtschaftspartner in die Bresche springen, da die »Auslandsabhängigkeit Deutschlands zur Zeit des Kriegsbeginns bei Kautschuk 80%, Mineralöl 65%, Nickel 95%, Zinn 90%, Kupfer 70%, Blei 50% und Zink 25%.« lag.[4] Die Bedeutung von Mineralöl und Kautschuk für die moderne Kriegswirtschaft kann kaum überschätzt werden. Bei Chrom, welches zur Produktion von Panzerstahl notwendig ist, war Deutschland zu 100% von Importen abhängig. Das »Deutsche Reich« verfügte nur über Chromreserven welche nach Kriegsbeginn innerhalb von acht Monaten aufgebraucht worden wären.[5] Zwischen Juli und September 1940 kam jede vierte Ware, welche das »Deutsche Reich« importierte entweder aus der Sowjetunion oder aus dem Transithandel über das sowjetische Eisenbahnnetz zu ihnen.[6] Die Sowjetunion unterstütze Deutschland in der Hoffnung es würde in einen längeren Krieg mit den Westmächten verwickelt und die Sowjetunion hätte ausreichend Zeit um sich zu Rüsten. Die Blitzsiege der Wehrmacht machten diese Hoffnung zunichte. Von einer Alternativlosigkeit der deutsch-sowjetischen Kooperation im Jahre 1939 kann von sowjetischer Seite keine Rede sein kann, ausschlaggebend war eher, dass Deutschland mehr Versprach als die Westmächte.

So sehr am 8. Mai allen Akteuren der Anti-Hitler-Koalition zu danken ist, die Blut, Schweiß und Tränen gaben um Nazi-Deutschland Herr zu werden:

Erst die jahrelange Tolerierung des »3. Reichs« durch die westlichen Mächte (Stichworte wären hier: Aufgabe der Spanischen Republik, Olympiabeteiligung, Zerschlagung der Tschechoslowakei durch das Münchner Abkommen 1938) wie auch der Hitler-Stalin-Pakt ermöglichten es Deutschland zu einem ihm günstigen

Zeitpunkt den Krieg zu beginnen und im besetzten Polen eine radikalere antisemitische Politik zu praktizieren, die der erste Schritt in die Vernichtung war. ■

Ein Garten voller Böcke

Die neue Familienministerin Kristina Köhler

Am Kampf um die Deutungshoheit von Begrifflichkeiten, wie Rechtsextremismus und Antisemitismus, beteiligen sich Konservative sowie Vertreter der »Neuen Rechten«. Ein Bericht aus dem kleinen Grenzverkehr am Beispiel der neuen CDU-Bundesfamilienministerin Kristina Köhler.

Florian Back (Anna-Seghers-Bildungswerk)

Im Februar 2009 hatte auch die israelische Öffentlichkeit die Gelegenheit, Einblick in das Weltbild der Kristina Köhler zu nehmen. Zumindest die Leserschaft der »Jerusalem Post« konnte von der Wiesbadener CDU-Bundestagsabgeordneten und jetzigen Ministerin erfahren, wie es in Deutschland um den Antisemitismus bestellt ist.[1] Die israelischen Leser erfuhren dort nichts von der erneut steigenden Anzahl deutscher Rechtsextremisten[2]; nichts von den 138 von Neonazis Ermordeten seit der deutschen Wiedervereinigung[3]; nichts davon, dass in Deutschland im Schnitt wöchentlich ein jüdischer Friedhof mit rechtsextremen Parolen geschändet oder zerstört wird.[4] Nein, Kristina Köhler hat andere Botschaften und verlässt sich dabei nicht auf Statistiken, sondern auf ihr rechtes Bauchgefühl. Und das sagt ihr vor allem eins: Die Hauptgefahr antisemitischer Bedrohung liegt bei extremen Moslems und antisemitischen Linken. Das Ziel ihres publizistischen Angriffs ist das »Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung« unter der Leitung von Wolfgang Benz. Diese Einrichtung nämlich, so Köhler weiter, nimmt den Antisemitismus von Linken und Moslems nicht ernst genug und kümmere sich nur um die Rechten, die aber gar nicht mehr entscheidend wären. Szenenwechsel: Im deutschen Bundestag findet 2007 eine aktuelle Stunde zum »Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus« statt. Am Rednerpult steht Monika Lazar, Sprecherin der Grünen in Sachen Rechtsextremismus. Sie referiert über die Rechtsextremismusstudien der Friedrich-Ebert-Stiftung »Vom Rand zur Mitte« und die Studienreihe »Deutsche Zustände« des Bielefelder Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung. Beide empirischen Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass rechtsextremistische Wertvorstellungen fest in der »Mitte der Gesellschaft« verankert sind – dort, wo auch der historische Faschismus einst herkam. Diese Rede wird von Kristina Köhler mehrfach unterbrochen. Zuerst pickt sie sich ein Item[5] aus dem Fragebogen der Ebert-Studie »Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland« heraus und fragt theatralisch: »Ist man ein Rechtsextremist, wenn man diese Frage mit ja beantwortet?« Frau Köhler – selbst Soziologin – wird wissen, dass eine sozialempirische Untersuchung selten aus nur einer Frage bzw. einem Item besteht. Wichtig ist es ihr auch anzumerken, dass es ja noch andere wissenschaftliche Meinungen zu dieser Thematik gäbe.[6] Wen sie damit meint, ist nicht so schwer zu erraten: Es sind die Meinungen der beiden Extremismusforscher Eckehard Jesse (Chemnitz) und Uwe Backes (Dresden), geistige und praktische Nachfolger des inzwischen auch bei Neonazis auftretenden Professors Dr. Hans-Hellmuth Knütter, in dessen Schriften die bürgerliche Mitte beschützt werden muss – und zwar vor allem vor Linken, »die den Antifaschismus zum eigenen Überleben nutzen, wie auch die jüdischen Gemeinden in Deutschland«.[7] Artikel wie Bundestagssituation verweisen auf Ähnliches: Kristina Köhlers Ablehnung aller Linken und vor allem dann, wenn diese sich mit Rechten beschäftigen. Sie gefällt sich in der Rolle der rechten Wadenbeißerin – wobei sie oft daneben schnappt, da sie in ihren Argumentationen der ideologischen Geschwätzigkeit meist den Vorlass vor objektiven Zahlen oder sozialwissenschaftlichen Beweisketten gibt. Da kann es auch mal Ärger mit den eigenen Quellen geben. Begeistert und agitiert vom rassistischen Wahlkampf Roland Kochs 2007/2008 zitierte sie aus einer Studie des Kriminologen Christian Pfeiffer, in der angeblich belegt würde, dass ausländische Jugendliche Deutsche angreifen, weil diese deutsch seien. Man hätte es also mit einem deutschenfeindlichen Rassismus zu tun. Daraufhin musste selbst der Wissenschaftler die Kollegin Köhler darauf hinweisen, noch einmal nachzulesen, weil solche Schlussfolgerungen aus seiner Studie nicht abzuleiten wären.[8] Vor einigen Jahren entdeckte sie den Antisemitismus. Nicht in der CDU, in den christlichen Kirchen, in den Vertriebenenverbän-

1| Jerusalem Post, 15.02.09
2| Frankfurter Rundschau 14.12.08; Frankfurter Rundschau 18.3.09
3| www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/chronik-der- gewalt/tod.19.04.09
4| www.amadeuo-antonio-stiftung.de/die-stiftung- aktiv/gegen-as.19.04.09
5| Item – auch Merkmal genannt – ist eine statistische Variable, aus deren Menge bzw. Ausprägung eine Grundgesamtheit gemessen wird.
6| www. Monika-Lazar.de. 20.04.09
7| www.diss-duisburg.de/internetbibliothek/artikel/ anti-antifa.htm. 21.0409.
8| www.daserste.ndr.de/panorama/archiv/2008 vom 18.04.09
9| Wir benutzen den inzwischen etwas überfrachteten Begriff »Neue Rechte« zum einen ausgehend von der

den oder den Schützenvereinen. Nein, sie hat ihn bei Moslems und Linken entdeckt. Unstrittig, dass es Antisemitismus bei einer Vielzahl moslemischer Gruppen gibt und dass es auch in der politischen Linken Formen des Antisemitismus gab und gibt. Dem Vorwurf, dass einige Linke Regime wie das des Irans oder Organisationen wie die Hamas zu wenig oder gar nicht kritisieren, ist absolut zuzustimmen. Gleichzeitig gibt es aber innerhalb der linken Bewegungen seit Jahren eine teils schmerzhafte und erbitterte Auseinandersetzung um die Verortung von Begriffen wie Antizionismus oder die Kritik an der Politik des Staates Israel. Dieses soll hier aber nicht das Thema sein. Sondern die Tatsache, dass sich jetzt Vertreter der »Neuen Rechten«[9] – in deren Dunstkreis man auch eine Kristina Köhler finden kann – daran machen, den Kampf gegen Antisemitismus zu missbrauchen. Dieser Missbrauch besteht primär darin, Antisemitismus zu ideologisieren und ihn damit zu entpolitisieren. Antisemitismus ist in Köhlers Denkart immer ein Problem eines Extremismus, also einer zugespitzten Meinung, den man nur an den Rändern der Gesellschaft findet. Antisemitismus wird nicht mehr in einem Kontext europäischer nationalkonservativer Machtpolitik gesucht. Die Geschichte des modernen Antisemitismus ist aber eine europäische und eine politisch rechte Geschichte, egal ob christlich, konservativ, esoterisch, völkisch oder nationalistisch legitimiert. Auch der widerwärtige Antisemitismus in Teilen der moslemischen Welt ist in der Regel genau dieser recycelte europäische Wahn. »Die Protokolle der Weisen von Zion«, die auf den Zimmern saudischer Hotels liegen, und die Mythen von Kinderblut trinkenden Rabbis im arabischen TV sind in den Köpfen deutscher, russischer und französischer Monarchisten, Nationalisten, Pfarrer und gutbürgerlicher Gelehrter des 19. Jahrhunderts entstanden. Natürlich ist Kristina Köhler kein Neonazi. Regelmäßig spricht sie sich gegen die NPD und andere Stiefelnazis aus. Wenn man sich aber in die Grauzonen am rechten Rand begibt, dort wo die Burschenschaften, CDU- und NPD-Politiker gleichzeitig ausspucken[10], wo die »Junge Freiheit« gelesen und gefördert wird, wo die Salonfaschisten des »Instituts für Staatspolitik« Vorträge halten, dort wird Frau Köhler eher schweigsam. Letztendlich genügen die kontinuierliche Beobachtung des Online-Auftritts von Kristina Köhler[11] und ihr sonstiger politischer Umgang, um die ideologische Konjunkturdeutung von Antisemitismus ihrerseits zu erfassen. Kristina Köhler nennt sich »Expertin« für Islam, Extremismus und Integration der CDU-Bundestagsfraktion. Dass das Wort »Experte« in Politikerkreisen aller Parteien ein völlig entwertetes Zertifikat ist, ist ihr nicht persönlich anzulasten, sondern ist ein in den Medien oft zu beobachtendes Schauspiel, wenn beispielsweise »Finanzexperten« innerhalb weniger Monate zu »Umweltexperten« und wieder zurück mutieren. Köhler macht hier keine Ausnahme, es gibt von ihr auch nach acht Jahren Bundestagszugehörigkeit und Expertendasein keinerlei Veröffentlichungen zum Thema Islam, Extremismus oder Integration, die über eine Pressemitteilung oder Bundestagsrede hinausgeht. Einzige Ausnahme ist eine kurze Buchrezension im Jahrbuch Extremismus der beiden rechtskonservativen »Extremismusforscher« Eckehard Jesse und Uwe Backes aus Sachsen.[12] Deren Thesen sind allerdings das Credo und oft einziger inhaltlicher Hintergrund einer Kristina Köhler. Sie hat nur wenige Themen, schafft es aber trotzdem immer wieder damit in bestimmten Medien zu erscheinen. Zusammengefasst sind ihre Thesen einfach –, und beliebt:

- Linksextremisten unterscheiden sich gar nicht so sehr von Rechtsextremisten.
- Linksextremismus findet sich schon am linken Rand der SPD.
- Rechtsextremismus findet sich aber nie am rechten Rand der CDU.
- Ausländer und vor allem Moslems müssen sich einer »Deutschen Leitkultur« unterordnen.
- Es gibt eine Zunahme von Rassismus gegen Deutsche in Deutschland.

französischen »Nouvelle Droite«, die sich auf Antonio Gramsci bezieht und zunächst eine kulturelle Hegemonie anstrebt, eine Besetzung des vorpolitischen Raums durch Infiltration des medialen und wissenschaftlichen Apparates und zum anderen aber daran anschließende rechtsintellektuelle Zirkel und publizistische Netzwerke in der Grauzone zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus. Zur Übersicht der Begriffsdefinition vgl. Butterwege, Christoph. In: Herbert und Greta Wehner Stiftung (Hrsg.): Diffusionen – Der kleine Grenzverkehr zwischen Neuer Rechter, Mitte und Extremen, Dresden 2007

10| Exemplarisch dafür die rechtsextreme »Dresdensia Rugia« aus Gießen, in der der schulpolitische Sprecher der CDU Hessen Irmer gerne referierte, wie auch eine Anzahl von Mitgliedern der NPD-Landtagsfraktion aus Sachsen. Vergl. u.a. www.wiesbadener-kurier.de/ politik/objekt.php3?artikel-id=179595 vom 18.04.2009

11| www.Kristina-Köhler.de

12| Jahrbuch für Extremismus und Demokratie, Jhrg. 19, 2007

13| Zur Geschichte der Totalitarismustheorie vergl. K.H. Roth: Schlimmer als die Nazis.

14| Vergl. zur Totalitarismustheorie: Butterwege: Erklärungsmodelle für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt, 2004; Wippermann: Totalitarismustheorien, 1997; Stöss/Schuberth: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 2000

→

»Willkommen am Stammtisch der Fünfziger Jahre« möchte man meinen – und in der Tat entpuppt sich Köhler als begeisterte Anhängerin einer schlichten Theorie, die in den Hochzeiten des kalten Krieges sehr populär war, ab den sechziger Jahren verdrängt wurde und seit der Wiedervereinigung ein Comeback feiert: die Totalitarismustheorie.[13] Diese Theorie gilt bei vielen Sozialwissenschaftlern[14] mehr als Ideologie denn als Wissenschaft, da sie unter anderem keiner empirischen Prüfung standhält. Inzwischen ist sie wieder zu einer publizistischen Standardwaffe Konservativer geworden – eignet sie sich doch besonders gut dafür, Rechtsextremismus zu relativieren und letztendlich einen Geschichtsrevisionismus in der öffentlichen Wahrnehmung zu etablieren. Handelte es sich anfangs »nur« um geschichtspolitische Debatten, so gingen diese über die Gedenkstättenpolitik bald allgemein in den Bereich der politischen Bildung über. Dass dieses keine Elfenbeinturmdiskussion mehr ist, kann man daran ablesen, dass es Teilen der »Neuen Rechten« gelungen ist, mit der sogenannten Extremismusforschung eine gewisse Deutungshoheit über Begrifflichkeiten und Definitionen in der Auseinandersetzung um Rechtsextremismus zu bekommen. Vertreter der »Neuen Rechten« wie Eckehard Jesse oder Uwe Backes haben von ihren sächsischen Instituten[15] aus inzwischen Zugriff auf die Bundeszentrale für politische Bildung und halten Tagungen für den sozialwissenschaftlichen Beirat bei mehreren Verfassungsschutzämtern, einigen Landeskriminalämtern und dem BKA. Es ist erstaunlich, wie fast widerstandslos rechte Intellektuelle, die noch vor wenigen Jahren in Publikationen schrieben, die vom Verfassungsschutz beobachtet wurden, inzwischen selbst bei den Sicherheitsorganen ein und aus gehen.[16] Dass Jesse und Backes 2003 sogar als Experten des Bundesverfassungsgerichts für die Beratung über das NPD-Verbot bestellt wurden, veranlasste auch die Süddeutsche Zeitung zu der Bemerkung, dass hier der Bock zum Gärtner gemacht würde.[17] Wie der Stichwortgeber der europäischen »Neuen Rechten«, Alain de Benoist, einst die Herausbildung einer rechten Kulturhegemonie über die schrittweise Infiltration eines wissenschaftlichen und medialen Apparates beschwor, so lassen sich solche Tendenzen und publizistischen Netzwerke heute recht deutlich im medialen Kampf gegen alles was links ist oder scheint, erkennen. Kristina Köhler scheint Teil eines solchen Netzwerkes zu sein. Das Muster der Kampagnen ist immer ähnlich. Die Angegriffenen sind meist Vertreter der Linkspartei, des sogenannten linken Flügels der SPD oder auch einzelne Vertreter der Grünen. Die Kampagne beginnt oft in der rechten Wochenzeitschrift »Junge Freiheit«. In der dortigen Rubrik »Blick nach Links« werden Sozialwissenschaftler wie Christoph Butterwege oder Politiker der Linkspartei wie Ulla Jelpke als »Linksextremisten« diffamiert. 2007 war dann die frisch gewählte Juso-Bundesvorsitzende Franziska Drohsel an der Reihe. Dass die SPD-Jungpolitikerin sich auch in der linken Gefangenenhilfsorganisation »Rote Hilfe« engagierte, wurde zuerst im rechtsradikalen Milieu hochgekocht, um dann über konservative Blätter wie »Die Welt« oder »Focus« in die Mainstream-Medien transferiert zu werden. Kristina Köhler scheint genau hier eine gewisse Funktion zu haben, nämlich »schmutzige« Informationen mit ihrer Reputation weiß zu waschen. Sie macht rechtsradikale Diskurse Mainstream-tauglich: Die Interviewpartnerin ersetzt als »seriöse« Quelle die rechtsradikalen Wurzeln der Aussage. Ähnliche Versuche – in der »Jungen Freiheit« aber mit weniger Erfolg beschieden – gab es auch mit der SPD-Politikerin Ute Vogt, Mitherausgeberin des sozialdemokratischen Informationsblattes »Blick nach Rechts«, als diese ein Buch über die Zeitung »Junge Freiheit« selbst, mitherausgab. Genauso betroffen die bereits erwähnte bundespolitische Sprecherin der Grünen zum Thema Rechtsextremismus, Monika Lazar. In diesem Zusammenhang sind es immer wieder dieselben Namen, die auftauchen. Besonders die Schreiber der »Jungen Freiheit« und bestimmte Journalisten von der »Welt« bzw. vom »Focus« scheinen gerne mal voneinander abzuschreiben.[18] Diese Hetzkampagnen beziehen sich wiederum auf die Extremismusgebilde von Jesse und Backes, die gebetsmühlenartig weiter verkünden, dass der »Kampf gegen Rechts« übertrieben sei und die größere Gefahr von Links drohe. Relativ neu ist die Ergriffenheit, die Kristina Köhler beim Thema Antisemitismus befällt. Mit tiefer Sorge beobachtet sie einen »neuen« Antisemitismus bei der Linkspartei, getarnt als Antizionismus. Dies ist für sie so unerträglich, dass sie – medienwirksam – eine gemeinsame Erklärung der Bundestagsfraktionen mit den Vertretern der Linkspartei gegen Antisemitismus verhinderte. Dieses ideologische Medienspektakel veranstaltete sie ausgerechnet zusammen mit dem CSU-Politiker Hans-Peter Uhl, jenem Konservativen, der noch während der Diskussion im Jahre 2000 über die Entschädigungszahlungen an jüdische Zwangsarbeiter, diese von Entschädigungszahlungen an deutsche Zwangsarbeiter in sowjetischen Kriegsgefangenenlager abhängig machen wollte, wie er in einem Aufsatz in dem konservativen Blatt »Epoche« schrieb.[19] Schaut man sich die Stellungnahmen und Presseerklärungen der Expertin für Islam und Extremismus auf der Homepage von Kristina Köhler an, so erkennt man die Heuchelei und den offenen Missbrauch von Antisemitismusvorwürfen als Politikerin des rechten Randes nicht unbedingt daran, was sie schreibt, sondern daran, was sie nicht schreibt. Während sie sogar noch in Duisburg Linkenpolitiker auf

15| Eckehard Jesse leitet das von der Hans Seidel- Stiftung finanzierte Institut zur Extremismusforschung an der TU in Chemnitz und Uwe Backes das Hannah Arendt-Institut der Uni Dresden. Beide fungieren auch als politische Berater des sächsischen Innenministeriums.

16| Exemplarisch steht dafür die Zeitschrift MUT Zur ihrer Einordnung siehe: Mecklenburg, Jens (Hrsg): Handbuch des deutschen Rechtsextremismus

17| Süddeutsche Zeitung, 05.02.02

18| Vergl. Junge Freiheit, 30.06.08; Junge Freiheit, 17.10.08; Focus, 30.06.08, Nr.27; Welt, 07.08.08; www.npd-blog.info/2007/12/12

19| www.konservativ.de/epoche/145/

20| Viele Menschen, die z.B Sitzblockaden gegen die Nazis durchführten, bekommen in der Regel in vielen Städten Anzeigen wegen »Widerstand gegen die Staatsgewalt«. Diese Fälle wiederum fließen in die Polizeistatistiken unter der Rubrik »Gewalt gegen die Polizei – Politisch motiviert links«. Einen Tag, nachdem in allen deutschen Medien Mitte März 2009 über eine neue Studie des Bundesinnenministeriums diskutiert wurde, wonach jeder siebte Jugendliche ausländerfeindlich ist, veröffentlicht Frau Köhler einen Auszug aus einer solchen Polizeistatistik auf ihrer Homepage, wo dann zu lesen ist, dass die Gewalt gegen Polizeibeamte von Linken doppelt so hoch sei, als von rechts ausgehend. Auf die erwähnte Studie geht sie selbstverständlich nicht ein.

einer Demonstration gegen den Gazakrieg aufstöbert, entgehen ihr andere Dinge auf wundersame Weise. Antisemitische Skandale gab es auch in Hessen in den letzten Jahren zuhauf: Im Sommer 2007 zogen hunderte Neonazis unter den Augen eines großen Polizeiaufgebotes durch Frankfurt am Main mit der Parole »BRD Judenstaat – wir haben dich zum Kotzen satt«. Hunderte junger AntifaschistInnen die sich dem braunen Mob entgegenstellten, wurden seinerzeit eingekesselt und festgenommen.[20] Ein Jahr später zogen Neonazis der NPD durch Wetzlar und forderten, Daniel Cohn Bendit als Mitglied einer »besonderen Minderheit« an die Wand zu stellen. Die Extremismusexpertin aus Hessen schwieg dazu, wie auch die Polizei vor Ort. Auch die fast quartalsmäßigen antisemitischen »Skandale« ihrer Parteikollegen werden auf ihrer Homepage nicht kommentiert. Sei es der Rehabilitationsversuch des NSDAP-Blutrichters Hans Filbinger durch den Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten Oettinger, die Umtriebe des äußerst rechten Studienzentrums Weikersheim, die antisemitischen Ausfälle des hessischen Bundestagsabgeordneten Hohmann und der offene Beifall, den er von seiner Basis dafür erhielt – zu alledem schweigt die besorgte Extremismusexpertin. Und natürlich schweigt sie lieber auch über den Holocaust leugnenden Piusbruder und dessen Rehabilitation durch den Papst. Es scheint, dass sie sehr darauf bedacht ist, mit ihrem »Kampf gegen Antisemitismus« keine Wählerklientel zu verschrecken. Da braucht sie sich bei Moslems und Linken keine Sorgen zu machen, wohl aber, wenn sie anfangen würde, einen Parteikollegen oder gar den Papst zu kritisieren. Es wird ihr bekannt sein, dass in den aktuellen Studien über politische Einstellungen in Deutschland der Anteil von antisemitischen Einstellungen beim CDU/CSU-Klientel doppelt so hoch ist wie bei dem der Linkspartei[21]. Frau Köhlers Kampf gegen Antisemitismus ist ein ideologisches Possenspiel. Der Versuch, sich als deutscher Rechtsaußen als glaubhafter Gegner des Antisemitismus darzustellen, hatte schon immer etwas tragisch-skurriles. Auch Kristina Köhler muss in ihrem Kampf gegen Links immer nervös in die eigenen Reihen bzw. auf die eigene Website schauen. Da verschwanden auf ihrer Homepage plötzlich aus dem Pressespiegel[22] im letzten Jahr einige Links. Zwei führten zur »Jungen Freiheit« und der andere zu der Seite »PI News«[23]. Auf beiden extrem rechten Seiten wurde, wie eigentlich immer, positiv über Frau Köhler berichtet und auf »PI-News« kann man außerdem auch noch etwas bestellen: Tassen und T-Shirts, auf denen zu lesen ist: »islamophobic and proud about it« – ganz so wie man es sich von einer »Expertin für Integration« wünscht. Mit beiden Medien scheint sie mehr zu verbinden. Auf »PI-News« ist sogar eine Nachricht ihres Büros zu finden, welches einen Beitrag ergänzt. Vor allem scheint sie aber eine begeisterte Leserin der Wochenzeitung „Junge Freiheit" zu sein. Als sie nach den 1. Mai-Demonstrationen 2009 in einer Bundestagsrede vor allem wieder gegen die Linksautonomen in Berlin polemisierte, beschwerte sich einige Tage später ein Autor der Jungen Freiheit, Kristina Köhler sollte doch, wenn sie aus seinen Artikeln für ihre Rede klaut, wenigstens die Quelle angeben. Dieses holen wir an dieser Stelle gerne nach.[24]

Auch ihr Mentor und Stichwortgeber, der Totalitarismuspapst Prof. Eckehard Jesse, vergreift sich ab und zu im Ton. Während Kristina Köhler Ende 2008 mal wieder den Rücktritt von Politikern forderte, die Eckehard Jesse kritisieren[25], schweigt sie selbstverständlich über seine wiederholten antisemitischen Äußerungen in der Vergangenheit, z.B. dass die jüdischen Gemeinden Antisemitismus benötigen, um Gehör zu bekommen, und dass das Verhalten führender jüdischer Funktionäre auf Dauer Judenfeindlichkeit in der Bevölkerung auslösen wird.[26] Auch das Medienecho, welches seinerzeit der Bürgermeister von Korschenbroich auslöste, als er forderte, ein paar »reiche Juden totzuschlagen«, um den Stadthaushalt zu finanzieren, fand Jesse hysterisch.[27] Wenn man sich mit Kristina Köhler beschäftigt, verwundert eigentlich nur eins: der mangelnde Widerstand, der ihr bisher in ihrer Karriere entgegenschlug. Die Mattigkeit einer SPD beim Thema Neofaschismus ist erschreckend. Eine Scharnierfunktion zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus ist im hessischen Landesverband der CDU wirklich nichts Neues. Die Übergänge zwischen Neonazis – neuer Rechter – CDU sind im Verband von Alfred Dregger, Manfred Kanther und Roland Koch bis heute fließend. Köhler hat das Glück, aus einer Stadt zu kommen, in der besonders deutlich wird, wie sehr sich politische Koordinaten des Konservatismus bis weit in die SPD hinein und die Abdankung eines irgendwie investigativ gearteten Journalismus die Hand reichen. ■

21| Vergl. Decker, Brähler. Vom Rand zur Mitte, 2006

22| Wir betonen an dieser Stelle, dass es sich um einen Pressespiegel handelt und nicht um einen Link, der zu dem Zweck angebracht wurde, Werbung für diese Seiten zu machen. Dennoch: Link bleibt Link und eine gewisse Auswahl scheint es beim Pressespiegel zu geben – Presseartikel der NPD-Zeitung »Deutsche Stimme«, die auch mal lobend über Frau Köhler berichten, sind bisher noch nicht aufgetaucht.

23| PI steht für »politically incorrect«.

24| www.junge-freiheit.de/Single-News-display.154+M5069e9bf3c.0.html

25| Focus, Nr 27, 30.06.08

26| Süddeutsche Zeitung, 05.02.02; 11.02.05 Freitag; gemeint war seinerzeit der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Galinski. In der Antisemitismusforschung werden solche Aussprüche, wonach Juden durch ihr Verhalten an ihrer Verfolgung selbst schuld sind, dem sekundären Antisemitismus zugerechnet.

27| ebenda

Die U-Haft als Mittel strafrechtlicher Kontrolle

RA Peer Stolle, Berlin

»Feuer-Chaotin endlich im Knast« So schrieb die BILD am 20. Mai 2009, als gegen Alexandra R. wegen des Verdachts auf Brandstiftung an einem PKW in Berlin-Friedrichshain Haftbefehl erlassen wurde – obwohl von der Staatsanwaltschaft zunächst kein Haftbefehl beantragt und die vorläufig festgenommene linke Aktivistin aus dem Polizeigewahrsam entlassen worden war. Maßgeblich für die Entscheidung war eine sehr wirksame Kampagne des Berliner Boulevards und der konservativen Tagespresse. Als »Schande« bezeichnete es die BILD-Zeitung, dass gegen Alexandra R. nicht sofort Haftbefehl erlassen wurde. »Die Chaoten würden sich über unser Rechtssystem kaputtlachen«, so sah es Herr Pfalzgraf von der Deutschen Polizeigewerkschaft. Zwei Tage später und für insgesamt über 150 Tage saß Alexandra R. daraufhin in Untersuchungshaft, bevor sie im Oktober 2009 zunächst freigelassen und wenig später dann auch freigesprochen wurde. Soweit es bei dem Freispruch bleibt – die Staatsanwaltschaft hat Rechtsmittel eingelegt – kann Alex Entschädigung für die erlittene Untersuchungshaft beantragen: 25 EUR pro Tag. Dieser Betrag ist nicht nur lächerlich gering, es gibt ihr vor allem die verlorene Lebenszeit nicht zurück.

1| Deprivation beschreibt einen Zustand der Entbehrung, des Entzuges und der Isolation.

[1] Faksimile der B.Z. vom 19. Juni 2009

Brustkrebs. Die besten Kliniken in Berlin
BERLINS GRÖSSTE ZEITUNG
60 CENT
B.Z.
GEGRÜNDET 1877
Endlich ein schneller Erfolg gegen die Flammen-Chaoten. Um 22.15 Uhr brannte ein VW Passat, schon um 22.20 Uhr wurden vier mutmaßliche Feuer-Täter festgenommen
BRAVO, POLIZEI!
Lesen Sie die exklusiven Autoren-Beiträge in dieser Ausgabe der B.Z.
Jeff Jarvis über Twitter und die Revolution
Benjamin v. Stuckrad-Barre über das Plastik-Dorf an der B5, das der Krise trotzt
Wolfgang Gerhardt zum Tod von Lord Ralf Dahrendorf
NUTZFAHRZEUG-GEBRAUCHTWAGENAKTION

Die offizielle Funktion der U-Haft …

Was bei dem oben beschriebenen Verfahren gefordert wurde, ist kein Einzelfall, sondern spielt sich immer bei Straftaten ab, die die Öffentlichkeit bewegen. Die Untersuchungshaft wird als vorweggenommene Strafe angesehen; die Unschuldsvermutung gilt nicht, sondern nur der Wunsch, den scheinbar überführten Täter schnell und möglichst hart zu bestrafen.

Nach dem gesetzlichen Zweck besteht die Funktion der Untersuchungshaft darin, die Anwesenheit des Beschuldigten im Strafverfahren und die Tatsachenermittlung der Strafverfolgungsorgane zu sichern. Voraussetzung für die Verhängung der U-Haft ist das Vorliegen eines dringenden Tatverdachts und eines Haftgrundes, wobei sie in der Praxis in über 90 Prozent der Fälle wegen Fluchtgefahr verhängt wird. Die U-Haft zieht also nicht darauf ab, einen Beschuldigten möglichst schnell seiner – vermuteten – Strafe zuzuführen, sondern soll die Durchführung eines Strafverfahrens durch die Sicherung der Anwesenheit des Tatverdächtigen gewährleisten.

… und die Rechtspraxis

In der Praxis spielen aber oft andere Gründe für die Verhängung von Untersuchungshaft eine Rolle. Gerade die Fluchtgefahr dient als Einfallstor für so genannte apokryphe Haftgründe, also solche, die einen anderen Ursprung haben als die gesetzlich vorgesehenen Haftgründe. Die Begründungen in den Haftbefehlen sind oft formelhaft. Gerade bei der Annahme der Fluchtgefahr werden – ohne Auseinandersetzung mit dem konkreten Fall – die Voraussetzungen pauschal behauptet. Vorwiegend wird dabei auf die Höhe der Straferwartung abgestellt: umso höher das prognostizierte Strafmaß, desto höher der Fluchtanreiz. Hinreichende empirische Belege dafür, dass eine erwartete Strafe die Gefahr einer Strafverfahrensentziehung erhöht, gibt es allerdings nicht.

Von der U-Haft sind vorwiegend MigrantInnen und Angehörige sozioökonomisch benachteiligter Gruppen betroffen. Nicht konstante und gesicherte Wohn- und Arbeitsverhältnisse, der Besitz einer ausländischen Staatsbürgerschaft oder starke Auslandsbindungen sind die »Klassiker« unter den Indizien für die Annahme einer Fluchtgefahr. Diese wird nach der Rechtspre-

chung insbesondere dann bejaht, wenn die/der Tatverdächtige keinen festen Wohnsitz im Inland oder vermutete Fluchtmöglichkeiten ins Ausland hat. Letzteres wird bei jungen Nichtdeutschen schnell bejaht und führt im Verbund mit anderen ungünstigen Faktoren – wenig zuverlässig erscheinendes Elternhaus, geringe Schulbildung, keine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle – erneut zu einer erhöhten Wahrscheinlichkeit der Verhängung der Untersuchungshaft.

Zu beobachten ist weiterhin, dass Taten, die der mittleren Kriminalität zuzurechnen sind und die eigentlich eine Bewährungsstrafe erwarten lassen, die Prognose einer höheren, nicht mehr bewährungsfähigen Freiheitsstrafe damit begründet wird, dass sich die gravierende Straferwartung daraus ergebe, dass aus generalpräventiven Gründen eine hohe Freiheitsstrafe mit abschreckender Wirkung verhängt werden müsse. So musste Christoph T. aus Berlin, ebenfalls wegen des Verdachts auf Brandstiftung an einem PKW, auf die Beschwerde der Staatsanwaltschaft hin in Untersuchungshaft, weil die hohe Straferwartung einen erheblichen Fluchtanreiz biete. Dabei gehört es zum gesicherten Fundus kriminologischer Erkenntnis, dass die mit der Strafe verfolgte so genannte »negative Generalprävention« ein frommer Wunsch der Strafverfolgungsbehörden und der AnhängerInnen eines repressiven und harten Strafrechts ist. Bisherige empirische Untersuchungen haben den Nachweis erbracht, dass maximal die Entdeckungswahrscheinlichkeit, nicht aber die Strafhöhe und Straferwartung Einfluss auf die Entscheidung haben, ob jemand eine Straftat begeht.

U-Haft wird oft auch als »kurzzeitiger Schock« eingesetzt, um den Tatverdächtigen ein sofortiges »Sanktionserlebnis« zu verschaffen. Der ehemalige Berliner Oberstaatsanwalt Reusch hat dies vor ein paar Jahren auch öffentlich gefordert: Um jugendliche Intensivtäter mit arabischen Migrationshintergrund zu beeindrucken, müssten diese in U-Haft und zwar sofort nach der ersten schweren Tat. Der U-Haft soll damit eine spezialpräventive Wirkung zukommen: Wenn alles nicht hilft, um den Jugendlichen von weiteren Straftaten abzuhalten, schließen wir ihn kurz weg, in der Hoffnung, die schockartige Erfahrung eines Jugendgefängnisses werde ihn von weiteren Straftaten abhalten. Mal abgesehen davon, dass dieses Vorgehen einen klaren Verstoß gegen die verfassungsrechtlich abgesicherte Unschuldsvermutung darstellt, gehört es zum gesicherten Forschungsstand, dass Hafterfahrung – gerade bei Jugendlichen – die Rückfallwahrscheinlichkeit eher erhöht als mindert.

Schließlich wird U-Haft auch als Mittel zur Geständniserlangung eingesetzt. Nicht selten wird den Tatverdächtigen die Aufhebung des Haftbefehls gegen die Ablegung eines Geständnisses offeriert.

Die Folgen

Auch wenn ca. ein Drittel der Untersuchungshäftlinge nicht länger als einen Monat in den Justizvollzugsanstalten verbringen müssen, sind die unmittelbaren und mittelbaren Folgen für die Betroffenen enorm. Die U-Haft ist oft mit dem Verlust der Wohnung und des Arbeitsplatzes verbunden. Die Verteidigungsmöglichkeiten sind stark eingeschränkt. Die Deprivationen[1] durch die Vollzugsgestaltung übertreffen die des Regelstrafvollzugs zum Teil erheblich. Die Betroffenen werden von einem Tag auf den anderen und ohne Vorbereitung aus ihrer gewohnten sozialen Umgebung herausgerissen. Der von den Befürwortern eines harten Strafrechts gewünschte »Schock« führt zu einer – gegenüber der normalen Strafhaft – erhöhten Selbsttötungswahrscheinlichkeit, vor allem bei jugendlichen Tatverdächtigen. Darüber hinaus ist mit der Verhängung der U-Haft – selbst bei einem späteren Freispruch – eine verstärkte Stigmatisierung als »Krimineller« verbunden, die dem eigentlichen Strafverfahren noch lange nachhängt. Die Verhängung von Untersuchungshaft wird in der Öffentlichkeit als Überführung des Täters verstanden, ein späterer Freispruch meist auf Justizpannen zurückgeführt. U-Haft entfaltet außerdem eine erhebliche Präjudizwirkung. Das bedeutet, dass mit der Verhängung von U-Haft die Verurteilung zu einer Jugend- oder Freiheitsstrafe ohne Bewährung wahrscheinlicher wird.

Aufgabe sollte es daher sein, den Anwendungsbereich von Untersuchungshaft zurückzudrängen statt ihn auszuweiten. Gerade bei politischen Strafverfahren ist es daher eine vordringliche Aufgabe, durch eine effektive Öffentlichkeitsarbeit der Vorverurteilung durch die Presse entgegenzuwirken. ■

[2] Faksimile der B.Z. vom 27. Oktober 2009

Das Gesetz des Dschungels

Frankreich schließt Flüchtlingslager im Raum Calais und schiebt erstmals wieder nach Afghanistan ab

Bernard Schmid (Paris)

Erstmals seit dem Jahr 2005 hat Frankreich auf einem gemeinsamen »Charter« (Sammelflug) zusammen mit den britischen Behörden wieder Flüchtlinge nach Afghanistan abgeschoben. Schon im vergangenen Jahr – im November 2008 – hätte ein französisch-britischer Sammelflug für Abgeschobene in Richtung Kabul starten sollen; dieses Vorhaben war damals jedoch unter dem Druck der öffentlichen Meinung zunächst annulliert worden.

In der Nacht vom 20. auf den 21. Oktober 2009 war es nun jedoch soweit: Ein von London aus gestartetes Flugzeug legte gegen Mitternacht am Pariser Flughafen Roissy-Charles de Gaulle einen Zwischenstopp ein. Bevor es nach Baku und von dort aus nach Kabul in Afghanistan weiterflog, nahm es drei junge Afghanen an Bord. Diese wurden zuvor bei Polizeikontrollen an der italienisch-französischen Grenze, in einem Park im 10. Pariser Bezirk neben dem Ostbahnhof sowie im nordfranzösischen Calais aufgegriffen. Das Flugzeug war zunächst zur Zwischenlandung in Lille erwartet worden, wo zur fraglichen Zeit mehrere Dutzend Menschen dagegen demonstrierten. In Paris waren den NGOs, Pro Asyl- und Solidaritätsvereinigungen widersprüchliche Informationen gegeben worden und am Ende hatte das Ministerium sie informiert, es werde keinen solchen »Charterflug« geben. Am folgenden Tag spielte Minister Besson dann mit den Worten und erklärte, es habe sich auch gar nicht um einen »Charter/ Sammelflug«, sondern nur um einen »speziell angeheuerten Sonderflug« gehandelt.

In Calais war am 22. September 2009 ein von MigrantInnen selbst errichtetes Camp am Rande des Ärmelkanals, das auf den Namen »Jungle« getauft wurde, auf Anordnung des Ministers »für Einwanderung und nationale Identität« Eric Besson durch die Polizei auseinander genommen worden. Von dort aus hatten Flüchtlinge, die in Frankreich keine Aufnahme fanden, die Weiterreise nach Großbritannien oder in die skandinavischen Ländern versucht. Infolge einer französisch-britischen Vereinbarung war dieses Flüchtlingslager jedoch, ähnlich wie zum Jahreswechsel 2002/03 die vom Roten Kreuz betreute vergleichbare Einrichtung im nahen Sangatte, aufgelöst worden. Die MigrantInnen irren nun zum Teil erneut ohne Anlaufpunkt am Ärmelkanal herum. Doch handelte es sich nur um eines von sieben, »illegal« errichteten und in größter materieller Prekarität durch MigrantInnen »selbstverwalteten« Flüchtlingslagern im Raum Calais, aber um ihr mit Abstand größtes. Es gibt also noch weitere »Jungle«-Camps, von denen eins in Loon-Plages inzwischen ebenfalls polizeilich geräumt worden ist. Ihre Bewohnerschaft wird meistens durch Menschen einer gemeinsamen Herkunftsregion oder -»ethnie« und Sprache gebildet. So gab bzw. gibt es Camps für Menschen aus Eritrea, Somalia, Sudan; es gab das am 22. September geräumte »Camp der Paschtunen« aus Afghanistan sowie das »Camp der Hazara« (afghanische schiitische Minderheit).

Von 140 Ende September im »Jungle« festgenommenen Afghanen hatten französische RichterInnen jedoch binnen kürzester Zeit 130 aus der Abschiebehaft freigelassen: Ihre Rechte seien durch die Art der Festnahmen und Personenkontrollen, aber auch durch ihren sofortigen Transport in weit entfernte Städte wie Toulouse und Nîmes missachtet worden. Auf diese Weise hätten sie ihr Grundrecht auf rechtliches Gehör nicht wahrnehmen können.

Die jungen Erwachsenen Nik Khan (18), Waheed (22) und Khodaid (20) hatten jedoch nicht dieses Glück: Sie befanden sich auf dem Abschiebeflug von Paris nach Kabul. Der zuständige Minister Eric Besson hatte angekündigt, sie stammten alle drei aus der Hauptstadt Kabul – eine Information, die sich als unrichtig herausstellte – und seien daher keiner allzu starken Gefährdung ihrer Sicherheit ausgesetzt. Die erzwungene Ausreise eines vierten afghanischen Staatsbürgers, erklärte der Minister, habe er selbst

[1]

Foto: Flickr/Adam Tinworth

[1] Eric Besson, Minister für Immigration, Integration, nationale Identität und solidarische Entwicklung

noch kurz vor dem Abflug verhindert – weil die Erkenntnisse über dessen persönliche Sicherheit bzw. Gefährdung im Falle einer Rückkehr nach Afghanistan nicht genau genug gewesen seien.

Ferner wurde ein Sonderbeauftragter der französischen Botschaft in Kabul losgeschickt, der sich um ihren »Empfang« kümmern sollte. Er lud die drei Jungen in einem Hotel in Kabul ab und händigte ihnen umgerechnet rund 1.500 Euro aus. Besson versicherte, der Mann vom französischen Konsulat werde ihr weiteres Schicksal im Auge behalten, und ihre Sicherheit sei dadurch also gewährleistet. Dabei handelte es sich freilich vor allem um den Versuch, zu demonstrieren, »dass es geht«, dass man »gefahrlos« Flüchtlinge in das von Krieg und Terrorismus geschüttelte Krisenland Afghanistan zurücksenden könne. Zumindest bei den ersten dreien sollte ein solcher »Aufwand« betrieben werden – bei den nächsten hundert wäre das wohl kaum zu erwarten. Denn zeitgleich mit seiner Information an die Presse, dass drei afghanische Staatsbürger in der Nacht zum 21. Oktober 2009 »ausgeflogen« worden seien, kündigte Eric Besson an, künftig werde es »an jedem Dienstag« weitere Abschiebungen nach Afghanistan geben.

Mehrere französische Medien, unter ihnen die Tageszeitung ›Libération‹ vom Mittwoch, 28. Oktober und ›Le Parisien‹ vom 30. Oktober sowie Wochenmagazine, veröffentlichten Reportagen über den Aufenthalt der drei jungen Männer in Kabul. Dabei stellte sich heraus, dass es unwahr ist, dass sie alle aus Kabul stammten: Nik Khan kommt aus der afghanischen Südostprovinz Paktia, nahe der Grenze zu Pakistan, die nicht nur als eine der »unsichersten« Regionen, sondern auch als eine Hochburg der Taliban gilt. Er war geflohen, um nicht durch die Talibankämpfer zwangsrekrutiert zu werden. Waheed seinerseits stammt aus Bagram nördlich von Kabul und war vor einem drohenden Vollzug der »Blutrache«, aufgrund einer Familienfehde mit politischen Zügen, durch einen Warlord der mitregierenden »Nordallianz« geflüchtet.

Am 29. Oktober 2009 hat Eric Besson nun seine »Gefahrenanalyse« bezüglich Afghanistans und der dort herrschenden Unsicherheit nachträglich abgeändert und verkündete, »falls die Situation sich dort noch weiter verschlechtert«, dann würden alle Abschiebungen dorthin ausgesetzt.

Gleichzeitig haben die 27 Staats- und Regierungschefs der EU am 30. Oktober 2009 in Brüssel beschlossen, künftig verstärkt gemeinsame Sammelflüge für Abschiebungen durchzuführen und diese durch die Union finanzieren zu lassen. Präsident Nicolas Sarkozy erklärte im Anschluss stolz, dieser Beschluss gehe auf eine gemeinsame Initiative mit dem italienischen Premierminister Silvio Berlusconi zurück. Dies stimmt so allerdings nicht, da der Beschluss zur Durchführung gemeinsamer Abschiebeflüge auf europäischer Ebene schon 2004 gefällt wurde und im Kern nicht neu ist.

Die französische öffentliche Meinung goutierte das Vorhaben bislang nicht, so dass nicht einmal die Vermutung zutrifft, die Regierung hätte sich Wahlvorteile dadurch verschafft: Laut einer Umfrage von Mitte Oktober diesen Jahres sprachen sich 44 Prozent gegen, und 37 Prozent zugunsten solcher Abschiebungen nach Afghanistan aus. Premierminister François Fillon schmetterte unterdessen die Kritik der sozialdemokratischen Parlamentsopposition ab mit den Worten – die französische Sozialdemokratie brauche gar nicht laut zu reden, denn zu ihrer Regierungszeit (1997 bis 2002) habe man sogar Flüchtlinge »in das Taliban-regierte Afghanistan« hinein abgeschoben. ■

Neonazis vor Gericht

Faschistischer »Studienzirkel« in Spanien verboten

Der »Círculo de Estudios Indoeuropeos« publizierte Literatur, die den NS-Staat verherrlichte und deren Verbrechen rechtfertigte. Der Innenkreis des Zirkels bildete eine paramilitärische Geheimorganisation nach Vorbild der SS.

Florian Osuch

In Spanien wurde eine neonazistische Vereinigung verboten und vier Männer wegen »Verbreitung von Rassenhass« zu Gefängnisstrafen verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Führungspersonen des 1999 als Kulturvereinigung gegründeten »Círculo de Estudios Indoeuropeos« (CEI) in Zeitschriften und Büchern den Holocaust gerechtfertigt und die Ideen des »Dritten Reiches« verteidigt hätten. Publiziert und vertrieben wurden die Texte unter anderem über den Verlag »Ediciones Nueva República« sowie über den eigenen Bücherladen »Kalki« in Barcelona. Das Urteil ist insofern bemerkenswert, weil die Leugnung des Holocaust in Spanien nicht unter Strafe steht. Dies hatte zuletzt sogar das Verfassungsgericht bestätigt.

Die Angeklagten Óscar Panadero, Carlos García und Ramón Bau waren zentrale Aktivisten des CEI (»Zirkel für indoeuropäische Studien«): Óscar Panadero war Regionalgesandter des Zirkels und Inhaber des Buchladens »Kalki«; Carlos García arbeitete darin; Ramón Bau war Präsident des CEI und gehörte zum Gründerkreis der Vereinigung CEDADE, einer der bedeutendsten und einflussreichsten Neonazi-Organisationen in Europa in den 1960er bis 1980er Jahren. Alle drei Männer wurden zu Haftstrafen bis zu dreieinhalb Jahren und Geldstrafen verurteilt. Ein vierter Angeklagter, Juan Antonio Llopart, wurde zu einer Haftstrafe von zweieinhalb Jahren verurteilt. Llopart ist Chef der Neonazi-Gruppierung »Movimiento Social Republicano« (MSR) und arbeitete beim Verlag »Ediciones Nueva República«, welche die Neonazi-Publikationen vertrieb.

Die drei Hauptangeklagten wurden darüber hinaus wegen »Bildung einer illegalen Vereinigung mit paramilitärischen Charakter« verurteilt. Panadero, García und Bau sollen eine Art inneren Kreis des Zirkels nach Vorbild des »Eliteordens SS« gebildet haben. Die Vereinigung trug den Namen »Hermandad Aria La Orden« (»Arische Ordensbruderschaft«). Die Angehörigen mussten einen Eid auf Adolf Hitler ablegen und ihr Leben »dem Kampf für das Überleben der arischen Rasse und dem Sieg des Nationalsozialismus« widmen.

Der Prozess trifft die Hintermänner der spanischen Neonaziszene, die sich selbst als Historiker, Philosophen und Intelektuelle bezeichnen. Bereits im Sommer wurde gegen die spanischen »Hammerskins« prozessiert. Zwei größere Verfahren stehen noch aus: Zum einen der Prozess gegen 21 Männer der spanischen Sektion von »Blood & Honour« sowie die Ermittlungen gegen 22 Beschuldigte der im Raum Valencia agierenden Neonazi-Truppe »Frente Antisistema«.

[1]

[2]

Fotos 1 &2: juanantoniollopart.wordpress.com

[1] Juan Antonio Llopart, Chef der Neonazigruppierung »Movimiento Social Republicano«
[2] v.l.n.r.: Juan Antonio Llopart, Fernando Cantalapiedra, Chef der »Frente Nacional«, José Luís Roberto, Chef von »España2000«

Indes rückt die heillos zerstrittene Neonaziszene in Spanien ein Stück näher zusammen. Am 13. September 2009 schlossen erstmals drei Organisationen einen Pakt zur engeren Kooperation. Die Unterzeichner waren José Luis Roberto für die Partei »España 2000«, Fernando Cantalapiedra für die »Frente Nacional« (FN) sowie der im CEI-Prozess verurteilte Juan Antonio Llopart für die Bewegung »Movimiento Social Republicano« (MSR). Es bestünde die Notwendigkeit, gemeinsamer politischer Kampagnen zur »Verteidigung der spanischen Arbeiter« sowie der »Zurückdrängung der Migration«, so die Neonazis in einem Communiqué. ■

Info:
www.madrid.antifa.net
www.antifeixistes.org

Geringe Strafen im Prozess gegen spanische »Hammerskins«

Ein Provinzgericht Madrid erklärte im Sommer 2009 den spanischen Ableger der Organisation »Hammerskins« für verboten. Fünfzehn Männer wurden zu Haftstrafen verurteilt, die mehrheitlich gering ausfielen. Die »Hammerskins« wurden 1986 in den USA gegründet und verfügen über Gliederungen in Nordamerika, Europa und Australien. Sie verstehen sich als Elite der Neonaziskins und beziehen sich auf eine Überlegenheit der »nordischen Rasse«.
Laut Richterspruch sollen die Männer im Alter zwischen 27 und 43 Jahren Konzerte der Kampagne »Rock Against Communism« veranstaltet haben, bei denen unter anderem auch Handbücher mit dem Titel »Wegweiser für den führerlosen Widerstand« verteilt worden seien. Die Staatsanwaltschaft stützte sich in dem zweiwöchigen Prozess auf Ermittlungen aus der »Operation Puñal«, die von der Guardia Civil, einer paramilitärischen Polizeitruppe aus der Ära des faschistischen Diktators Francisco Franco, geführt wurde. Hauptbelastungszeuge wurde der Journalist Antonio Salas, der sich für ein Jahr in die neonazistische Skinheadbewegung Spaniens eingeschleust und seine Erfahrungen als »Tagebuch eines Skins« publiziert hatte. Die Angeklagten behaupteten, die »Hammerskins« seien lediglich ein »Freundeskreis«, dessen Anhänger historische Gegenstände des Zweiten Weltkrieges sammelten. Die Konzerte wollten sie nur »wegen des Spaßes« organisiert haben. Doch im Prozess wurde die Netzwerkstruktur der »Hammerskins« offenkundig. So gehörten einige der Beschuldigten den Neonazibands »Odal«, »Estirpe Imperial« und »Torquemada 1488« an. Undercover-Journalist Salas bestätigte außerdem, dass sich unter den Angeklagten Führungskader der neonazistischen Fußballfanszene Spaniens befinden. Diese organisiert sich in Gruppierungen wie »Ultrassur« und »Brigadas Blanquiazules«, die im Umfeld der Topvereine Real Madrid bzw. Espanyol Barcelona agieren. Gegen den mutmaßlichen Anführer der »Hammerskins«, José Eduardo Chapela Herrero verhängte das Gericht eine Haftstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten. Ebenso wie gegen Ángel Martinez Navarr, der zusätzlich wegen Waffenbesitz verurteilte wurde. Die übrigen 13 Männer erhielten Haftstrafen von einem Jahr und sechs Monaten.
Ob jedoch die Verurteilten ihre Haftstrafen tatsächlich antreten müssen, ist offen. Im spanischen Rechtssystem ist es üblich, dass eine Strafe erst ab drei Jahren Haft vollstreckt wird – falls der Verurteilte nicht vorbelastet ist. ■

Mörder von Carlos zu langjähriger Haftstrafe verurteilt

Der Madrider Neonazi Josué Estébanez de la Hija ist wegen Mord an dem jungen Antifa Carlos Palomino zu 26 Jahren Haft verurteilt worden. Der damals 16-jährige Carlos Palomino war am 11. November 2007 gemeinsam mit einer Gruppe AntifaschistInnen auf dem Weg zu einer Demonstration gegen einen Aufmarsch der neonazistischen »Democracia Nacional« (DN) in Madrid. In der U-Bahn trafen sie auf den 25jährigen Berufssoldaten Josué Estébanez, der ohne Vorwarnung mit einem Messer auf die Antifaschisten einstach. Carlos starb noch auf dem U-Bahnhof, mehrere Begleiter wurden zum Teil schwer verletzt.
Beim Prozess ging es insbesondere um die rechte Gesinnung Estébanez'. Die Mordumstände waren von verschiedenen Überwachungskameras der U-Bahn sowie des Bahnsteiges aufgezeichnet worden. Kurz vor dem Prozess veröffentlichte die Antifa Madrid unter anderem nachfolgendes Foto, welches Josué Estébanez zusammen mit Marcos Galán, einem bekannten Neonazi aus Madrid, zeigt. ■

[3] Carlos Mörder Josué Estébanez de la Hija(re.) zusammen mit Marcos Galán (li.)

Autonome Nationalisten

Wer sich für Neonazis und deren Auftreten in Deutschland interessiert, hat mittlerweile ein Bild von dem, was sich hinter dem Begriff »Autonome Nationalisten« (AN) verbirgt. Kaum ein Aufmarsch kommt zurzeit ohne schwarze Basecaps und poppige Transparente oder andere Stilmittel, die der autonomen Antifabewegung entlehnt sind, aus.
2008 war das Jahr des medialen Durchbruchs dieser Strömung des Neonazismus. LeserInnen des AIB oder anderer Antifazeitschriften waren schon deutlich früher über „der Nazis neue Kleider" informiert. Seit dem Neonaziaufmarsch am 1. Mai 2008 in Hamburg berichten nun alle Formate - von Spiegel bis zur Bild. In den letzten Monaten haben AutorInnen aus der Antifabewegung mit längeren Publikationen noch mal nachgezogen. Sie gucken weniger sensationslüstern als die Magazine mit den hohen Auflagen, sondern schauen aus der Perspektive der Gegnerschaft auf dieses oft skurill anmutende Phänomen.
Die »Antifaschistische Koordination Köln & Umland« (AKKU) legt die Broschüre »Autonome Nationalisten – Neonazis im Wandel« vor. Sie arbeiten aktiv gegen diese junge und fürs ungeübte Auge oft kaum erkennbare Neonaziströmung. AKKU möchte darüber aufklären, dass es sich bei den ANs trotz Camouflage um Neonazis handelt. Sie propagieren den historischen Nationalsozialismus, Antisemitismus sowie Gewalt gegen Linke und MigrantInnen. AN sind laut AKKU keine »Modernisierer« der Neonaziszene. Sie hätten aber Gruppierungen geschaffen, in denen moderne, großstädtische Ausdrucksweisen akzeptiert und Jugendliche erreicht werden, die vor einigen Jahren trotz ihres extrem rechten Gedankengutes keinen Anschluss an Straßenneonazis gefunden hätten. Im Sinne der Aufklärung ist die Broschüre einfach geschrieben und vermittelt ein Basiswissen über die AN.
Analytischer geht es im von Jürgen Peters und Christoph Schulze herausgegebenen Sammelband »Autonome Nationalisten - Die Modernisierung neofaschistischer Jugendkultur« zu. Sieben Fachautoren beschäftigen sich mit theoretischen Überlegungen zu Entstehung, Standort, Kultur und Perspektiven dieser neofaschistischen Jugendkultur. Sammelband hört sich erstmal gewaltig an, das Büchlein ist aber nur 60 Seiten lang. Mehr geben die AN aus sozialwissenschaftlicher Perspektive als politische Akteure einfach nicht her.
Besonders gelungen ist das Kapitel über die »Autonomen Nationalisten Pulheim«. Hier fasst der Autor thesenhaft zusammen, warum diese Neonaziclique in der westdeutschen Provinz wohl keine lange Lebensdauer mehr hat. Zu hoffen bleibt, dass ihr Schicksal auch all die anderen, kleineren AN-Gruppen erfahren. Das theoretische Rüstzeug für die Beschleunigung dieses Vorgangs durch AntifaschistInnen gibt es für wenig Geld mit diesen beiden Veröffentlichungen. FK ■

»Autonome Nationalisten« – Neonazis im Wandel«.
AKKU, Köln 2009, 20 Seiten,
2 Euro plus Versand.
Bezug: broschuere@koeln.antifa.net

»Autonome Nationalisten«
Die Modernisierung neofaschistischer Jugendkultur«
Jürgen Peters, Christoph Schulze (Hg.)
Unrast Verlag, Münster 2009, 60 Seiten,
7,80 Euro

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Fast schon ein Paradiesvogel im linken Blätterwald ist die »Hinterland«. Herausgegeben vom Bayerischen Flüchtlingsrat, widmet sich das vierteljährlich erscheinende Magazin nicht ausschließlich dem Antirassismus, sondern verhandelt selbstbewusst und unangestrengt ein vielfältiges Themenspektrum. In der Redaktion scheint man orthographisch recht konservativ zu sein. Vor »Baiern« oder »Polizey« als Titel schreckt man nicht zurück – im Editorial der »Baiern«-Nummer wird jedoch erklärt, warum dies die revolutionärere Schreibweise ist. Auch die grafische Gestaltung der Hinterland ist mehr als fortschrittlich und hebt sich von der Textlastigkeit vieler anderer linker Publikationen wohltuend ab. Die Cover sind schlicht gehalten, lassen Bilder sprechen und auch im Heftinneren wird mit Weiß und auflockernden Illustrationen nicht gegeizt. Die bisher elf erschienenen Ausgaben widmen sich je einem Schwerpunktthema, das aus vielen Richtungen beleuchtet wird. So geht es im aktuellen Heft mit dem Titel »Lager« nicht nur um die 13 bayerischen Flüchtlingslager, sondern unter anderem um Endlager und die Illusion der sicheren Entsorgung von nuklearen Abfällen. Auch die erwähnte »Polizey«-Ausgabe bietet erfrischend viele Herangehensweisen an das Thema. Neben Texten zur Desinformationsstrategie der Polizei rund um den G8-Gipfel in Heiligendamm und zum Oury-Jalloh-Prozess finden sich zum Beispiel kurze Anekdoten der AutorInnen zu ihren absurden bis amüsanten Erlebnissen mit der Polizei. Die Palette der Erfahrungen reicht hier von demütigenden Ohrfeigen für bekiffte Jugendliche im Italienurlaub bis zur, aufgrund Bierholens nur halb geglückten, Spitzelenttarnung. Diese offene Herangehensweise zieht sich durch alle Ausgaben des Magazins, sei der Schwerpunkt nun »Rassismus«, »Essen«, »Sex« oder »Anziehsachen«. Damit hat die Hinterland vielen bierernsten linken Zeitschriften einiges voraus. Thematische Offenheit und Perspektivenvielfalt sind Programm, führen aber nie zu postmoderner Beliebigkeit. Die Themen des Flüchtlingsrats – Rassismus, Flüchtlingspolitik, der Krieg gegen die MigrantInnen an den

Hinterland – Das Vierteljahres-magazin für kein Ruhiges;
Hrsg. vom Bayerischen Flüchtlingsrat
Jahresabo 21,– Euro,
Einzelausgabe 4,50 Euro zzgl. Porto
www.hinterland-magazin.de

EU-Außengrenzen – kommen nie zu kurz und die antirassistische Perspektive ist stets präsent. Trotz der oft bayrisch gefärbten Artikelauswahl ist die Hinterland auch im Rest des deutschsprachigen Raums mit Gewinn zu lesen und ihr sind eine wachsende LeserInnenschaft und viele weitere Ausgaben zu wünschen. ■

Die Neue Rechte in Frankreich

Ebenso wie der neben besprochene Band von Jürgen Peters und Christoph Schulze zu »Autonome Nationalisten« ist auch das Buch von Bernhard Schmid in der neuen Reihe »rechter rand« des Unrast Verlags erschienen. Die Reihe richtet sich an all jene, die sich zu einem Phänomen der extremen Rechten schnell einen ersten fundierten Überblick verschaffen wollen, ohne langwierig nach Primärliteratur suchen und Unsummen ausgeben zu müssen. Der hier vorliegende Band will Klarheit zum Begriff der »Neuen Rechten« schaffen, der oft und gerne auch fälschlich für alle möglichen Strömungen der extremen Rechten verwendet wird. Schmid, der im AIB regelmäßig aus Frankreich berichtet, ist seit Jahren ein profunder Kenner und Kritiker sowohl der französischen Rechten als auch der linken sozialen Bewegungen Deutschlands und Frankreichs. Der Band ist übersichtlich in die Kapitel »Entwicklung«, »Ideologie«, »Strategie«, »Positionen« und »Personal« gegliedert und zeichnet die Entstehung der »Nouvelle Droite« und insbesondere des Theoriezirkels »GRECE« nach, der Ende der 1960er Jahre unter anderem von Alain de Benoist gegründet wurde (siehe. zu Benoist den Artkel in dieser Ausgabe). Im Abschnitt zur Strategie der »Nouvelle Droite« schildert Schmid den »Gramscismus von rechts«, d.h. das Bestreben, die kulturelle Hegemonie oder zumindest Einfluss im vorpolitischen und medialen Raum zu erlangen, »um ein neues Wertesystem zu befördern«. Es wird aber auch aufgezeigt, wie verflochten die »Nouvelle Droite« seit ihrer Gründung mit dem »Front National« Jean-Marie Le Pens oder später dessen Abspaltung MNR unter dem »alten Neurechten« Bruno Megret war. Sehr anschaulich werden die ideologischen Eckpfeiler der »Nouvelle Droite« geschildert– ein antichristlich und antisemitisch motiviertes Neuheidentum, das »modernisierte« kulturrassistische Konzept des Ethnopluralismus und der starke Griechenlandbezug, der Ausdruck der Suche nach den »authentischen« europäischen Wurzeln ist und sich auch in der Abkürzung GRECE wiederspiegelt. Nur kurz erwähnt der Autor die deutsche »Neue Rechte« und als einzigen nennenswerten Protagonisten dieser Strömung den Franzosen Pierre Krebs und sein »Thule-Seminar«, das nie die Bedeutung seines französischen Vorbilds GRECE erlangte. In der Einleitung schreibt Schmid, dass die rechte Wochenzeitung »Junge Freiheit« mit dem Begriff der »Neuen Rechten« nicht zu fassen sei und attestiert ihr vielmehr einen »etwas verschärften (National-) Konservativismus« – eine Position, die sicherlich diskussionswürdig ist. Für deutschsprachige und mit der Materie bisher nicht vertraute LeserInnen wird es mitunter etwas schwierig sein, die Namen der vielen französischen Akteure (Frauen spielen in der »Nouvelle Droite« eher keine Rolle) zu behalten. Dem Erkenntnisgewinn tut dies aber keinen Abbruch und der Band sei allen empfohlen, die einen schnellen und guten Einstieg ins Thema suchen. ■

Bernhard Schmid: Die Neue Rechte in Frankreich.
Unrast Verlag,
Münster 2009,
72 Seiten,
7,80 Euro

Abonniert

das Antifaschistische Info Blatt

Abokonditionen

Preise*

→ für 5 Ausgaben im Abo 15,50 Euro

Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je 3,10 Euro

→ ab 5 Exemplaren 20 % Rabatt

→ ab 50 Exemplaren 25 % Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.

AIB 84
Rechte Resultate – Wahlergebnisse von Dresden bis Brüssel; Das Ende des Deutschlandpakts; Gemeinschaftserlebnis Kindermord

AIB 83
Forschung zur extremen Rechten; Berliner RechtsRock-Szene; Der Papst und die Holocaustleugner

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
21. Jahrgang
Nummer 85 | 4.2009

Preis 3,10 Euro
Auslandspreis 4,10 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

AbsenderIn

___

___

___

___

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin